

FANTÔMAS

Nr. 1 · Sommer 2002 · Sonderausgabe zu ak – analyse & kritik

magazin für linke debatte und praxis – 4,50 €

zu rebellieren
und zu denken wagen

Herausgeber: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Druck und Verlag: analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

Tel. Redaktion/Verlag: 040-401 701 74
Tel. Aboverwaltung: 040-401 701 73
Fax: 040-401 701 75
E-Mail: fantomas@akweb.de
Internet: www.akweb.de

Redaktion: ef, Stefanie Graefe, ar, Thomas Seibert, Georg Wißmeier

V.i.S.d.P.: G. Wißmeier, Verlagsanschrift

Fantômas erscheint halbjährlich, im April und Oktober

Einzelpreis: 4,50 €

Auflage dieser Ausgabe: 2.700
Die nächste Ausgabe von Fantômas erscheint im Oktober 2002. Anzeigenschluss: 15. September
Anzeigenpreisliste bitte über die Redaktionsadresse anfordern.

Abonnement: 2 Ausgaben Fantômas und 11 Ausgaben *ak* – analyse & kritik. Jahresabo 53 €. Förderabo jährlich 85 €.
Sozialabo jährlich 37 €.
Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Bankverbindung: aki-Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20,
Kt.-Nr. 788 836-202

Bilder entnommen aus:
Jean-Louis Capitaine, Balthazar J.M. Charto: L'affiche de Cinema. Editions Frédéric Birr et S.P.A.D.E.M. 1983
Alain Silver, James Ursini: Der Film Noir. Könemann Verlagsgesellschaft, Köln 2000
Leipziger Schule: Fotografie. Arbeiten von Absolventen und Studenten 1980-93
Titelfoto entnommen aus dem Film La Notte von M. Antonioni (1961), Cahiers du Cinema (Paul Ruiz)

+++ dank an: +++ annette +++ gabi bauer +++ çiçi +++ elke
+++ es +++ h.-h. +++ ib +++ jo. +++ js. +++ angela klein
+++ thomas klein +++ jost müller +++ norbert +++ peter piro
+++ re. +++ bettina rudhof +++ th. +++ und an die *ak*-redaktion.

Analyse, Kritik und Fantômas. Zu rebellieren und zu denken wagen!

I.

Neue Zeiten brauchen neue Zeitungen. Das Magazin Fantômas ist neu und erscheint zu einer Zeit, von der gesagt wird, mit ihr sei alles anders geworden. Gemeint ist die Zeit nach dem 11. September, Tag der Anschläge von New York und Washington, der die Zeit nach dem 7. Oktober folgte, Beginn des Überfalls auf Afghanistan. Beide Zeiten folgen der des 20. Juli, des Tages, an dem Carlo Giuliani in Genua zum Opfer der Gewalt wurde, die vom Staat ausgeht. Weil die Ereignisse und ihre Wahrnehmung niemals unmittelbar zusammenfallen, haben wir schon Anfang des letzten Jahres beschlossen, die Zeitung analyse & kritik um ein Halbjahresmagazin zu erweitern (vgl. ak 447). Das Magazin will fortsetzen, was die Zeitung jeden Monat neu zu beginnen sucht: linke Debatte und Praxis. Der Zeitpunkt scheint günstig, mehren sich doch seit Seattle schon Anzeichen eines Aufschwungs sozialer Bewegung. Dafür spricht vor allem das Auftreten neuer politischer Subjekte und neuer Formen ihrer Verbindung und ihres Austauschs untereinander. Fantômas will Forum dieses Neubeginns sein, Magazin für den Ausstieg aus der finsteren Zeit der neunziger Jahre.

Dieses Heft hättet ihr schon zum Jahreswechsel in Händen halten sollen, pünktlich zum 30. Geburtstag der Zeitung ak-analyse & kritik. Die Verspätung ist ein Nebeneffekt der Ereignisse, um deren kritische Wahrnehmung es uns geht. Die Angriffe auf New York und auf Kabul waren ein Angriff auf den Möglichkeitsspielraum, den Fantômas erkunden will. Sie stellten uns vor Fragen, auf die wir im Augenblick die Antwort nicht wussten: Sollte der Anfang schon wieder vorbei sein? Würde es auch künftig nur darum gehen, sich irgendwie in der Defensive zu halten, jetzt, im ersten Jahr des unbefristeten Kriegszustands, der den Namen „Enduring Freedom" trägt, bleibende, dauernde, dauerhafte – Freiheit? Gespenstische Fragen, ohne jeden Zweifel.

Wir entschieden, das Erscheinen des Heftes zu verschieben. Das Resultat liegt euch vor. Wir setzen noch immer auf das Anfangen. Fantômas wird von nun an zwei Mal jährlich erscheinen, einmal im April und dann im Oktober. Die Reise geht weiter. Dies ist das Logbuch.

II.

Der Fantômas, auf den wir uns beziehen, ist nicht der aus dem Film mit Jean Marais und Louis de Funès, sondern der des längst vergessenen Regisseurs Louis Feuillade. Zwischen 1908 und 1925 drehte Feuillade nicht weniger als 502 Filme, von denen einige zu großen Erfolgen wurden, geliebt vom Pariser Proletariat, gefeiert von KünstlerInnen, Literaten und Intellektuellen, gelegentlich von der Zensur geschnitten und der Polizei verboten. Viele seiner Filme entstanden während des Ersten Weltkriegs. Weil die Schauspieler nur kurz vom Kriegsdienst befreit wurden, musste Feuillade seine Leinwandhelden zum Ende ihres Urlaubs sterben lassen: Ihr plötzliches Verschwinden wäre sonst unerklärlich gewesen. Fantômas ist sein dunkelster Held, ein „Fürst des Verbrechens" in schwarzer Mönchskutte, dem keine Polizei der Welt etwas anhaben kann. Man findet eine alte Herzogin ermordet in ihrem Zimmer, man findet einen Minister von einer Hutnadel erstochen oder die Leiche eines Lords in einem Überseekoffer: Immer wird sein Name genannt. Man nimmt ihn im Zimmer seiner Mätresse gefangen, der Frau eines anderen Lords. Im Gefängnis begeht er neue Verbrechen. Man verurteilt ihn zum Tod, doch es gelingt ihm, an seiner Stelle einen Schauspieler aufs Schafott zu bringen: Der Kopf des Opfers fällt, Fantômas entkommt mit höhnischem Gelächter. Man sieht: Fantômas ist kein Robin Hood, kein Rächer der Enterbten. Als die französische Polizei Scotland Yard um Amtshilfe bittet, ist Fantômas eben in den Dienst des britischen Staates getreten: Fantômas jagt sich selbst und entkommt gerade deshalb seinem staatlichen Verfolger, dem Detektiv Juve, und dessen zwielichtigem Helfer, dem Journalisten Fandor, Gerüchten zufolge ein Sohn von Fantômas.

III.

Schon vor dem Erfolg der Filme wurden die Taschenbücher, in denen man seine Abenteuer nachlesen konnte, zu Bestsellern: Die Auflage des ersten Heftes erreichte schon im 15. Monat 1.300.000 Exemplare. In der August-Ausgabe der *Revue du Cinema* des Jahres 1931 heißt es im Rückblick:

„Das Volk erinnert sich an Fantômas von Feuillade als die schönste Schlacht, die je auf der Leinwand gezeigt wurde ... Nie waren Unschuldige so sehr Opfer, so sehr hilflos. Nie war ein Kampf unfairer, nie war ein Verbrecher schrecklicher ... Man berührt das Verbrechen mit dem Finger, man sieht seinen Meister, seinen Henker ... Fantômas ist ein populärer Film. Ein Film für das Volk, geschaffen für die Bedürfnisse des Volkes, das den Verbrecher, den Revolver, den Tod, die Freiheit des Verbrechens, die repressive Justiz, die List des Verfolgten liebt. In der Masse erwacht die Hoffnung zu existieren wieder, eine Hoffnung, die seit dem Kriegsanfang durch Disziplin zurückgedrängt worden war. Fantômas war eine offene Türe zur Freiheit."

Derselbe Autor, Jean-Charles Marie, schreibt an anderer Stelle: „Fantômas wagt alles, was er denkt. Das ist es, was uns am meisten erschreckt. Fantômas amüsiert sich mit den Opfern von Fantô-

mas." Wir fügen hinzu: Und die Menge, die KünstlerInnen, die Literaten und Intellektuellen amüsieren sich mit Fantômas über das Gesetz, dem es nicht gelingt, den Fürsten des Verbrechens zur Strecke zu bringen. Es sind dieses Amüsement und diese Allianz, an denen uns gelegen ist. Worüber lachen die Menge und die Literaten, wenn sie über das Gesetz, die Presse, über Fantômas, die Opfer seiner Verbrechen und folglich auch über sich selbst lachen? Wird dieses Lachen nicht von der Ahnung getragen, dass es *etwas* gibt, das sich der Macht des Bestehenden so weit entzieht, dass es nur als ein Unerklärliches, Unfaßbares, Unberechenbares und *in diesem Sinn* als ein gänzlich Böses erscheinen kann? Als das Verbrechen schlechthin, jenseits aller Berechnung, aller begrenzten Zwecke, jeden Kompromisses? Ist das Begeisternde an Fantômas nicht, dass er weder den Herrschenden noch den Beherrschten ähnelt? Und ähnelt er darin nicht dem gleichermaßen Unfaßbaren, das im Wort *Subversion* genannt wird, von denen, die sie zu unterdrücken suchen, wie von denen, die auf ihr Gelingen setzen?

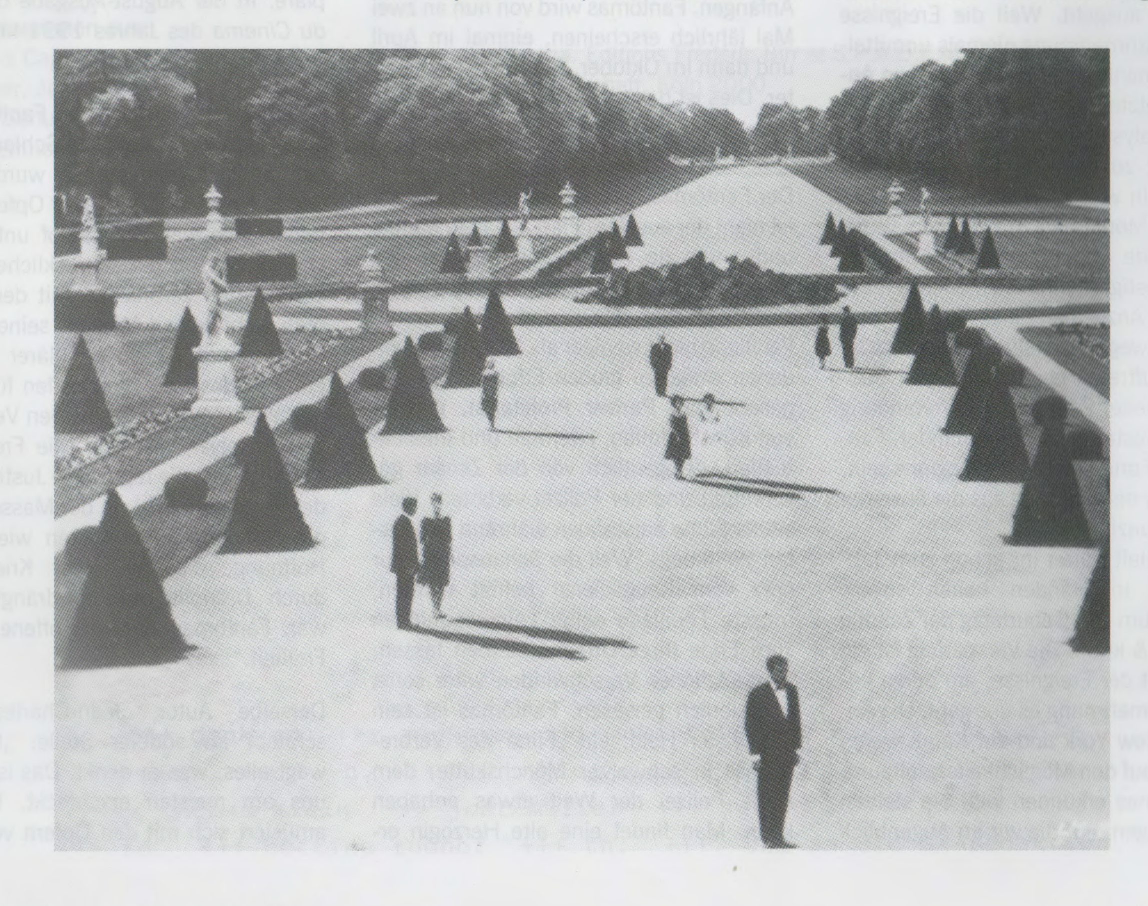
IV.

Müssen wir betonen, dass Fantômas (von frz. *fantôme*, Trugbild) ein Gespenst ist und Ähnlichkeiten mit lebenden oder verstorbenen Personen rein zufällig und von uns nicht beabsichtigt sind? Muss man ausdrücklich darauf hinweisen, dass das Imaginäre nicht das Reale ist – auch dann, wenn wir Reales zunächst und zumeist im Medium des Imaginären erfahren? Wir müssen. Denn am 20. Dezember 2001 titelt die *tageszeitung* auf S. 2: *Ussama Fantômas. Keine Spur von Bin Laden. Al-Qaida-Kämpfer fliehen aus dem Knast. Anleitung zum Biowaffenbau gefunden.* Und jetzt, was tun? Sollten wir uns dieser ungewollten, sogar ungeahnten Assoziation aussetzen? Oder sollten wir uns zurückziehen und, wie man so sagt, auf Sicherheit spielen?

Das Wagnis der Rebellion und des Denkens auf sich nehmen heißt, auf das Imaginäre, auf die Einbildungs- und Vorstellungskraft setzen zu müssen, darauf, dass das alltäglich Vertraute plötzlich zu einem ganz Anderen werden kann. Das Imaginäre ist selbst das im Letzten Unfaßbare und Unberechenbare, auf das wir anspielen, wenn wir den Namen Fantômas mit dem Begriff der Subversion zusammenbringen. Doch fügt die Einbildungskraft sich niemandem ganz, auch uns nicht. Sie kann uns in befreiendes Gelächter ausbrechen lassen, sie kann uns aber auch mit namenlosem Schrecken befallen. Trotzdem können weder die Rebellion noch das Denken auf das Imaginäre verzichten – gerade so, wie sie nicht auf die Gewalt verzichten können, auch nach dem 11. September nicht, an dem, um daran keinen Zweifel zu lassen, ein zutiefst reaktionärer Anschlag verübt wurde, der noch immer nicht in jeder Konsequenz bedacht wurde und selbst ein Grund zur Rebellion gegen eine Welt ist, in der so etwas möglich ist. Fantômas aber ist ein Gespenst, keine lebende oder verstorbene Person. Wie alle Gespenster entzieht sich Fantômas den Zuschreibungen, die alltäglich die Identität des Personenstandes fixieren: Fantômas gehört keiner „Rasse", Nation oder Klasse an, übt keinen Beruf aus, nimmt keinen besonderen Status ein und besitzt kein Geschlecht. Oder besser: Sie ist von all dem nur insoweit betroffen, als sie augenblicklich schon wieder anderswo ist, als sie jeweils ein Anders-Werden- und Neubeginnen-Können ist. Dass gerade der Kampf für eine andere Welt auf Gespenster nicht verzichten kann, haben vor uns schon andere gedacht und geschrieben. So wird ein heute zu Unrecht in Vergessenheit geratener Grundlagentext linker Debatte und Praxis mit den Worten eingeleitet: „Ein Gespenst geht um in Europa ...". Wir sehen keinen Anlass, uns von dieser Einsicht, diesem Text und den beiden Gespenstern zu distanzieren, von denen in diesem Magazin auch weiter die Rede sein wird.

V.

Die *Gesellschaft der Freunde von Fantômas* wurde im Jahr 1912 in Paris gegründet. Das Magazin *Fantômas* erscheint zum ersten Mal im April des Jahres 2002. Die Zeitung *analyse & kritik* erscheint zu dieser Zeit im 31. Jahrgang. Als im Dezember 1971 die erste Ausgabe dieser



Zeitung verkauft wurde, trug sie den Namen *Arbeiterkampf* und den Untertitel *Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes (KB)*. Das lag im Stil der Zeit, nach der weltweiten Revolte des Mai 1968, nach den Septemberstreiks in der BRD des Jahres 1969. Ein großer Teil der „Neuen Linken" glaubte damals, deren „antiautoritäre Phase" beenden zu müssen, um die Geschichte der Arbeiterbewegung fortsetzen und erneuern zu können. Daraus wurde die Geschichte einer Linken in den und an der Seite der „Neuen Sozialen Bewegungen", der Frauen-, Umwelt-, Jugend- und Solidaritätsbewegung der siebziger und achtziger Jahre, an der Seite auch der Kämpfe in der und gegen die Arbeit. Der *Arbeiterkampf* begann als leninistische Organisationszeitung, wollte „kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator" sein. Über die Jahre lockerte sich die Bindung an die Organisation, die Zeitung wurde Medium einer strömungsübergreifenden Debatte und brachte Positionen miteinander ins Gespräch, die von den Grünen bis zu den Autonomen reichten – Positionen in jedem Fall, die sich wesentlich der Erfahrung der Neuen Sozialen Bewegungen verdankten. Zwischen 1989 und 1991, zwischen dem Ende der Sowjetunion, dem Anschluss der DDR an die BRD und dem Zweiten Golfkrieg, kommt dem *Arbeiterkampf* der *Kommunistische Bund* gänzlich abhanden. Seit dem August 1992 erscheint die Zeitung als *ak – Neue Folge* und heißt fortan *analyse & kritik*.

Im Magazin *Fantômas* soll vertieft werden, was *ak* niemand absprechen kann: ein offenes Medium geworden zu sein, Medium einer pluralen Linken, ein Debattenjournal, daß nach Praxis sucht, ohne den Abstand aufzugeben, der nötig ist, um Praxis kritisieren zu können.

Die Vielfalt, die wir meinen, ist zunächst eine Vielfalt der Schreib-, Rede- und Leseweisen. *Fantômas* wird ein Theorie- *und* ein Bewegungsorgan sein. Deshalb werdet ihr dort „harte" theoretische Beiträge und programmatische Dokumente ebenso finden wie Texte, die zur Selbstverständigung geschrieben wurden. Dabei schließen wir an die Brüche in der Geschichte des und der *ak* und an zahllose andere Geschichten verschiedener sozialer Bewegungen und verschiedener Linken an. Weil der Pluralismus in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten oft genug zum Vorwand wurde, sich aus der marxistischen Tradition davonzustehlen, sei ausdrücklich festgehalten, dass eine plurale Linke zwar nie *nur*, doch immer *auch* eine marxistische Linke sein wird. Zugleich legen wir Wert auf die Feststellung, dass der Pluralismus nur die historische Voraussetzung des Neubeginns ist, nicht die gesuchte Lösung selbst. Dabei gilt: Sofern die Geschichte der Linken des 20. Jahrhunderts eine Geschichte des Scheiterns war, können ihre Mehrheitsströmungen – Sozialdemokratie und Parteikommunismus – nur sehr bedingt auf der Höhe ihrer Zeit gewesen sein. Die erste Qualifikation eines pluralen Neubeginns liegt deshalb in der Unterstellung, dass die Wahrheit in der Abweichung von der jeweils herrschenden Mehrheit lag und liegt. Die zweite Qualifikation liegt dann aber in der Anerkennung des Scheiterns auch der abweichenden Minderheiten – von den „Zwischengruppen" und „Linksoppositionen" der Arbeiterbewegung bis zu den Autonomen. Gescheitert ist die Linke im Ungenügen vor einer Reihe mäßig origineller, aber stets neu sich einstellender Fragen: Reform oder Revolution? Spontaneität oder Organisation? Avantgarde oder Bewegung? Legalität oder Illegalität? Vermittlung oder Bruch? Beantwortet sind sie bis heute nicht. Klar ist, dass die Entscheidung für die eine oder andere Seite immer dann falsch war, wenn sie zur endgültigen Festlegung wurde. Unzureichend waren zugleich alle Versuche, die scheinbaren Gegensätze zu vermitteln oder auf dem Weg der Radikalisierung aufzulösen. Wir werden diese Fragen als Gespenster behandeln: einerseits als *Trugbilder*, vor deren Spuk man stets auf der Hut sein muss, andererseits als *Wiedergänger*, die sich jedem Versuch entziehen, sie ein für alle Mal auszutreiben. Wer mit Gespenstern zurechtkommen will, muss ihnen Gastrecht gewähren. Auf die genannten, ganz offenbar gespenstischen Fragen bezogen heißt das, dass die richtige Antwort gelegentlich darin besteht, die gestellte Frage offen zu lassen, um sich ihr immer neu, immer anders auszusetzen.

VI.

Jedes Heft des *Fantômas* wird einem Thema gewidmet. Das vorliegende Heft – *Zu rebellieren und zu denken wagen!* - untersucht die Möglichkeit, mit sozialer Bewegung und mit der Linken neu beginnen zu können. Dabei haben wir, weil es uns erst einmal um das *Beginnen-Können* geht, der persönlich gehaltenen Äußerung den Vorrang eingeräumt. Die meisten AutorInnen dieses Heftes versuchen, biographische Reflexionen auf ihren historischen Kontext zu beziehen – und umgekehrt. Das wird in anderen Heften anders ausfallen. Was sich nicht ändern wird, ist unsere Absicht, gerade in der Offenheit der linken Debatte *Positionen* zu markieren, die einen Unterschied bedeuten. Obwohl auch hier nur im Plural gesprochen werden kann, wollen wir bevorzugt solche Positionen zu Wort kommen lassen, die trotz der Stellung, die sie beziehen, *in Bewegung* bleiben.

Redaktion *Fantômas*

+++ „fantômas." +++ „was hast du gesagt?" +++ „ich sagte: fantômas" +++ „was bedeutet das?" +++ „nichts...alles!" +++ „aber was ist es?" +++ „nicht etwas, nicht einer...und doch, ja, es ist irgendwer!" +++ „und was macht dieser irgendwer?" +++ „schrecken verbreiten!" +++ *die ersten zeilen des ersten fantômas-romans (1911)*

dichtung & wahrheit

Subjekte machen Politik. Politik macht Subjekte. Schon allein deshalb spricht man in der Linken eigentlich gern übers Subjekt. Oder eigentlich nicht. Meistens redet man nämlich nicht über Subjekte, sondern über (revolutionäre, reformistische, bürgerliche, marginalisierte...) Idealtypen. Da bleiben die tatsächlichen Subjekte stumm und die Differenz zwischen Subjekten und Idealtypen unsichtbar. Oder, die andere Variante, man fragt Subjekte nach ihren Erfahrungen und bastelt sich daraus die idealtypische Analyse.

Anders in dichtung & wahrheit.

Fantômas fragte Menschen, die sich als politisch denkend und handelnd verstehen, nach ihren Erfahrungen und nach ihren Analysen. Danach, wie eins ins andere greift. Danach, wie sich das subjektiv Erlebte in politischen Verhältnissen bricht und wiederum selbst Politik wird. Was dabei herausgekommen ist? Das, was herauskommen musste: eine Reihe sehr unterschiedlicher, sehr subjektiver Erzählungen, deren Gemeinsames ist, dass sie in der Gegenwart spielen und dass sie Momente verstörender Vertrautheit und beruhigender Fremdheit – oder umgekehrt – enthalten.

Fremd und vertraut: fremd, weil vertraut. Was heißt das? Dass diese Texte, wie alle Texte, den Rahmen des Subjektiven immer schon überschreiten. Dies allerdings, ohne ihn vorab verborgen zu haben.

Ende der Geschichte? Ya Basta!

Unterwegs. Auf der Suche. Ankommen in dem, was noch nicht existiert. Was erst geschaffen werden muss: Von Gorleben bis Chiapas.

Über die eigene Politisierungsgeschichte zu schreiben, sollte eigentlich das Einfachste sein – und ist doch das Schwerste, weil wir gewohnt sind, uns hinter unseren Diskursen zu verstecken und die subjektive Seite zu vergessen. Wo soll ich mit meiner Geschichte anfangen? Mit dem Gefühl der Heimatlosigkeit, der Fremdheit im eigenen (?) Land, dem Gefühl, auf dem falschen Planeten geboren zu sein, dem Gefühl, dass es noch was anderes geben muss als diese Welt? Der Fremde draußen habe ich mich früh schon verweigert, zuerst durch Gleichgültigkeit, Passivität, Krankheit. Ich wollte immer nur weg aus Deutschland, das ich nie als Heimat akzeptiert habe. Als ich mit acht mit meiner Mutter in Südafrika war (sie ist dort geboren und aufgewachsen), wollte ich am liebsten dableiben; auch später war ich immer bereit, irgendwo hinzugehen – nur weg, nur anderswohin. Weil die wenigen Versuche, mich mitzuteilen, nur zu schrägen Blicken und völligem Unverständnis führten, suchte ich den Grund für die Fremde zwischen mir und der Welt bei mir selbst. Meine Kritik war folglich eine sehr subjektivistische, philosophisch-psychologische, als solche aber stark und fundamental. Die ruhelose Suche nach dem Anderen führte mich mit 17 nach Gorleben. Im Hüttendorf hatte ich zum ersten Mal das Gefühl, irgendwo aufgenommen zu sein, mich mitteilen zu können und verstanden zu werden. Mein Leben veränderte sich schnell und grundlegend. Wenige Monate später besetzte ich mit Freunden in Lüneburg eine leerstehende Fabrik. Für mich war das in diesem Moment das konsequenteste und radikalste, was ich tun konnte, obwohl ich weiter zur Schule ging, jedenfalls ab und zu.

Neoliberalismus auf allen Seiten

Der Versuch, gemeinsam mit anderen ein anderes, besseres Leben zu leben, ließ mich schnell die Widersprüche sehen – zu oft reproduzierten sich in unseren eigenen Strukturen die sozialen Verhältnisse, die wir politisch zu bekämpfen suchten. Weil sich das nicht allein soziologisch-philosophisch erklären und beheben ließ, begann ich, den politökonomischen Rahmen meiner Erfahrungen mit einzubeziehen. Anfang 95 war der Begriff ‚Neoliberalismus' noch nicht so breit diskutiert und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" war meine erste und lange einzige Informationsquelle. An diesen „Feindinformationen" lernte ich, das neoliberale Denken zu kritisieren. In dieser Zeit hörte ich auch zum ersten Mal von den Zapatistas. Meine erste Reaktion war Abwehr gegen die romantische Identifikation mit einem „revolutionären Subjekt" im fernen Süden. In den Gruppen, in denen ich bis dahin aktiv war – Anti-Castor-Gruppen, Antifa, freies Radio, Jugendumweltbewegung, Rote Hilfe – war das Interesse an diesen Entwicklungen und an ökonomischen Fragestellungen gering. Das änderte sich mit dem Studistreik 97/98: Zum ersten Mal stieß ich auf Interesse, als ich etwas vom MAI, von der WTO, der Weltbank oder dem IWF erzählte. Die Reaktionen auf das MAI waren eine Mischung aus Ungläubigkeit, an Panik grenzender Überraschung und Tatendrang. Vielen erschien unvorstellbar, dass der Staat hinter dem Rücken der BürgerInnen ein Abkommen aushandelt, das den Unternehmen fast uneingeschränkte Souveränität zugesteht und seine eigene Handlungsfähigkeit beschränkt. Ich machte mir das neoliberale Denken auf umgekehrter Ebene zu Eigen, leitete alles Politische aus einer systemimmanenten Logik des Kapitalismus ab und sah überall nur noch die naturgesetzlich wirkende „unsichtbare Hand des Marktes". Hinzu trat das triumphierend proklamierte „Ende der Geschichte". Die Vorstellung, dass der alltägliche „Terror der Ökonomie" ewig so weitergehen sollte, ohne Möglichkeit, die Notbremse zu ziehen und die Maschine wenigstens zu verlangsamen, verstärkten meine Angst und meine ohnmächtige Wut gegen die Übermacht eines Systems, das uns alles nimmt – einschließlich des Rechts zu träumen.

Was aber macht mensch, wenn die utopischen Illusionen vom Auszug aus Ägypten und der Heimkehr ins Gelobte Land aufgebraucht sind, die die Linke aus der religiösen Tradition übernahm? Was tun, wenn die Verheißung des Morgens sich nur noch in die Fortdauer des unerträglichen Zustandes übersetzt? Dies, glaube ich, ist der fundamentale Unterschied zwischen den Generationen der 68er ff., die mit dem Gefühl des „Rückenwinds der Geschichte" politisiert wurden, und der Generation der Post-89er: Es ist immer leicht zu kämpfen, wenn an den baldigen Sieg geglaubt werden kann – aber weiterzumachen, wenn alles dagegen steht, ist verdammt schwer.

Ya Basta!

Es dauerte Jahre, bis ich begriff, dass auch ökonomische Gesetze Ausdruck eines sozialen Verhältnisses sind, historisch von Menschen geschaffen und somit auch wieder veränderbar. Hier kommen wieder die Zapatistas ins Spiel, die ihren Aufstand ebenfalls in einer Zeit starteten, die ungünstiger nicht hätte sein können, einfach weil – Ya Basta! Es reicht! Wenn die Situation unerträglich ist, wäre es ein Verzicht auf die vielleicht einzige verbliebene Freiheit, nicht wenigstens zu versuchen, sie zu ändern. Diese Haltung ist resistent gegen Niederlagen und sichert einen langen Atem in Zeiten, in denen selbst kleine Erfolge auf der symbolischen Ebene fern scheinen. Du tust, was Du selbst als richtig und notwendig ansiehst, ohne nach den Erfolgschancen zu fragen. Und wenn in der Welt alles nach Veränderung schreit, weil heute zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte ganz real das Überleben der Menschheit als Ganzes auf dem Spiel steht, wäre es zynisch zu warten, bis ein Erfolg realistisch erscheint. Realistisch betrachtet sind unsere Chancen noch immer sehr gering. Dennoch sind wir heute in einer ganz anderen Phase als noch vor fünf Jahren. Zuerst verschwand das MAI in den Schubladen, eine Kapitulation der vielleicht mächtigsten Organisation der Welt zumindest *auch* vor der Macht der Straße. Und dann kam Seattle, das Ya Basta! der Industrieländer und Ende vom Ende der Geschichte: Das Naturgesetz der Globalisierung traf auf das unüberwindliche Hindernis einer Demokratie von unten. Wobei Seattle natürlich viel früher anfängt, in Chiapas und dann in Genf, mit der Gründung des internationalen Netzwerks *People's Global Action* (PGA) auf einer Weltkonferenz sozialer Bewegungen im Februar 1998. Zwei Monate später organisierte PGA anlässlich eines WTO-Treffens in Genf wiederum in Genf den ersten ‚Globalen Aktionstag' mit Protestaktionen auf allen fünf Kontinenten.

Die Gründung von PGA und meine Verhaftung während der Genfer Proteste waren der entscheidende persönliche Wendepunkt. Paradoxerweise hatte ich gerade im Knast, in der Erfahrung größter eigener Ohnmacht und direkter Konfrontation mit der Staatsgewalt, nach stundenlangen Verhören, ED-Behandlung, Schlägen und Bedrohungen, Hunger, Entkleidung usw. ein Gefühl eigener und kollektiver Stärke wie nie zuvor. Zu sehen, dass sie sich selbst entwürdigten, indem sie mich zu demütigen suchten, nahm ihnen jede Chance, meine Persönlichkeit, meine Ideale zu zerstören. Wenn sie es nötig haben, zu solchen Mitteln zu greifen, ist das der Bankrott ihrer Ideologie. Gegen die Verteidigung der Würde gibt es keine Waffe. Und das Wissen, nicht mehr alleine dazustehen, sondern Teil einer weltweiten Bewegung zu sein, die dieses zapatistische Ya Basta! teilt, gab mir zusätzliche Kraft zum Weitermachen.

Zurück zum Ground Zero?

Leider versuchten auch Organisationen die Aktion in ihrem Sinne zu interpretieren und zu instrumentalisieren, die sich am Prozess der Globalen Aktionstage überhaupt nicht beteiligt hatten: trotzkistische Organisationen und NGO mit einem neokeynesianischen Ansatz, die sich später zum Netzwerk ATTAC zusammenschlossen. Insbesondere ATTAC hat seither enorm an Sichtbarkeit gewonnen und stellt sich in der Öffentlichkeit als ‚die' Bewegung dar. Parallel dazu erhöhten die Herrschenden von Protest zu Protest das Niveau der Repression: international verbotene chemische Kampfstoffe in Seattle, massive Folterungen in den Knästen in Prag und in Genua die ersten Toten. Letzteres rief allerdings eine starke Antwort auch von Seiten der bürgerlichen Öffentlichkeit hervor, die in eine breite gesellschaftliche Diskussion und Infragestellung des Neoliberalismus zu münden begann. Die Anschläge des 11. September führten dann aber zu einer Polarisierung, in der es nur noch zwei Seiten zu geben scheint – wie Bush es ausdrückt: „die Terroristen und die, die mit uns sind". Auf welche Seite die sog. „Anti-Globalisierungsbewegung" gestellt wird, machte wenige Tage nach dem Anschlag Berlusconi klar, als er uns mit den Taliban verglich, da wir beide Feinde der freien westlichen Zivilisation seien. Seither wird auf rechtlicher Ebene zum Gegenschlag ausgeholt, mit „Anti-Terrorismusgesetzen", die sich explizit auch gegen gewaltfreien zivilen Ungehorsam richten – etwa gegen Vorbereitungen, Treffen von Regierungsvertretern zu stören. Es ist zu befürchten, dass sie damit genau das Problem schaffen, das sie zu bekämpfen vorgeben: Schwinden legale Spielräume, weil jeder Akt des Protestes kriminalisiert wird, werden Leute allererst in den Untergrund abgedrängt. Deshalb müssen wir die Reste an Demokratie und Bürgerrechten, die wir noch haben, mit Zähnen und Klauen verteidigen – weltweit. Tatsächlich sind chilenische, besser: kolumbianische Verhältnisse, d.h. die Kombination formaldemokratischer Strukturen mit einer brutalen Unterdrückung jeglicher Opposition, nicht grundsätzlich auszuschließen. Noch ist es nicht so weit, und hoffentlich wird es auch nie so weit kommen. Dennoch sollte uns eine Warnung sein, was ein Compa der Organisation *Prozess der Schwarzen Gemeinschaften* (PCN) aus Kolumbien bei einem Treffen in Prag sagte: „Wenn wir nicht jetzt etwas gemeinsam gegen die zunehmende Repression und Kriminalisierung tun, sieht es bei euch bald so aus wie bei uns jetzt".

Von unterwegs

Im Augenblick reise ich durch Lateinamerika, wieder oder immer noch auf der Suche nach dem, was nicht existiert, weil es erst geschaffen werden muss – und was ich doch so oft schon gefunden habe, in kostbaren Momenten, hier und in Europa. Momente, die spüren lassen, dass dieses andere, das wir suchen, möglich ist. Dass es an uns ist, es zu erschaffen, jetzt schon und nicht erst nach der Revolution. Wie die Zapatistas es ausdrückten: „Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern, es reicht, sie neu zu erschaffen."

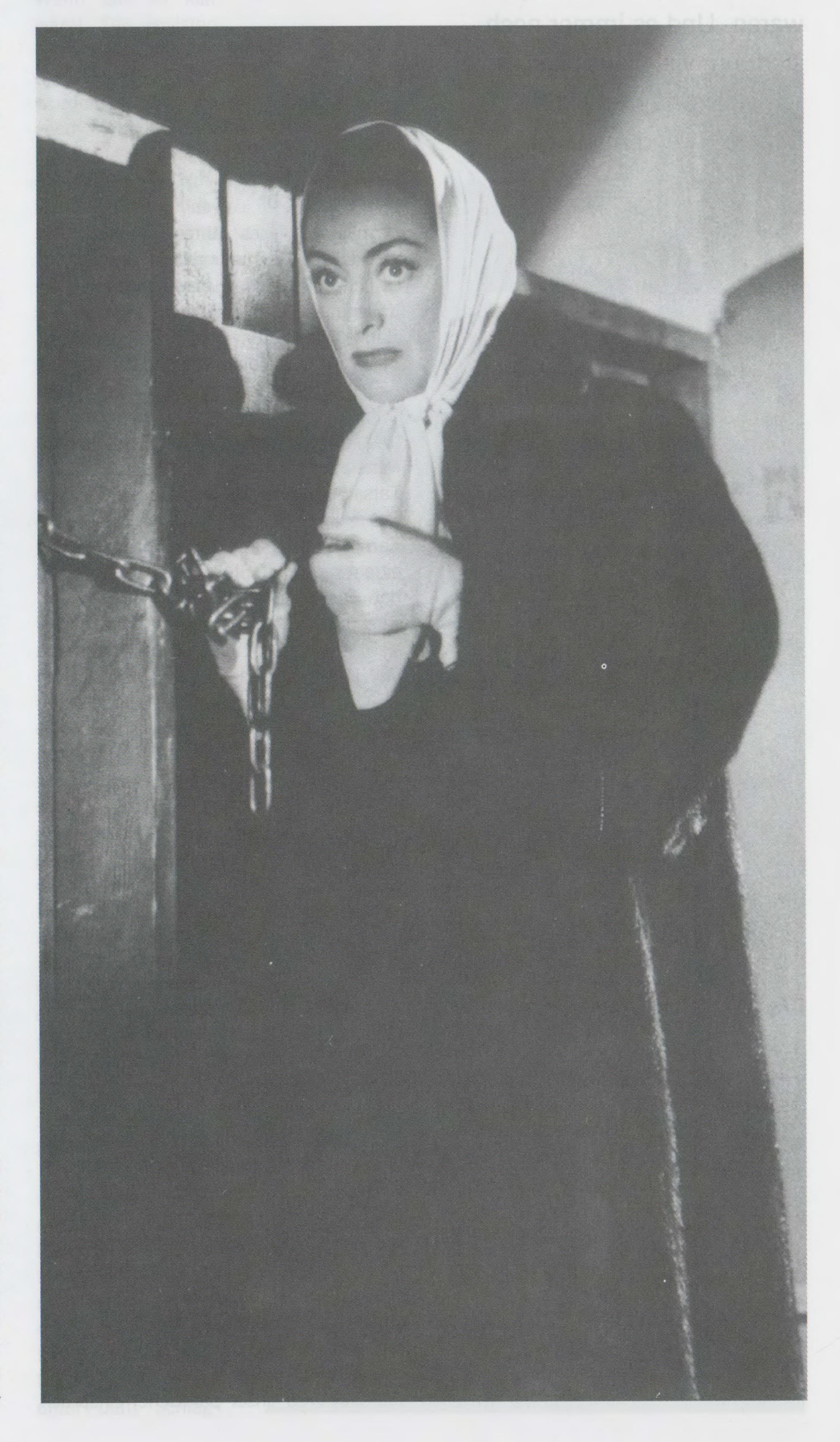
Die Zeit hier, die vielen wertvollen Gespräche mit Menschen aus den Bewegungen hier, haben mich aber auch erkennen lassen, woran es uns mangelt: Das sind Wurzeln, Visionen und auch ein strategisches, prozesshaftes Denken. Dabei geht es vor allem darum, die Fixierung auf den Neoliberalismus zu überwinden, war doch die Situation im keynesianischen Kapitalismus keinesfalls ideal, zumal die begrenzten Zugeständnisse an die Beherrschten immer mit einer verschärften Ausbeutung der Menschen in der sog. „Dritten Welt" erkauft wurden. Nicht einmal der Kapitalismus ist das alleinige Problem, ziehen sich doch die Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wie ein roter Faden durch die Geschichte der Menschheit – und der Widerstand dagegen auch. Vielen Teilen der Bewegung ist bewusst, dass die Globalisierung nur Ausdruck der derzeitigen Phase des Kapitalismus ist, dass die Opposition umfassend sein und mehr als nur ein ökonomisches System überwinden muss. Nicht umsonst sind die ersten beiden Prinzipien von PGA die Ablehnung des Kapitalismus und Imperialismus sowie sämtlicher Formen der Unterdrückung und Diskriminierung. In der Suche nach Perspektiven jenseits von Staat und Kapitalismus und nach einem Wandel von unten unterscheiden wir uns von den Strömungen der Bewegung, die sich auf die Stärkung des Staates gegen die Übermacht des Ökonomischen beschränken. Hier stoßen aber auch die bisher sehr erfolgreichen Globalen Aktionstage an ihre Grenzen: Ein so-

ziales Verhältnis wird durch symbolische Angriffe auf die Treffen der Mächtigen allein nicht verändert. Wie ein Widerstand im Alltag aussehen kann, der stärker als bisher an den konkreten Problemen ansetzt und über die bloße Verhinderung der neoliberalen Projekte hinaus geht, dafür existieren noch keine Konzepte.

Wichtig ist die Schaffung von Freiräumen eines anderen Lebens. Diese haben stets mit dem Widerspruch zu kämpfen, dem neoliberalen Projekt in die Hände zu spielen: Immerhin ist es heute, wo das Überlebensnotwendige verliert, wer nicht mehr nutzbar gemacht werden kann, fast ein Privileg, sich ausbeuten lassen zu dürfen. Organisieren die derart Abgeschriebenen ihr Überleben selbst, kommt das dem System durchaus entgegen. Wie diese Widersprüche zu lösen sind, dafür gibt es keine Blaupausen, sondern nur tastende Versuche – getreu dem zapatistischen Motto „preguntando caminamos": „Fragend sind wir auf dem Weg". Eine Idee könnte sein, nicht *gegen* Privatisierungen, sondern *für* eine „recuperation", eine „Rück-Eroberung" unseres Lebens und unserer Lebens-Mittel zu kämpfen. Dies ist der Kern gerade der Kämpfe indigener Bewegungen, die in den letzten Jahren immer mehr Stärke und Sichtbarkeit erlangt haben und mit ihren Forderungen nach territorialer Selbstbestimmung quer zu nationalstaatlichen und kommerziellen Interessen liegen. Auch für uns reicht bloßer Widerstand nicht mehr aus. Gerade angesichts der wachsenden Repression gilt es offensiver zu werden, um unser eigenes Projekt zu kämpfen, statt uns auf die Herrschenden zu fixieren. Und das heißt, erst mal eins entwickeln, das weder nach „dem" Modell sucht noch in Beliebigkeit verfällt, sondern die viel beschworene „Einheit in der Vielfalt" realisiert.

So schwanke ich noch immer zwischen Panik und Zuversicht. Panik, wenn ich an Entwicklungen denke, die z.T. schon in Gange sind, wie z.B. der Einführung eines implantierten Mikrochips, auf dem sämtliche persönlichen Daten gespeichert sind, oder die Gentechnologie, die die Selektion in lebenswertes und lebensunwertes Leben forciert. Zuversicht, wenn ich sehe, dass trotz allem das Bewusstsein wächst, dass dieses System eben nicht das beste aller möglichen und schon gar nicht das einzig mögliche ist. Dass die gegenseitige Wahrnehmung und Anerkennung zwischen den verschiedenen Bewegungen weltweit wächst. Dass immer mehr Menschen wieder zu träumen wagen von einem anderen Leben. In einem chilenischen Menschenrechtsjournal las ich: „Que la utopá sigue. Aunque disparen." – „Die Utopie geht weiter. Auch wenn sie schießen."

Miriam Fischer
studiert in Kassel Politikwissenschaft, Psychologie und Philosophie, reist zur Zeit durch verschiedene Länder Südamerikas



Hinter den Betriebstoren: Klassenkampf passé?

Es gibt sie noch, die radikalen Linken in den Betrieben, die von der Notwendigkeit des Klassenkampfs überzeugt waren. Und es immer noch sind: um viele Illusionen ärmer, um viele Erfahrungen reicher. Ein Rück- und Ausblick.

Im März dieses Jahres trafen sich bei drei Diskussionsrunden in unterschiedlicher Besetzung insgesamt rund 40 Kolleginnen und Kollegen, die sich als „Linke" definieren und in Betrieben -zumeist der Automobil- und Chemieindustrie - oft schon seit Beginn der 70er Jahre politisch aktiv sind. Unsere Aktivitäten als Betriebsratsmitglieder standen im Mittelpunkt der Debatte, ein Ausdruck der Tatsache, dass die Mehrzahl der linken Betriebsgruppen traditioneller Weise dem Kampf um eine andere Betriebsratspolitik einen zentralen Stellenwert zugemessen hat. Die folgende Zusammenfassung unseres Erfahrungsaustausches beschränkt sich im Wesentlichen auf die Argumente und Überlegungen von ganz oder zumindest teilweise freigestellten Betriebsräten aus Großbetrieben, Belegschaften mit 2000 und mehr Kolleginnen und Kollegen.

Beschreibung des Ist-Zustandes 1: gar nicht lustig ...

Wie Hamster im Laufrad quälen wir uns tagtäglich ab, ständig getrieben von neuen Kostenspar- sprich Profitplänen des Managements, dabei immer im ärgerlichen Clinch mit den Co-Management-Vertretern im Betriebsrat (BR). Die Belegschaft erwartet von uns Stellvertreter-Einsatz. Wir rotieren als Sozialarbeiter und werden von der Alltagsarbeit aufgefressen und krank. Durch Betriebsrats- und Ausschuß-Sitzungen mit unendlichem Papierkram droht der Verlust unserer persönlichen Beziehungen zu Kolleginnen und Kollegen.

Dieser Alltagsdruck zieht uns krakenhaft weg von Politisierungsarbeit. In unserer Betriebsgruppe oder Betriebsrats-Fraktion wird unser politischer Anspruch selten reflektiert. Zum Teil geht es nur noch um Eroberung bzw. in Einzelfällen Erhalt der Betriebsrats-Mehrheit, in ängstlicher Rücksichtnahme auf die Stimmungen in der Belegschaft.

Dabei spüren wir doch die Begrenztheit solcher Alltagsarbeit. Die erzwungene Konzentration auf Verteidigung des erreichten Niveaus an Jobs, Lohn, Arbeitsbedingungen beschränkt unsere Sichtweise auf den „eigenen" Betrieb und Konzern. Wir suchen solidarische Unterstützung und Erfahrungsaustausch national wie international meist nur im Bereich unserer Branche. Für andere ist unser Aktivismus wenig attraktiv. Alle Gruppen leiden unter Nachwuchsmangel...

Beschreibung des Ist-Zustandes 2: doch ganz lustig ...

Immerhin erreichen wir mit unseren Betriebszeitungen und Flugblättern und unserem tagtäglichen Widerstand, dass es überhaupt noch Gegenmacht im Betrieb gibt. Unsere gewerkschaftliche Basisarbeit zusammen mit kritischen und aktiven Vertrauensleuten hat ja besonders in den Betrieben, in denen wir aktiv sind, zu Gegenwehraktionen gegen die Kapitalangriffe und die Konzessionspolitik der „Standort"-Verteidiger in Betriebsrat und Gewerkschaft geführt.

Entdeckung der eigenen Würde, Eigeninitiative voranzubringen, aufrechten Gang vorzumachen und mit anderen einzuüben ist allein schon wichtig. Dabei nutzen wir Möglichkeiten der Betriebsrats-Arbeit, die so nicht vom Betriebsverfassungsgesetz mit seiner Doktrin friedvoller Sozialpartnerschaft gemeint sind.

Schließlich machen die meisten von uns immer noch antikapitalistische Aufklärungsarbeit, Veranstaltungen usw., die

über den Betriebsbereich hinausgehen, nationale wie internationale Themen betreffen, oft in Zusammenarbeit mit anderen Linken in der Stadt oder Region.

Und außerdem: Leben im Widerstand ist lustiger. Beispielsweise hatte ich in meinen 30 Jahren Betriebsarbeit bei aller Brutalität der Auseinandersetzungen doch auch immer das gute Gefühl, zum einen die Herren der Geschäftsleitung samt ihrem Karrieristengeschwader, zum andern Sozialpartner-Bürokraten und Opportunisten im BR wie in Gremien der IG-Metall (aus der ich 20 Jahre ausgeschlossen war) gegen mich zu haben. Ich konnte immer von den lebhaften und oft kontroversen Debatten innerhalb der Belegschaft profitieren, besonders aber von der Solidarität und Fürsorge der Betriebsgruppe und unserer zahllosen UnterstützerInnen sowie von der Rückendeckung und persönlichen Bestätigung durch einen beträchtlichen Teil der Belegschaft und darüber hinaus in der linken Szene bei uns und im internationalen Austausch, bei unseren Besuchen, Konferenzen etc.

Sind wir Sand oder Öl im Getriebe?

In unserer Diskussion überwog allerseits die Kritik am Ist-Zustand.

Man kann sich im Gefühl des Widerstandes auch ziemlich bequem einrichten. Über die Belegschaftsmobilisierung die Gewerkschaft von innen verändern, Erhalt von Gegenmacht, praktischer, von der Basis getragener Widerstand im Alltag, antikapitalistische Aufklärungsarbeit, alles schön und gut, aber wo ist das eigentliche Ziel unseres Kampfes?

Ist nicht insbesondere unsere Betriebsrats-Arbeit, zumindest die als Freigestellte in Großbetrieben, in Frage zustellen? Machen wir nicht doch überwiegend Stellvertreterpolitik, mit angeblich fortschrittlichem Anspruch?

Betriebsrats-Arbeit sollte doch mal Teil eines politischen Projekts sein, nicht das Projekt selber. Hindert uns nicht gerade das Betriebsrats-Amt an der Politisierung der Konflikte? Zum Teil gibt es in den Betriebsgruppen harte Debatten über Freistellung und Rotation, über bewußte Reduzierung der Beteiligung in Ausschüssen, über zeitweiligen oder grundsätzlichen Ausstieg aus dem BR. Sollten wir uns nicht vielmehr auf die Bildung von Widerstandsgruppen in den Hallen - und dabei auf die Vertrauensleute - konzentrieren, ganz weg von den abgehobenen Gremien?

Speziell die Zielsetzung, die Betriebsrats-Mehrheit erobern zu wollen, ohne dabei in die „Standortfalle“ zu geraten, wurde prinzipiell hinterfragt. Ist dann eine Mehrheit überhaupt erreichbar, wenn man programmatisch, offen und eindeutig Position gegen Kapitalismus, für eine andere Gesellschaftsordnung bezieht?

Wofür sind wir denn mal angetreten?

Wenn das so klar wäre! Die meisten von uns kommen aus der 68er Tradition, wurden in der Jugend- und Studentenrevolte politisiert, entdeckten die Notwendigkeit des Klassenkampfes und hielten den Aufbau der Kommunistischen Partei für ihre Tagesaufgabe. Einige von uns gingen Anfang der 70er in die Betriebe, andere stießen durch die politische Bewegung zu den Betriebsgruppen oder wurden durch sie im Betrieb für die Mitarbeit gewonnen.



Umfassende Kritik am Kapitalismus, Ausbruch aus dem bürgerlichen Leben, mit dem Gefühl, Teil einer breiten, internationalen sozialistischen Bewegung zu sein, diese Ausgangssituation hat gerade die geprägt, die bis heute als Linke in den Betrieben aktiv geblieben sind. Eine derartig mitreißende Bewegung hat es seitdem nicht mehr gegeben, was nicht zuletzt den hohen Altersdurchschnitt unserer Gruppen erklärt...

Fehler haben wir von Anfang an gemacht, bei unserer historischen Unerfahrenheit unvermeidbar. Der oft dogmatisch verengte Rückgriff auf Revolutionsvorstellungen unter dem Schlagwort „Marxismus-Leninismus“, mit Avantgarde-Anspruch und Kader-Disziplin, mit dem Absingen der alten Klassenkampflieder voll von engstirnigem Arbeitslob, sackten uns allseitige, das gesamte Leben erfassende emanzipatorische Ansätze weg - „Sozialismus“ blieb eher eine Parole der leuchtenden Augen. Wir waren nicht in der Lage, eine andere Gesellschaftsord-

nung, eine nicht auf Akkumulationszwang und Privateigentum an Produktionsmitteln gegründete Gesellschaft zu einem massenhaft attraktiven Bewegungsziel zu machen. Und das um so weniger, je mehr wir uns auf das Anprangern kapitalistischer Sauereien im Betrieb und in aller Welt und auf Zielsetzungen wie „Opposition im BR" oder „Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie" beschränkten.

Reihenweise können wir heute Ex-DKP-ler oder auch Ex-K-Gruppen-Leute aufzählen, die in führenden Positionen in Betriebsräten der Großbetriebe die Standortkonkurrenz vorantreiben und sich inzwischen mehr oder weniger offensiv als Co-Manager bezeichnen. Auch das ein Ergebnis der Selbstbeschränkung ehemals revolutionärer Ansprüche auf „Interessenvertretung der Belegschaft", vorangetrieben durch das Ende der Gruppen und Parteien mit kommunistischem Anspruch und Betriebsbezug Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre und durch die gravierenden Veränderungen der „objektiven Lage": Massenarbeitslosigkeit, verschärfter internationaler Konkurrenzkampf, Globalisierung und „Schlanke Produktion", mit neuen Herausforderungen in der Arbeitsorganisation, neuem Gewicht der „corporate identity", um nur einige Schlagworte zu nennen.

Für unsere Entwicklung als Betriebsgruppen sind die jeweiligen Ausgangsbedingungen in den einzelnen Belegschaften, Gewerkschaften, in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich gewesen.

Wir hatten in der GOG bei Opel in Bochum seit der Gründung 1972 eine relativ glückliche Konstellation, indem wir 1. kontinuierlich mit unserer eigenen Zeitung und unseren Flugblättern die Diskussion mit der gesamten Belegschaft geführt haben, 2. unsere Gruppe fast immer mehrheitlich aus Nicht-Betriebsräten, sondern Kolleginnen und Kollegen „der Basis", mit Vertrauensleuten oder Leuten ohne besondere Funktion bestand und 3. immer Genossinnen und Genossen in der GOG mitgemacht haben, die nicht bei Opel beschäftigt sind oder waren und uns fachlich (Rechtsanwalt M.D. und andere), sachlich (beim Artikelschreiben und -verteilen, PC- und Internetnutzung etc.) und politisch unterstützt haben, gleichsam als solidarische politische Supervision gegen einen betriebsbornierten Blick auf unsere Ziele, Aufgaben und Alltagspraxis. Auch dieses jedoch, so kontinuierlich wir auch in allen Einzelkonflikten an grundsätzlicher Kapitalismuskritik festgehalten haben, war verteidigungsbestimmt und schuf selten Hoffnung auf Machbarkeit einer anderen Gesellschaft...

Ein Blick in die Zukunft ...

1. Unsere den Einzelbetrieb und die Branche überschreitende Diskussion über unsere Erfahrungen und Fragen ist unbedingt zu verbreitern. Die müssen wir offensiver in die „linke" Debatte einbringen, beispielsweise im Rahmen der „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken". Können wir dabei derartige Überlegungen aus anderen Bereichen der sozialen Bewegungen, auch aus anderen Ländern, nutzen, zum Beispiel der Linken in der französischen oder auch amerikanisch/kanadischen oder brasilianischen Gewerkschaftsbewegung?

2. In den Betrieben als Ort direkter Konfrontation mit den Herrschenden müssen wir weiterkämpfen und die sich verändernden Bedingungen nutzen.

Die Erosion der Flächentarifverträge, die gewerkschaftsoffizielle Zuweisung der „Konfliktregelung" an die Betriebsräte, gibt unserer Betriebsrats-Arbeit einen neuen Stellenwert, unseren Kämpfen auf Betriebsebene mehr Bedeutung. Die Standort- und Wettbewerbspropagandisten kommen mit ihrer Verzichtspolitik an Grenzen. Für die Entwicklung einer „Gewerkschaftsbewegung von unten", als Teil umfassender sozialer Bewegung, können wir unsere Betriebsratsspielräume gut nutzen. In unserer Alltagsarbeit die Sorgen und Beschwerden der Einzelnen als Massenprobleme und diese als Klassenprobleme verständlich zu machen und dann mit den Betroffenen Wege gemeinsamer Gegenwehr anzugehen, bleibt Tagesaufgabe.

3. Mit einer Beschränkung auf das Motto „Kampf gegen weitere Verschlechterungen" schüren wir allerdings Illusionen. Über die Ursachen für die negativen Entwicklungen müssen wir unter uns und mit unseren Kolleginnen und Kollegen mehr streiten, ebenso wie über neue Möglichkeiten, das Übel an der Wurzel zu packen.

In der Produktion selber werden viele Erfahrungen gemacht, die wir nutzen können, um eine andere Organisation unserer gemeinsamen Arbeit zu diskutieren. Neue Arbeitsformen wie Gruppenarbeit, neue Technologien und Rationalisierungsformen sind daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie als kapitalistisch bedingte abzulehnen sind, aber auch inwieweit sie im Widerspruch zu den Begrenzungen und Bestimmungen, denen sie unter kapitalistischen Bedingungen unterliegen, für eine ganz andere Form von Produktion und Verteilung nötiger und gewünschter Güter nutzbar gemacht werden können.

Die Zerschlagung der Großbelegschaften bedeutet auch die Zersetzung kleinbürgerlicher Hoffnungen vieler Kolleginnen und Kollegen auf ein „geregeltes", erträgliches Lohnarbeiterleben.

Die gesellschaftlichen Repräsentationsstrukturen zerbröckeln, nationalstaatliche Regulierung funktioniert nicht mehr wie früher - was ist daran gefährlich, was als positiv zu sehen, wenn alte Autoritäten, Staat und Parlament Einfluß verlieren, an dem sich die Menschen orientiert haben?

4. Einer von unseren Diskussionsteilnehmern hat seine Kritik an der Losung „Konsequente Vertretung der Lohnabhängigeninteressen" so auf den Punkt gebracht:

„Der ‚Interessengegensatz´ allein war noch nie geeignet, ein antikapitalistisches, also sozialistisches Bewußtsein zu begründen, das die Arbeiterbewegung auch in ihren gewerkschaftlichen und politischen Tageskämpfen motivieren und orientieren konnte. Ein solches Bewußtsein kann logischerweise nur entstehen, wenn der ‚Interessengegensatz´ selbst in Frage gestellt wird durch das Interesse, ihn zu überwinden, und wenn das ‚Bewußtsein vom Interessengegensatz´ erweitert wird zum Bewußtsein oder wenigstens zur Ahnung davon, dass und wie er zu überwinden wäre. In der bisherigen Geschichte der Arbeiterbewegung aber ist ein solches Interesse bzw. Bewußtsein massenhaft noch nie allein oder linear aus dem gewerkschaftlichen Kampf entstan-

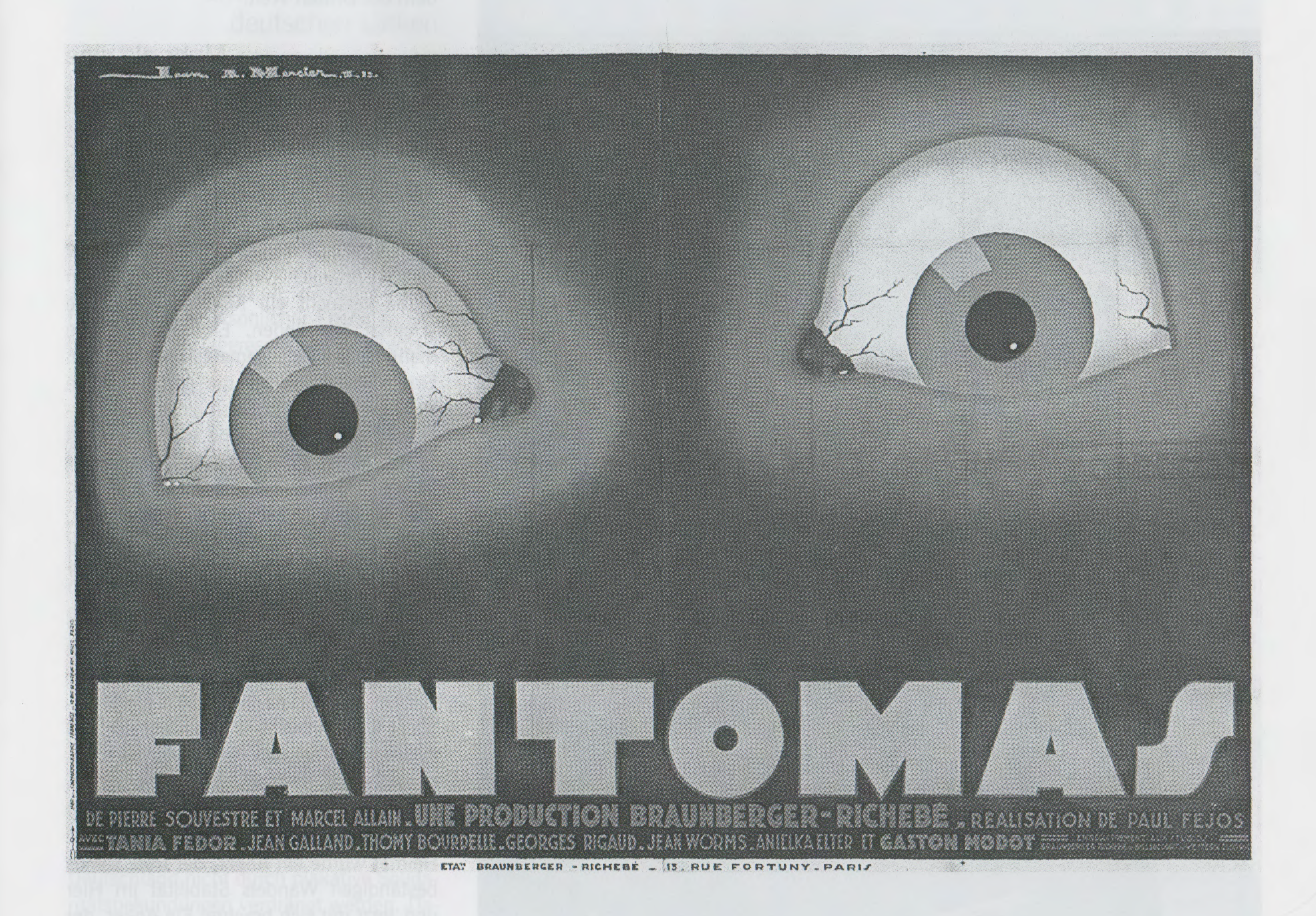
+++ im badezimmer ihres schlosses an der dordogne +++ liegt ermordet die marquise de langrune +++ ihr nahezu nackter körper +++ ausgestreckt auf dem fußboden +++ die kehle durchschnitten +++

den, sondern (wenn überhaupt, dann) vielmehr gerade aus der Erfahrung seiner Beschränktheit und Ohnmacht gegenüber dem Grundübel der Kapitalherrschaft selbst und mit Hilfe von Leuten, die in der Lage waren, aus der Kritik der herrschenden Produktionsverhältnisse ein Programm ihrer Umwälzung abzuleiten.

Denn die ausschließliche Verpflichtung auf die ‚Durchsetzung der Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen´ war in der Tat ja nichts anderes, als ein Programm, das den ungebrochenen Fortbestand, die Aufrechterhaltung der Lohnarbeit voraussetzte, das gar nicht darauf angelegt war, die Lohnabhängigkeit selbst auch nur in Frage zu stellen und Interessen zu wecken, die mit der Lohnabhängigkeit unvereinbar sind, nämlich die Aufhebung der Lohnabhängigkeit selbst: die Befreiung der Lohnabhängigen vom bornierten privaten Kommando über ihre gesellschaftliche Arbeit durch die kollektive Aneignung der Produktionsmittel und die selbstbewußte, gemeinschaftliche Organisation ihrer Arbeit, ohne ruinöse Konkurrenz und blinden Akkumulationszwang, zur Sicherung ei-ner menschenwürdigen Existenz für alle, auch die der nicht arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft, und zu ihrer individuellen Entwicklung durch vielseitige, gesellschaftlich sinnvolle und anerkannte Tätigkeit, lebenslange Bildung usw. - Interessen, die in latenter, verkrüppelter, unterdrückter Form ja durchaus vorhanden sind und zum Teil außerhalb der Lohnarbeitszeit nach Ersatzbefriedigung suchen..." (Werner Imhof, vgl. express 3/1999)

Wolfgang Schaumberg
Jahrgang 1943, lebt in Bochum

Nachdruck aus:
Gester/Hajek (Hg.): 1968 - und dann? Erfahrungen, Lernprozesse und Utopien von Bewegten der 68er-Revolte; Atlantik Verlag, Bremen; ISBN 3-926529-35-0; EUR 10,00



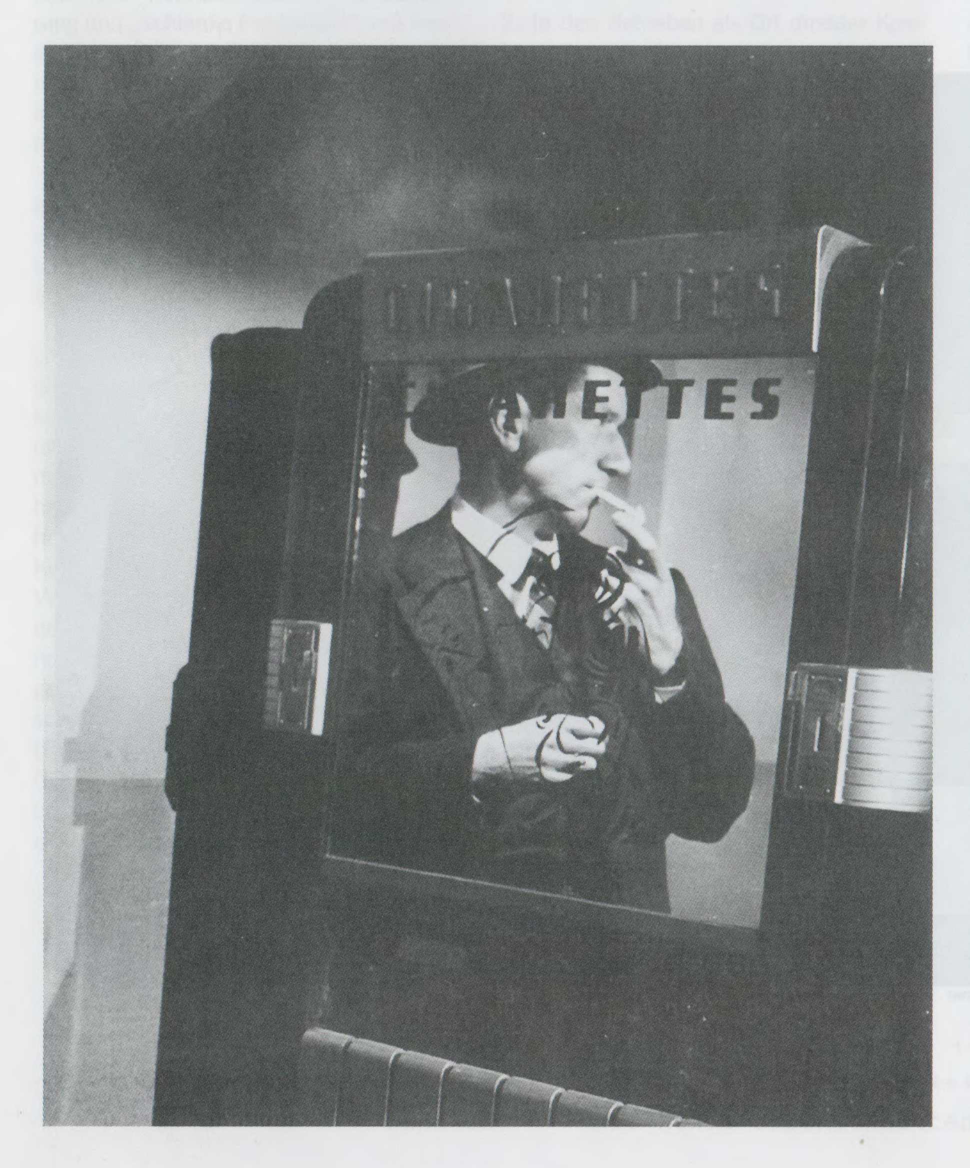
Kämpfen, um die Existenz zu sichern

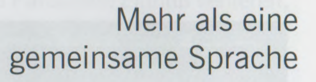
Für viele weiße Linke ist ihr Linkssein „Heimat“. Für Alexander Sipua Ngnoubamdjum nicht.

Schwarze Menschen können in deutschen linken Zusammenhängen selten mit ihrer ganzen Persönlichkeit politisch aktiv werden und werden ebenso selten mit ihrer ganzen Persönlichkeit wahrgenommen. Darin spiegelt sich eine Realität dieser Gesellschaft wider, die die betroffenen Menschen schon seit ihrer Kindheit prägt.

Konkret meine ich damit, dass Schwarze Menschen und ihre Organisationen immer vor der Entscheidung stehen, entweder unter dem Adjektiv *schwarz* politisch, sozial, kulturell aktiv zu werden, oder als linke Aktivistin bzw. als linker Aktivist einen Beitrag im Kampf um gesellschaftliche Entwicklungen leisten zu wollen. In diesem Spannungsfeld entsteht eine Politisierung, die auf einer ganz persönlichen Ebene häufig nur durch die Schaffung neuer Strukturen und/oder eigener Perspektiven aufgefangen und in produktive, konstruktive Bahnen gelenkt werden kann.

In meinem Fall begann die Politisierung in diesem Spannungsfeld bereits als Kind eines Pfarrers aus Kamerun, der sich als Missionar in Deutschland verstand. Die rassistischen Beleidigungen, mit denen unsere Familie konfrontiert wurde, waren ein Teil unseres Alltages in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Der andere Teil waren die strukturellen Auseinandersetzungen innerhalb von Staat, Gesellschaft und Kirche. Es ging um die Fragen des atomaren Wettrüstens, es ging um den Umgang mit terroristischen Strukturen in Deutschland, es ging um die internationale Solidarität mit Ländern der Dritten Welt.





Mehr als eine gemeinsame Sprache

Die bewusst erlebt und miterlebten Auseinandersetzungen wurden stärker, die Repression durch Machtstrukturen wurde allgegenwärtig, die Angriffe durch politisch Andersdenkende gingen häufig über verbale Attacken hinaus. Und in diesem Klima versucht ein Kind so etwas wie „Heimat“ zu finden. Eine Heimat, die mehr ist als eine gemeinsame Sprache. Eine Heimat, in der die ganze Familie Platz haben kann und gemeinsame Schritte geht. Aber eine solche Heimat gab es nicht. Weder in politischen Zusammenhängen, noch in kirchlichen Gruppen; weder im gewerkschaftlichen Engagement, noch innerhalb des kleinen Dorfes in der Nähe von Ulm, wo ich einige Jahre meiner Kindheit verbracht habe.

Im Rahmen von identitätsstiftenden Prozessen gab es deshalb die Sehnsucht nach einem Ort, der stellvertretend für Heimat stehen könnte. Und diese Sehnsucht war immer auch verknüpft mit den Erfahrungen bei den (leider viel zu selten) Reisen in mein „Heimatland“. Im Laufe der Zeit wurde diese Sehnsucht selbst zu einem Stück Heimat. Diese neue Heimat wurde ein Anker, der trotz seines beständigen Wandels Stabilität im Hier und Jetzt mit sich brachte. Ein Anker, der genügend Platz für Träume, Wünsche und Ideale bot. Und ein Anker, der sich der

jeweiligen Lebensrealität anpassen konnte.

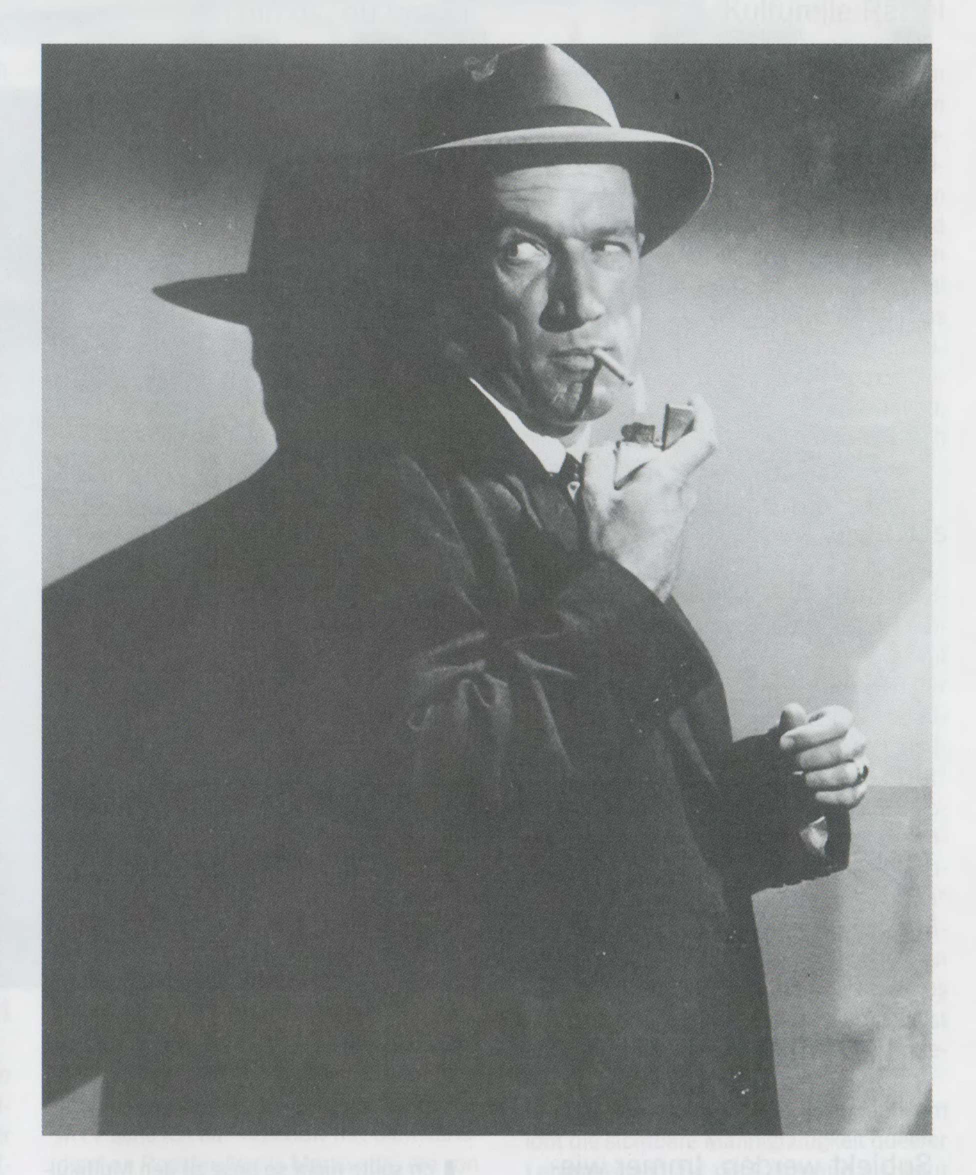
Der Wandel des Begriffes Heimat von einer Ortsbezeichnung zu einem Ausdruck für ein Lebensgefühl ist gerade für Schwarze Menschen in einer mehrheitlich weißen Gesellschaft Teil der Suche nach der eigenen Identität. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer systematischen Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung. Und diese Auseinandersetzung kann nur unter der Voraussetzung von Selbstbestimmung und Emanzipation zu brauchbaren Erkenntnissen führen. Daher haben wir immer wieder an Ideen, Themen und Strukturen gearbeitet, die diese Reise in die Heimat Schwarzer Menschen begleiten oder unterstützen können.

Erfahrungen mit der deutschen Linken

Und an dieser Stelle war die Auseinandersetzung mit der deutschen Linken äußerst interessant und hilfreich. Hilfreich allerdings nicht im Sinne von gegenseitigem Respekt und kooperativem Verhalten. Hilfreich eher im Sinne von Aufdeckung politischer Illusionen und zur Vermeidung kollektiver Naivität. Denn diese politischen Illusionen und die kollektive Naivität führen auf persönlicher Ebene zu Depression, Auto-Aggression und Selbstzerstörung.

Aber sowohl auf persönlicher, als auch auf kollektiver Ebene ist es uns immer wieder gelungen, in dem skizzierten Kontext unsere Identität in politische Aktion einfließen zu lassen. Ich habe zwar niemals *linke Politik* gemacht, aber in dem Bestreben, die eigene Existenz innerhalb einer rassistischen Gesellschaft zu sichern und eigene Werte, Vorstellungen und Ideale umzusetzen, habe ich natürlich immer wieder in linken AktivistInnen potenzielle KooperationspartnerInnen finden können. Aber auch die persönliche Erfahrung, dass diese Kooperation zeitlich beschränkt ist und jederzeit einseitig aufgehoben werden kann, gehört zu meinem politischen Lernprozess.

Diese Erfahrung kann von Linken in Deutschland nicht durch plakative Solidaritätsbekundungen verdrängt werden. Daher gehört für mich zu dem Prozess der Politisierung auch die Würdigung und der



Respekt von Strukturen und Organisationen der Black Community in Deutschland.

Ich z.B. bin organisiert in der Black Students Organisation (BSO) und in SOS. Die BSO ist ein Zusammenschluss von Studierenden afrikanischer Herkunft in ganz Deutschland, der sich als Interessenverband/Vermittlerin bei Fragen zu Studium u. Ausbildung in Deutschland versteht, aber auch als Sprachrohr für die ganze Black Community in Deutschland bei der Verteidigung der Rechte und beim Kampf gegen Rassismus. Zuletzt waren und sind wir aktiv bei der Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zu den Opfern rassistischer Polizeigewalt der letzten Monate in Deutschland (der Erschießung von Mareame Sarr in Aschaffenburg am 14.07.2001 durch einen Polizeibeamten und zum Tod von Achidi im Rahmen des „Brechmitteleinsatzes" am 9.12.2001 in Hamburg). SOS Struggles of Students e.V. ist eine internationale NGO mit Sitz in Hamburg, die Studierende und Studierendenorganisationen in Afrika bei ihrem Kampf für Demokratie und gegen Menschenrechtsverletzungen organisatorisch, finanziell und materiell unterstützt.

Die deutsche Linke jedenfalls ist gefordert, sich nicht als Stichwortgeberin für Aktionen und Positionen stark zu machen, von denen sie nicht direkt betroffen ist. Vielmehr brauchen wir als Schwarze Menschen in Deutschland sehr viel Platz, um uns selbst begegnen zu können, um uns untereinander austauschen zu können, um uns gegenseitig unterstützen zu können und um vielleicht auch irgendwann zu einer politischen Kraft werden zu können, die diese Gesellschaft zu ändern in der Lage ist.

Alexander Sipua Ngnoubamdjum
Vorsitzender der Black Students Organisation, Mitglied bei SOS Struggles of Students e.V., Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD) und Afrika-Präsenz e.V.



Fucking Chocolate

Subjekt werden. Immer wieder. Diesseits und jenseits herrschender oder feministischer oder queerer Phantasmen über den wahren Kern von: Smarties.

Ich sollte nicht so böse zu den MultikulturalistInnen sein. Immerhin bin ich das süße Sahnehäubchen auf ihrer Toleranz-Torte. Als Asiatin sozusagen das gelbe Smartie in der Schokopackung, in der sich alle möglichen Farben dieser Welt tummeln. Bloß weiße Smarties gibt es nicht. Treffen schicksalshafterweise zwei gelbe Smarties aufeinander, werden diese sofort einer verwandtschaftlichen Beziehung verdächtigt. „Seid ihr beiden Schwestern?", fragt eine Studienkollegin meine Sitznachbarin Yuko und mich während eines Uni-Seminars. Das Thema der Lehrveranstaltung ist übrigens Postkolonialismus. „Ihr seht euch ja so ähnlich!" Klar, ich habe auch immer Schwierigkeiten, zwei gleichfarbige Smarties voneinander zu unterscheiden. Und siehe da, für einen Moment fühlen Yuko und ich uns tatsächlich schwesterlich nahe, als wir denselben, unausgesprochenen Gedanken teilen: „You smart ass."

Rollenspiele

Ich sitze in einem Workshop, der an einem so genannten Frauenort stattfindet, zusammen mit etwa 15 anderen Feministinnen, um „Kooperationen und Differenzen unter migrantischen und inländischen Frauen" zu diskutieren. Als irgendwann einmal der Begriff „Fremdheit" fällt, ergreift eine weiße, inländische Frau, den Anwesenden als feministische Philosophin und Universitätslektorin bekannt, das Wort: „Jeder Mensch ist doch fremd – am meisten sich selbst!" Meine geheimen Befürchtungen werden wahr: „Als Frau und Lesbe habe ich in dieser Gesellschaft doppelte Fremdheit erfahren", fährt sie mit dramatischer Geste fort, zitiert ein paar tote, deutsche männliche Philosophen, um uns schließlich vor Augen zu führen, wer hier eigentlich das ärmste Schwein in der Runde ist.

Es sitzen zwar einige Migratinnen und Zweite-Generation-Frauen im Raum, aber lassen wir ihr doch das bisschen Unterdrückung, das anscheinend nötig ist, um

sich als „ganze Frau und Lesbe" zu fühlen. Von Rassismus fühlt sich die Sprecherin selbst nicht tangiert – als ob sie nicht auch insofern von Rassismus „betroffen" wäre, als dass sich ihre Privilegien als weiße/westliche/inländische Staatsbürgerin aus den rassistischen Strukturen dieser Gesellschaft speisen. Sexuelle „Abweichungen" werden da durchaus schon mal toleriert.

Mein Einwurf, wie sehr Weiß- und Inländischsein die Identität von Fräulein Universitätslektorin als „Frau" und „Lesbe" bedingt, versickert in der allgemeinen Diskussion über die längst fällige feministische Revolution, in der sich schnell herausstellt, wer diese zumindest nicht anführen wird: Die Migrantinnen können es wohl nicht sein, denn sie haben ein lebenslanges Abo auf die Rolle des Rassismus-Opfers: authentisch, persönlich, schwach. Bleiben noch die intellektuellen weißen, inländischen Frauen, denen glücklicherweise die Gabe gegeben wurde, „abstrahieren" zu können. Koalitionen ja, Machtverhältnisse unter Frauen okay, aber das Anforderungsprofil für diese Rolle verlangt nun mal nach besonderen Qualitäten. Eine universelle Erfahrungsgrundlage, wie „Frausein", mag ja kritisierbar sein, aber bitte schön, bleiben wir doch beim Thema.

Erfolgreich fremd I

Meine Mutter, die vor rund dreißig Jahren nach Österreich migriert ist, gilt als emanzipierte Frau, die sich – aus ökonomischer Notwendigkeit als allein erziehende Mutter, nicht aufgrund einer „kulturellen Besonderheit" – mit einem 14 Stunden-Arbeitstag in die finanziell abgesicherten Lagen der Mittelklasse hochgearbeitet hat. Sie ist in jeder Hinsicht absolut eigenständig und von keinem Mann abhängig. Sie ist das Beispiel einer „erfolgreichen", integrierten Migrantin. Dieser Erfolg beruht aber teilweise auch darauf, dass es Frauen unter ihr gibt, die ihr den ökonomischen Aufstieg erleichtert haben und es auch weiterhin tun: z.B. andere Migrantinnen, die für sie die Hausarbeit erledigen, während sie sich auf ihren Beruf konzentrieren kann. Sie alle in den Einheitstopf „der Migrantin" zu werfen, wäre schlichtweg unsinnig. Meine Mutter hat aus ihrer Situation, zwischen zwei Kulturen zu stehen, eine profitable Tätigkeit etabliert, denn der Verkauf von „Kultur" ist ihr Job – sie besitzt ein Reisebüro und holt Europa-hungrige TouristInnen aus Korea nach Österreich.

Ich bin ok, du bist ok

Auf meine Frage, wie eigentlich „multi" und „kulturell" zusammenpassen (als ob irgendeine homogene Mono-Kultur existieren würde), krieg ich in Diskussionen ein nicht mehr ganz so tolerantes „Aber du musst doch zugeben, es gibt kulturelle Unterschiede!" zu hören. Schließlich ist es auch diesen „Unterschieden" zu verdanken, dass ich letztendlich auf die kulturelle Butterseite falle: „Toll, da kannst du dir das Beste aus beiden Kulturen rausholen!", erklären mir liberale Geister und kriegen angesichts ihrer eigenen öden, mitteleuropäischen Single-Kultur fast feuchte Augen. Ganz zufällig findet sich das „Beste" aus der Fremde immer in den Ethno-Food-Regalen im Supermarkt bzw. im Orient-Lebensmittelladen mit den langen Öffnungszeiten (Wahnsinns-Arbeitsmoral, diese Leute) sowie in den grenzüberschreitenden Freuden exotischer Esskultur („Hey Vina, krieg ich etwa keine Stäbchen zum Reis?"). Das Beste am Fremden macht gesund, weil mit dem Gütesiegel „ursprünglich" versehen: Kombucha-Wellness, chinesische Akupunktur, und meine Frauenärztin gibt mir den Tipp, die Harmonie mit meiner Gebärmutter mittels orientalischem Tanz herzustellen. „Best of Kültür" ist bestenfalls erweiterterter Lifestyle: mal ausgehen in die Turkish-Pop-Disco, schickes Mexican-Trash-Interieur einkaufen beim o.k.-Versand. Das Allerbeste am Fremden aber ist, dass man sich selbst darin neu entdecken kann. Auf MTV sehe ich ein Interview mit dem kanadischen Popstar Alanis Morissette, die von ihrem heilsamen Aufenthalt in Indien erzählt, wo sie endlich „zu sich selbst gefunden" habe. Die Fremde als Therapie-Trip für westliche Seelen. Ich frage mich, wie das wohl umgekehrt aussehen könnte: Ob meine Cousinen aus Seoul, die mich in Wien besuchen, wohl mit einem tieferen Verständnis ihrer selbst nach Hause fahren?

Kulturelle Rätsel

Obwohl ich mich selbst, eine Koreanerin zweiter Generation, kritisch mit Begriffen wie Kultur, Differenz, Identität, Repräsentation und mit ihrer diskursiven Produktion auseinandersetze (manche nennen mich eine „postmoderne Pop-Linke" – und sie meinen es nicht gut), ertappe mich selbst, wie ich zum Grüner-Tee-Duschgel greife oder neugierig japanische Mangas durchblättere. All die exotischen kulturellen „Rätsel", die auf meine österreichischen FreundInnen faszinierend wirken, sind auch mir fremd. Sollte ich es wirklich besser wissen?

Im Süd-Osten was Neues

Besonders interessant finde ich Darstellung von Fremdheit, wenn sie sich in einem queeren Kontext bewegt, etwa auf der Kinoleinwand. Im Gedächtnis sind mir drei Kinofilme der jüngeren Zeit, die ethnische, geschlechtliche und sexuelle Identität miteinander verhandeln: „East Is East" von Damien O`Donell (1999) – eine Komödie rund um eine pakistanisch-britische Familie im England der 70er Jahre –, Nisha Ganatras „Chutney Popcorn" von 1999 – die Story einer jungen lesbischen Inderin zweiter Generation in den USA –, und „Head On" von Ana Kokkinos aus dem Jahre 1998, dessen Protagonist der schwule Sohn griechischer EinwanderInnen im heutigen Australien ist.

Das lesbisch-schwule Kinopublikum lobt die sichtbare Mannigfaltigkeit queerer Lebensweisen auf der Leinwand – schaut her, jetzt gibt´s Lesben und Schwule auch unter Pakistanis, Inderinnen, Griechen. Einerseits entspricht dies der oftmals geforderten Vervielfältigung von Repräsentationsformen, etwa in Bezug auf einen ethnischen Pluralismus. Andererseits schwingt auch mit: Endlich kommen die mal drauf, dass es noch was anderes gibt außer Kopftuch, Kinder gebären und religiöse Folklore: nämlich Individualität und sexuelle Freiheit. Siehe da, auch nicht-westliche Lesben und Schwule sind kreativ: der eine Modedesigner, die andere Henna-Tätowiererin. Die ethnische Herkunft ist ein bisschen lästig, doch im Kern sind sie nicht anders als andere Lesben und Schwule: nicht weiß, nicht braun, nicht gelb, sondern rosarot.

Musikantenstadl, go home

Die Leinwand-Väter und/oder -Mütter der pinkfarbenen Kinder sprechen fließend gebrochenes Englisch (und das auch noch ziemlich laut), benehmen sich manchmal etwas ulkig, sind traditionsverhaftet (streng, was Family Values betrifft, sentimental, wenn es um die alte Heimat geht), und überhaupt dürften sie einer exotischen Variante des Musikantenstadls entsprungen sein, denn sie sind sich offenbar nicht zu blöd, sich zu jeder Gelegenheit in folkloristischer Landestracht zu präsentieren.

Go West

Zu Hause, in der privaten Sphäre, herrschen die Gesetze der fremden Kultur: Keine knusprigen Schweinewürstchen („East Is East"), keine ollen Baseball-Kappen („Chutney Popcorn"), nicht zu vergessen die respektvolle Anrede der Eltern („Head On"). Ich bin skeptisch: Die FilmemacherInnen, teilweise selbst der Zweiten Generation angehörig, reproduzieren selbst stereotype Bilder von Fremdheit, um die Unterdrückung und Diskriminierung von Homosexualität, die Schwierigkeiten des Coming-out zu unterstreichen.

Alle drei Filmen teilen die Ansicht, dass „die Kultur", die durch die migrierte Elterngeneration repräsentiert wird, prinzipiell repressiv ist, was besonders dann sichtbar wird, wenn es um Liebes- und Beziehungsangelegenheiten der Kinder geht. Mehr noch als in einer weißen Familie wird der Druck des streng patriarchal strukturierten Elternhauses zu einem heterosexuell-bürgerlichen Lebensstil mitsamt seinen reproduktiven Pflichten („Kind, wann heiratest du endlich und schenkst mir Enkel?") vor einem ethnisierten Background besonders spürbar (und war das Fremde nicht immer schon übermäßig reproduktionsfähig?).

Bezeichnenderweise ist der Vater fast immer ein gewaltbereiter Patriarch, die Mutter hingegen hilfloses Opfer und unfähig aus eigener Kraft Veränderungen herbeizuführen. Ethnie ist immer zugleich „gendered". Es ist erstaunlich, wie sehr sich die westliche Vorstellung über Frauen (und Männer) aus „anderen" Kulturen auch im queeren Kontext wiederholt: Sie „werden als Subjekte *außerhalb* sozialer Verhältnisse definiert, statt darauf zu achten, wie Frauen *durch* genau diese Strukturen erst als Frauen kontistuiert werden", bemerkte einmal die postkoloniale Theoretikerin Chandra Talpade Mohanty auf treffende Weise.

Die fremde Kultur ist derart auf Familie und Häuslichkeit fixiert, dass die sexuell devianten Kinder nur noch „draußen" (in der Öffentlichkeit, auf der Straße und in den Clubs) „frei" sein können – da können sie endlich das sein, was sie wirklich sind: queer as queer can be.

TV Total

Eine deutsche Talkshow am Nachmittag. Eine junge Türkin (mit Kopftuch) ist angeekelt: „Du bist ja nicht normal, das ist total pervers"! Links von der religiösen Fremden sitzt eine Drag Queen, also eigentlich ein verwirrter, aber hübscher Kerl in Frauenklamotten, der zurückpoltert: „Ich bin so wie ich bin und wenn dir das nicht passt, dann geh doch zurück in deine Heimat!" Applaus vom Publikum. Die Drag Queen verlässt die Show als Fahnenträgerin westlicher Freiheit und Toleranz. Die Kopftuch-Frau verschwindet irgendwo in den dunklen Gängen des Mittelalters.

Koloniale Diskurse

Chandra Mohantys Aufsatz „Aus westlicher Sicht: Feministische Theorie und koloniale Diskurse", den sie bereits Mitte der 80er schrieb, war für mich ein Schlüsseltext, der mich anregte, die Bedeutung der wechselwirkenden Bedingungen von Gender&Race-Konstruktionen für meine eigene Biografie, mein Verständnis von Feminismus und mein zwiespältiges Verhältnis zur „Elternheimat" zu überdenken. Lange Zeit suchte ich nach einer „koreanischen Entsprechung" westlicher feministischer Ideen, anstatt zu hinterfragen, warum ich überhaupt Diskurse westlicher Feministinnen als Ausgangspunkt favorisierte. Es widersprach all meinen politischen Überzeugungen, aber ich musste bald erkennen, wie sehr sich mein feministischer Blick auf das „Andere" mit dem von westlichen Feministinnen deckte. Insgeheim hinkte für mich ein „asiatischer Feminismus" immer etwas nach: „Familienorientiert (sprich: ‚traditionell'), rechtlich minderjährig (sprich: ‚sie-sind-sich-ihrer-Rechte-noch-immer-nicht-bewusst'), [...] häuslich (sprich: ‚rückständig')", wie Mohanty die Zuschreibung von „Dritte-Welt-Frauen" durch westliche Feministinnen entlarvte.

Erfolgreich fremd II

In einem Interview mit der Schweizer Wochenzeitung WOZ erklärte Gayatri Chakravorty Spivak einmal: „Die meisten von uns gutsituierten Migrantinnen und Migranten, die aussehen, als kämen sie von anderswo, aber dennoch völlig in die westliche Gesellschaft integriert sind, werden für diese Rolle als sogenannte Kulturvermittelnde belohnt. [...] Gutsituierte Frauen in der Diaspora achten nicht auf die ökonomischen Aspekte, weil sie selbst eurozentristisch orientierte, ökonomische Migrantinnen sind."

Ich selbst bin keine Migrantin, besitze alle rechtlichen Privilegien einer österreichischen Staatsbürgerin. Ich lebe seit 27 Jahren in Österreich und obwohl ich in Korea nicht als Fremde wahrgenommen werde, kann ich mich dort mit Englisch besser durchschlagen als mit meinen schlechten Koreanisch-Kenntnissen. Auch wenn ich mich hier immer wieder mal mit kulturellen Zuschreibungen der „Asiatin" herumschlage und ich mich in Situationen wiederfinde, in denen ich mich selbst mit den Augen meiner BetrachterInnen sehe, spreche ich nicht aus einer Position des Ausschlusses heraus, im Gegenteil. Ich spreche nicht, um es mit Spivak zu formulieren, für Migrantinnen, sondern beziehe mich lediglich auf sie, und kann mithilfe

dieses Wissens – wie auch weiße westliche Feministinnen – wiederum in diversen Institutionen aufsteigen, Texte publizieren, kulturelles Kapital sammeln.

Theorie & Alltag

Seit mehreren Jahren bin ich als Mitherausgeberin und Redakteurin in zwei Medienprojekte involviert – *nylon. KunstStoff zu Feminismus und Popkultur*, eine feministische Zeitschrift aus Wien, die das – nach wie vor von männlichen „Experten" dominierte und inzwischen höchst etablierte – Feld zwischen „Diskurs" und „Pop" unter die Lupe nimmt, und *malmoe,* eine ebenfalls in Wien erscheinende Zeitung, die monatlich Politik, Ökonomie, Kultur & Alltag aus linker Perspektive kommentiert. Mich interessieren besonders Repräsentationssysteme in der populären Kultur in Bezug auf Gender & Race – und, in weiterer Folge, das ihnen innewohnende Potenzial, gängige Auffassungen von Geschlechtlichkeit oder Ethnizität zu unterwandern oder aber an ihnen festzuhalten. Die Arbeit bei *nylon* und *malmoe* gibt mir die Möglichkeit, mich in diese Diskussionen einzuklinken und mitzumischen – wenn auch mit dem widersprüchlichen Effekt, genau jene Verhältnisse und Begrifflichkeiten, die ich kritisiere, zu verfestigen, indem ich mich immer wieder auf diese beziehe.

„Kultur" kombiniert mit „Gender" ist hoch im Kurs – z.B. weibliche DJs, female MCs, Riot Grrrl, Post-Riot-Grrrl etc. Ihre wachsende (mediale) Präsenz ist natürlich erfreulich, parallel sind aber „Gender" und „Kultur" auch zu einem erfolgreichen Verkaufsargument für die Industrie geworden: Beispielsweise gibt es kaum mehr eine Musikkünstlerin, die nicht als „eine der wenigen in ihrem Genre" präsentiert wird. Oder die Tatsache, dass Produkte und Labels durch die Beigabe von „afroamerikanischer Kultur" (HipHop-Ästhetik, schwarze Körper, „Urban Style") während des letzten Jahrzehnts eine unglaubliche Aufwertung erfahren haben. Sieht frau sich wiederum das Verhältnis zwischen kultureller Repräsentation und den sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen an, wird schnell deutlich, dass Geschlecht, „Rasse" und Klasse nicht voneinander getrennt betrachtet werden können. Mein Interesse ist es, diese – manchmal sehr verdeckten – Verbindungslinien so nachzuzeichnen, dass hegemoniale gesellschaftliche Konstellationen hinterfragt werden können.



Vina Yun
Jahrgang 1974, studiert Linguistik und Gender Studies in Wien. Sie ist Redakteurin bei „nylon. KunstStoff zu Feminismus und Popkultur" sowie bei malmoe (www.malmoe.org).
Kontakt: a9207204@unet.univie.ac.at

Für sich tanzen lernt jedeR nur im Gegenrhythmus zur Welt

Augenblicke ohrenbetäubender Stille. Lämmerweiden. Radikale Mikrokosmen. Autonomie.

Mein politischer Bewusstwerdungsprozess begann 1976, während meiner ersten Ausbildungszeit bei Siemens in Frankfurt. Das Leben als Industriearbeiter mit der Perspektive einer 40-jährigen Geiselnahme war mir zuwider. Ich empfand es als demütigend, die Abstumpfungs- und Zurichtungsprozesse von Menschen mitzuerleben, die tagtäglich um 7 Uhr früh zur Arbeit fahren, stumm in der Straßenbahn sitzen und eilig zur Stechuhr laufen, um einem roten Stempel auf der Stechkarte zu entgehen. Einem monotonen „Guten Morgen“ folgt ein monotoner Arbeitstag mit den Unterbrechungen einer Frühstückspause mit Bildzeitungslektüre oder eines „leckeren“ Kantinenessens. Abends dann das ebenso monotone „Familienglück“ mit Frau und Kind vor dem „abwechslungsreichen“ Fernsehabenteuer. All dies für ein paar Wochen Urlaub, eine spätere Verrentung und dem Spruch, meinem Kind soll es mal besser gehen. Nicht zu vergessen die Machtstrukturen, die das Rad fahren so beliebt machten – nach oben buckeln und nach unten treten. Und heute!? Die Fabrikarbeit ist zum Bürojob mit gleitender Arbeitszeit geworden, „Bild“ wurde von „Focus“ abgelöst, das Radfahren heißt jetzt „Mobbing“. Kinder kriegen, egal wie, ist identitätsfindend in oder out, die „soap opera“ ist Gesprächsstoff in den Pausen und wird ausgelebt auf „Dance-Floor-Partys“ oder im Pub. Doch zurück vom „neoliberalen“ 2002 zum „fordistischen“ 1976.

Gibt es ein Leben jenseits der Fabrik?

Diese Zeit war begleitet von Aktionen von K-Gruppen, AktivistInnen am Fabriktor, die es zwar gut meinten, für mich als „Proletarier“ aber damals kaum verständlich waren. Mit dem Tod von Ulrike Meinhof, den Gesprächen im Betrieb und in der Berufsschule, in denen viele einfach der Medienhetze folgten, war meine Schmerzgrenze erreicht - die „erträgliche“ Leichtigkeit des Seins wurde unerträglich. Sport, Sexismus, Lottoglück und bunt aufgemachte Mordgeschichten durchmischten sich alltäglich zum massenmedialen Kommunikationsspektakel. Der Ekel, der in mir wuchs, glich dem, der mir später in Sartres Roman wieder begegnete. Ich wollte nur noch flüchten. Geflüchtet bin ich dann in die Literatur des Existentialismus um Sartre, Camus, Beauvoir, dann in die psychologische Analyse. Die Beschäftigung mit dem dialektischen Materialismus war mein Einstieg in ein bewussteres Leben. Die Konsequenz war, die „Proletarierkarriere“ aufzugeben – Zeit-Autonomie herzustellen durch bewussten „Entwurf“.

Die Toten im Stammheimer Hochsicherheitstrakt und überhaupt der „Deutsche Herbst 77“ wurden für mich zur auch angstvollen Begegnung mit dem Staat, der sichtbar für alle mit Polizeiterror und BGS in die Gesellschaft hinein mobil machte, und vor dem man nicht mehr so ohne weiteres flüchten konnte. Ich war unsicher, was ich dagegen tun sollte und konnte. Meine Suche führte mich über die Anti-AKW-Bewegung, diverse Hausbesetzungen, Dritte-Welt-Soligruppen, ML-Gruppen und zuletzt die Soliarbeit für politische Gefangenen in Zusammenhänge, für die „Autonomie“ zentral war. Auch wenn ich mich damals nicht zur autonomen Linken zählte, hat sie mein Begreifen radikaler politischer Praxis wesentlich geprägt.

Anfang der 80er Jahre wirkten die Aktionen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora wie eine Einladung zur bewussten Sabotage und Subversion – und zwar überall. Im Gegensatz dazu waren die Friedens- und Ökobewegungen mit ihrem – seit Gründung der Grünen Partei 1979 stärker werdenden – Parlamentarismus für mich und meine Zusammenhänge nie eine politische Alternative, allenfalls ein Mittel zum Zweck. Schon früh unterlag der Gründungsprozess der Grünen einer Okkupation durch den Fischer-Clan und andere Teile „gescheiterter“ Ex-68er, die eine bewusste Transformation zur systemkonformen Plattform vorantrieben. Das diente dem Nachholen einer bürgerlich politischen Karriere und resultierte aus Illusionen über die Möglichkeiten einer rot-grünen Regierung und damit verbundene sozial-ökologische Reformen. Ähnlich distanziert standen wir zur Uni und zur akademischen Linken. Deren Intellektualität wurde unter Autonomen oftmals aus der Überheblichkeit einer formal „authentischen“ radikalen Praxis belächelt. Wirkliche Auseinandersetzungen um die studentische Laufbahn und den – zumindest optional – dahinter stehenden bürgerlichen Lebensentwurf wurden aber nicht

geführt. Die Uni war als Struktur nützlich, von ihr ging aber, anders als 1968, kaum noch was nach außen.

Der Startbahn-West-Konflikt, an dem sich das ganze Spektrum des damaligen Protestes und Widerstandes beteiligte, ist ein politisches Abbild dieser Zeit. Der bewusste und berechtigte Versuch, eine militante Radikalisierung nicht nur in der Kontroverse am Flughafen wirksam werden zu lassen und die begleitende Repressionen durch Politik und Polizei wurden in den Massenmedien zum „bürgerkriegsähnlichen Zustand" stilisiert. Mit anderen aus dem Startbahn-Widerstand wurde mir ein § 129a-Verfahren angehängt, in dem die Bundesanwaltschaft uns der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung bezichtigte. Das brachte mir ein halbes Jahr Isolations-U-Haft und eine 4-jährige „Bewährungszeit" ein.

Die Isolationshaft, die völlige Abschottung von anderen Menschen und von der Außenwelt, ist nicht anders als eine perfide Foltermethode, um den Willen eines Menschen zu brechen. Wenn ich heute, fast 20 Jahre später, an meine Knasterfahrung denke, kommt ein Gefühl auf, das alles um mich herum für einen Augenblick in eine ohrenbetäubende Stille eintauchen lässt. In solchen Momenten vergegenwärtigt sich für mich stärker als sonst, dass mit solchen oder anderen Methoden überall in der Welt versucht wird, den menschlichen Willen zu brechen – z.B. in den „Internierungslagern" am Frankfurter Flughafen, wo Menschen zu ihrer Abschiebung gefügig gemacht werden. Unser Prozess wie auch viele andere 129a Verfahren wurden als legitime Ausweitung rechtsstaatlich abgesicherter Repression angesehen.

Der immer ausgedehnteren Feindbilddefinition folgte ein entsprechender gesetzlicher Maßnahmenkatalog zur „Inneren Sicherheit" – eine Vorübung der „Terror- und Kriminalitätsbekämpfung", die aktuell durch die rot-grüne Regierung betrieben wird. Die Gewaltfrage stand bei den verschiedenen Demos und Aktionen dieser Zeit immer wieder im Raum. „Die" Autonomen und das Phantom des „Schwarzen Blocks" standen im Mittelpunkt einer Kritik, die nicht nur von bürgerlicher Seite, sondern auch von Ex-Linken wie Cohn-Bendit geführt wurde und die Entsolidarisierung mit dem militanten Widerstand, vor allem der RAF, betrieb. Auf die Frage der Militanz gibt es für mich keine klare Antwort – außer der vielleicht, in der Vielfalt des Widerstandes dann eine Stärke zu sehen, wenn bei jeder Aktion auch die Dimension der Handlung mitreflektiert wird. Die 1.-Mai-Demos in Berlin, Mitte der 80er Jahre, genügten solcher Reflexion oft nicht; Genua 2001 hat fünfzehn Jahre später erneut gezeigt, wie notwendig es ist, situationsbezogen agieren und reagieren zu können, um nicht ins offene Messer zu rennen.

Gegengesellschaften

Bis ca. 1986 nahmen vor Ort oft genug mehr als 10.000 Leute an radikalen Widerstandsaktionen teil: Zu keinem anderen Zeitraum nach dem Nationalsozialismus gingen in der BRD regelmäßig so viele Menschen auf die Straße und engagierten sich dauerhaft in oppositionellen Strukturen. Im Rückblick zeigt sich aber auch, wie viele Projekte und Ideen kapitalverwertbar integriert wurden. Eigentlich konnte sich dem nur die konsequente radikale Negation entziehen, und die macht sich für mich auch an der Eigentumsfrage und am Grad einer Autonomie fest, die – wie der radikale Häuserkampf – die materielle Existenzgrundlage kollektiv und individuell mit einbezieht.



Auch und gerade deshalb habe ich ab 1985 im Wesentlichen sozio-kulturelle Zentrumsarbeit probiert – politische Aufklärung im Rahmen subkultureller Szenen. Solche Zentren gründeten sich überall in der BRD. Aus einem kollektiven Ansatz heraus führte uns die Diskussion um einen „Kampf für eine neue Kultur" zu Gramsci, Marcuse und Gorz. Könnte die sich damals noch ausdehnende „Freizeit-Gesellschaft" (35-Stunden-Wochen-Forderung usw.) auf kultureller Seite nicht Möglichkeiten bieten, im Segment der „Frei(en)-Zeit" (Reproduktionszeit) eine andere Bewusstseinsqualität herzustellen? Problematisch war, dass dabei die Lohnarbeitsrealität ausgeblendet blieb. Deshalb holte Debords „Gesellschaft des Spektakels" auch uns allzuschnell und allzuoft wieder ein.

Den Fall der Mauer und den absehbaren Konkurs des realexistierenden Sozialismus habe ich begrüßt, auch wenn er die Linke teilweise sprachlos gemacht und den Schrumpfungsprozess, der Mitte der 80er begann, weiter beschleunigte. Parolen wie „Wir sind ein Volk" und „Nie wieder Deutschland" kennzeichnen die Konfrontation der nächsten Jahre. Die Gegenbewegung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten war für mich erfrischend, erlebte ich doch anders als zuvor einen bewussteren Reflex vor allem bei der „Ost-Linken", die die Kontinuitäten und die Neukonstruktion eines nationalen Bewusstseins- und Identitätstaumels kritischer im Blick hatte. Die Antifa-Arbeit auf der Straße, vor allem aber in vielen Köpfen, fand wieder größeren Raum.

Doch auch Ende der 80er blieb das Bedürfnis, autonome Freiräume als Lebens- und Kulturorte zu verwirkli-

chen. Wieder kam es zu Häuserbesetzungen und zu brutalen Räumungen. Überall in der Republik entstanden Wagenplätze, die kollektivem Leben und individuellem Sich-Ausleben gleichermaßen Raum gaben. Die Aneignung durch Besetzung von öffentlichem und privatem Gelände stand unter den Losungen „Global Denken – Lokal handeln“ und „Wem gehört die Welt?“: eine mehr oder weniger bewusste Reaktion auf die sich verschärfenden Existenzbedingungen einer (post-) fordistischen Gesellschaft. Dabei ging und geht es darum, auf lokaler Ebene Strukturen aufzubauen und übergeordnete Entwicklungen mit zu reflektieren.

Ich zog 1991 auf den Wagenplatz, auf dem ich noch heute lebe. In dieser Zeit entstand auch bei uns ein Infoladen, beides gehört strukturell zusammen und hat letztlich fast 10 Jahre gebraucht, um – auf der Straße wie durch umstrittene kommunalpolitische Initiativen – einigermaßen abgesichert zu werden. Alles in allem ein zäher Durchsetzungsprozess, der ohne das Netzwerk der Wagenplätze erfolglos geblieben wäre. Von dieser „Basis“ aus bestimmen sich meine politischen Aktivitäten. Der von und für viele erfahrbare Mikrokosmos eines kollektiven, autonomen und anarchischen Lebens am Wagenplatz ist für mich Teil eines Bogens zu den anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und dem Widerstand aller Orte.

Mit dem Aufstand der Zapatisten kam auch hier wieder Einiges in Bewegung. Ihre historisch neuen Aktionsformen erweiterten die alte Frage von Gewalt und Militanz. Während die Widerstandspraxen der Bewegungen bis Anfang der 90er Jahre im Wesentlichen durch die Widersprüche einer (post-)fordistischen Gesellschaft geprägt waren, stehen heute die Widerstände gegen die sich auch in Deutschland verstärkt abzeichnenden Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung im Mittelpunkt vieler Überlegungen. Die Kette der Proteste von Seattle bis Genua und die vielfältigen Organisierungsversuche zeigen eine Kontinuität, die Perspektiven für das ganze Spektrum der Linken eröffnen kann. In diesen Zusammenhang gehört auch die Existenzgelddebatte, die sehr deutlich gezeigt hat, wie schwer es ist, der neoliberalen sozialen Demontage aus den sich verstärkenden sozialen Widersprüchen und dem zaghaften Protest und Widerstand heraus die Forderung nach einem von der Lohnarbeit entkoppelten Existenzrecht relevant entgegenzustellen.

Der 11. September war insofern ein Rückschlag, als Teile der im Protest neu-politisierten Akteure es vorzogen, eher wieder verträumt den Lämmern auf der Weide zuzuschauen als der Realität fantasievoll Widerstand zu leisten. Andererseits zwingt Bushs ekelhafte Polarisierung von Gut und Böse viele dazu, sich zu verhalten und zu entscheiden. Die Konfliktlinien um die Bewegung und den Widerstand der letzten Jahre haben bei mir erneut das Bedürfnis verstärkt, mehr verstehen zu wollen. Um die verschiedenen widersprüchlichen Tendenzen von gesellschaftlichen, politischen und individuellen Entwicklungen besser zu begreifen, ist es für mich immer wieder wichtig, über die linken Politzirkel hinauszuschauen. Hier hat für mich in der letzten Zeit die Uni wieder mehr an



Bedeutung gewonnen, an der ich philosophische, politische und psychologische Seminar- und Diskussionangebote wahrnehme, auch wenn ich die Entwicklung des „Wissensbetriebs“ Uni hin zur Privatakademie für gefährlich halte und sich dort kaum Widerstand regt.

Überall ist deutlich zu sehen, dass einerseits das Bedürfnis wächst, der subjektiven Seite mehr Gewicht zu geben. Andererseits trägt dies mit dazu bei, notwendige gesellschaftliche Betrachtungen zu sehr außer acht zu lassen und an den Zeitgeist anzupassen. Deshalb bleibt einerseits die subjektiv geführte Kritik am Bestehenden und andererseits die Kritik am Subjektivismus eine wesentliche Aufgabe in der und für die autonome Linke. Insofern ist mein Beitrag, wie vielleicht auch die anderen Beiträge in diesem Magazin, mehrfach problematisch. Personen machen zwar immer auch Geschichte, aber zuvor macht die Geschichte die Personen.

Joachim Weickardt
lebt in Rüsselsheim und ist in verschiedenen linken Projekten und Initiativen aktiv.

Westwärts

Rolf Dieter Brinkmann,
11./12. Juli 1974, Köln.

1940 in Vechta geboren, Schriftsteller. Dem kulturrevolutionären Aufbruch der frühen 60er Jahre verbunden sucht er in den 70er Jahren nach einer existenziell und ästhetisch radikalisierten Dissidenz jenseits des beginnenden Politikberiebs. Er schreibt u. a. den Roman „Keiner weiß mehr“, gibt eine Anthologie amerikanischer Beat-Poesie („Acid“) heraus, veröffentlicht den Gedichtband „Westwärts 1&2“ und den Briefband „Rom, Blicke“. Am 23. 4. 1975 kommt er in Cambridge/ England bei einem Autounfall ums Leben. Der Buchhandel bietet momentan 20 Bücher zu Brinkmann an, eigene und fremde Texte.

Die Geschichtenerzähler machen weiter, die Autoindustrie macht weiter, die Arbeiter machen weiter, die Regierungen machen weiter, die Rock'n'Roll-Sänger machen weiter, das Papier macht weiter, die Tiere und Bäume machen weiter, Tag und Nacht macht weiter, der Mond geht auf, die Sonne geht auf, die Augen gehen auf, die Türen gehen auf, der Mund geht auf, man spricht, macht Zeichen, Zeichen an den Häuserwänden, Zeichen auf der Straße, Zeichen in den Maschinen, die bewegt werden, Bewegungen in den Zimmern, durch eine Wohnung, wenn niemand außer einem selbst da ist, Wind weht altes Zeitungspapier über einen leeren grauen Parkplatz, wilde Gebüsche und Gras wachsen in den liegengelassenen Trümmergrundstücken, mitten in der Innenstadt, ein Bauzaun ist blau gestrichen, an den blauen Bauzaun ist ein Schild genagelt, Plakate ankleben Verboten, die Plakate, Bauzäune und Verbote machen weiter, die Fahrstühle machen weiter, die Häuserwände machen weiter, die Innenstadt macht weiter, die Vorstädte machen weiter. Einmal sah ich eine Reklame für elektrische Schreibmaschinen in einem Schaufenster, worin Büromöbel ausgestellt waren. Ein Comicbild zeigte, wie jemand Zeichen in eine Steinplatte schlug, und eine Fotografie zeigte eine Schreibmaschine. Ich war verblüfft. Wo ist der Unterschied, fragte ich mich. Sie wollten mir doch damit einen Unterschied klar machen. Hier sitze ich, an der Schreibmaschine, und schlage Wörter auf das Papier, allein, in einem kleinen engen Mittelzimmer einer Altbauwohnung, in der Stadt. Es ist Samstagnachmittag, es ist Montag, es ist Donnerstag, es ist Freitagnachmittag, es ist Samstag und Sonntag. Es ist ein erstaunliches Gefühl, meine ich, das den Verstand erstaunt. Nun erinnere ich mich, an mich selbst, und da gehe ich eine lange Straße zurück, gehe über warme Asphaltschichten von Seitenstraßen, die Turnschuhe kleben daran, aus einer Musikbox, ganz weit zurück, kommt Rock'n'Roll-Musik und läßt mich die lateinische Übersetzung vergessen. Ich haue ab, trete über verharschte Wiesen im Winter, außerhalb des Ortes, schleppe die Schultasche mit den Büchern mit mir herum, bis Mittag ist und ich zum Mittagessen kann, hellweiße kalte Vormittage in Norddeutschland mit den Wetterberichten nach den Nachrichten. Zwischen den weißen, frischen, zusammengelegten Bettlaken im Schlafzimmerschrank lag immer eine kleine mattschwarz glänzende Pistole, bequem für eine Handtasche. Und wie war das Wetter, als ich geboren wurde? Meine Eltern waren jung, sie sprachen deutsch. Ich mußte das erst lernen, man wächst immer in eine schon gesprochene Welt rein. Das Lernen macht weiter. Deutsch macht weiter, Wiesen im Winter und warme Asphaltstraßen machen weiter, die Straßenecke macht weiter, die Wetterberichte machen weiter, die Bücher machen weiter, Pistolen, Schultaschen, Turnschuhe machen weiter. Die Nachrichtensprecher machen weiter. Der Postbote macht weiter. Der Dill macht weiter, und die Blätter machen weiter, die Zwiebeln, die Kuh, die Steine, der Film. Der Schallplattenspieler, repariert, macht weiter. Auch die Interpretationen machen weiter. Es sind die Bücher. Ich muß bei diesem Satz sehr lachen. Das Lachen ist angenehm. Als ich in einem gräßlich eingerichteten Apartment in Austin morgens gegen fünf Uhr auf dem vollgepackten Koffer kniete und die Kofferschlösser zuzukriegen versuchte, hörte ich aus dem Radio ein Lied, das mir sofort, nachdem es angefangen hatte, gefiel. Ich stelle das Lied, so wie ich es nach der Schallplatte aufgeschrieben habe, als Gedicht hierher, denn mir gefällt es noch immer, und ich denke, daß das Lied gut für meine Gedichte paßt. Der Beifall macht weiter, die Wörter machen weiter, die Knöpfe machen weiter, das Marihuana macht weiter, was hat die Grammatik mit Marihuana zu tun? Das Marihuana war sanft und würzig. Die teuren Vororte sind durch Stille gesichert. Manchmal gibt es dort keine Fußgängerwege, und nur manchmal sieht man, beim Hindurchgehen, ein erhelltes Fenster, ganz oben, unterm Dach. Davor werden Bäume bewegt. Im Moment habe ich keinen Hunger, obwohl ich weiß, daß der Hunger weiter macht, der Moment weitermacht, die Erde weitermacht, die sozialen Lagen machen weiter, und der Hund, der in der Nachbarwohnung eingesperrt ist und schon den ganzen Morgen bellt, macht weiter. „Die Erklärung ist sinnlos. Der Finger ist sprachlos“, wie R.D. Laing sagt. Ich blättere durch Bücher. Ich fliege etwas und sehe: „So wie der Nahrungstrieb sich subjektiv als Hunger und objektiv als ‚Tendenz‘ zur Erhaltung des Individuums präsentiert, so der Sexualtrieb subjektiv als Bedürfnis nach Sexualbefriedigung und objektiv als ‚Tendenz‘ zur Erhaltung der Art. Diese ‚objektiven Tendenzen sind aber keine konkreten Gegebenheiten, sondern bloß Annahmen. Es gibt in Wirklichkeit ebensowenig eine Tendenz zur Erhaltung der Art wie eine solche zur Erhaltung des Individuums.“ Erstaunlicher Wilhelm Reich, schöne Sexualität, die weitermacht, und tatsächlich, Utopie ist eine Kiste. Das Geld macht weiter, und die Zusammenbrüche, wie die Songs weitermachen. Ich hätte gern viele Gedichte so einfach geschrieben wie Songs. Leider kann ich nicht Gitarre spielen, ich kann nur Schreibmaschine schreiben, dazu nur stotternd, mit zwei Fingern. Vielleicht ist mir manchmal aber gelungen, die Gedichte einfach genug zu machen, wie Songs, wie eine Tür aufzumachen, aus der Sprache und den Festlegungen raus. Mag sein, daß deutsch bald eine tote Sprache ist. Man kann sie so schlecht singen. Man muß in dieser Sprache meistens immerzu denken, und an einer Stelle hörte ich, wie jemand fluchte: „Ihr Deutschen mit Euren Todeswünschen, wenn Ihr sprecht!“ Bezogen auf die Erfindung der Psychoanalyse stimmte das. Was für Entzückungen, eine Straße entlangzugehen, während die Sonne scheint. Auch alle Fragen machen weiter, wie alle Antworten weitermachen. Der Raum macht weiter. Ich mache die Augen auf und sehe auf ein weißes Stück Papier.



Plane, too
There was a hipster on the plane
There was a sailor too
Big Business men on the plane
Stewardess too

I saw a movie on the plane
Grand Canyon too
Earphone music on the plane
Time Magazine too

Airplane food was on the plane
Airplane coffee too
Airplane booth was on the plane
TN Milk was too

Reclining seats were on the plane
Seatbelts too
No Smoking sign was on the plane
In French and English too

Hostess button on the plane
Ventilator too
Vomit bag was on the plane
Oxygen too

There was a bathroom on the plane
A flashing toilet too
There was a mirror on the plane
Me too

Loudon Wainright III, Album II

Ultra-Red, La Economia Nueva (Operation Gatekeeper) Mini-CD Ultra-Red & Anna Planeta; Split 12"

Das kalifornische KünstlerInnen-Kollektiv Ultra-Red widmete sich bereits Themen wie dem Ausschluss der Schwulenszene aus dem Griffith-Park in Los Angeles und den Veränderungen in den spanischen Barrios im Westen der USA. Ihr neuestes Projekt dreht sich um die Auswirkungen der Globalisierung. Auf der Mini-CD „La Economia Nueva (Operation Gatekeeper)" geht es um die Abschottung der US-amerikanischen Grenze gegen mexikanische Einwanderung. Während das Kapital frei zirkulieren kann, wird den Menschen der Zugang zum Wohlstand verweigert. Die Gruppe verarbeitet Feldaufnahmen von Demonstrationen gegen das US-Programm „Operation Gatekeeper" zu einer Collage. Auf dem Cover sind alle wichtigen Informationen zu den Protesten abgedruckt. Mit ihrem Beitrag Musikmaterialfür die Split-12" mit Anna Planeta wandeln Ultra-Red dagegen auf fast dancefloortauglichen Pfaden. Samples aus einer Demo gegen die WTO in Quebec im April 2000 werden zu zwei groovenden House-Tracks verarbeitet, bei denen Bassdrums, von den DemonstrantInnen skandierte Parolen und Helikoptergeräusche nebeneinander her existieren.
Label (beide): Fat Cat
Vertrieb: www.hausmusik.com

Promoe, Government Music-CD

Schweden ist sicher nicht das erste europäische Land, das einer zum Thema HipHop einfällt. Dabei ist dort mit dem umtriebigen Kollektiv Looptroop eine Rapper-Riege mit hohem politischen Bewusstsein und musikalischem Können aktiv. Sie betreiben ihr programmatisch „David Versus Goliath" genanntes eigenes Label und kooperieren mit einheimischen und US-HipHop-AktivistInnen. Das erste Soloalbum des Looptroop-MCs Promoe ist das bisher ausformulierteste und vielfältigste Statement aus dem Dunstkreis der Gruppe. „Government Music" transportiert eine Anti-Haltung gegen einen übermächtigen Medienapparat und gegen die zunehmende Kommerzialisierung von Jugendkulturen. Promoe propagiert einen bewussten Lebensstil, kritisiert das Desinteresse an den Auswirkungen der Globalisierung und schlägt sich auf die Seite der kriminalisierten Graffiti-Bewegung. Sein Rapstil bleibt dennoch innovativ, und die Musik ist sowohl für's Party-Soundsystem, als auch für den Walkman geeignet. Lediglich der etwas sorglos übernommene „Babylon Is Burning"-Rastafari-Jargon stört den positiven Eindruck.
Label: David Vs. Goliath
Vertrieb: Groove Attack

Tobias Lindemann

Freddie Hubbard, Sing Me A Song Of Songmy/Echoes Of Blue (Collectables)

Stell dir vor, am Ende einer Dekade, die künstlerische und gesellschaftliche Experimente, wie etwa den radikalsten und politischsten Jazz hervorgebracht hat und die das reichste und mächtigste Land der Erde mit einer nie mehr dagewesenen Antikriegsbewegung, einem antirassistischen Movement und einer neuen Linken erschütterte, kommt ein musikalisches Kunstwerk heraus, das alles das zusammenbringt, ohne peinlich oder pathetisch zu wirken. 1971 erscheint die LP mit dem ellenlangen Titel „SING ME A SONG OF SONGMY – A FANTASY FOR ELECTROMAGNETIC TAPE FEATURING FREDDIE HUBBARD AND HIS QUINTET, WITH RECITERS, CHORUS, STRING ORCHESTRA, SYNTHESIZED AND PROCESSED SOUNDS, COMPOSED AND REALIZED BY ILHAN MIMAROGLU". Die Platte kombiniert das Beste aus Free Jazz, klassischen Elementen, elektronischen Störgeräuschen, vietnamesischen Gedichten und Kommentaren zur politischen Lage in den USA und wirkt selbst in den heutigen Hochzeiten der elektronischen Musik nicht antiquiert. Die Wiederveröffentlichung dieses Werks (zusammen mit „Echoes of Blue" von 1976 als DoCD) ist eine verlegerische Großtat.

V.A., The Unbound Project, Vol. 1 (Realized/Ground Control)

Dass es in der HipHop-Bewegung noch genügend politisches Potential gibt, beweist die DoLP/CD „The Unbound Project", ein musikalisches Manifest verschiedenster HipHop-KünstlerInnen. Mike Ladd, Talib Kweli&Hi-Tek, Aceyalone, Ursula Rucker, Saul Williams, der Scratchmeister J Rocc und viele andere haben sich zusammengetan, um den Rassismus in den USA anzugreifen. Im 28 Seiten starken Beiheft wird ausführlich die staatliche rassistische Praxis an Hand von Gesetzgebung, Strafverfolgung bis zur Todesstrafe dokumentiert. Der Reinerlös des Albums geht an linke Rechtshilfeorganisationen, unter anderem für die Verteidigung von Mumia Abu-Jamal. Sein Name zieht sich durch das ganze Album, mit dem 9-minütigen „Mumia 911" von den Unbound Allstars als Höhepunkt, bei dem ca. 15 RapperInnen abwechselnd ihre Reime vortragen. Zugleich die experimentellste Version der beim gleichen Label veröffentlichten 12" „Mumia 911". Garantiert nicht chartstauglich!

Random_Inc., Jerusalem: tales outside the framework of orthodoxy (Ritornell/EFA)

Jerusalem, geteilte Stadt. Auch geteilte Musikkulturen? Sebastian Meissner aus Frankfurt aka Random_Inc., vormals Teil des dekonstruktivistischen Elektronikduos Autopoiesis, wagt das Experiment: Seine CD besteht aus zwei Teilen, einem mit arabischem und einem mit jüdischem Musikmaterial. Räumlich deutlich getrennt von einem 10minütigen Break aus Stille und Ambient. Random_Inc. stellt sich damit bewusst gegen die Eiapopeia-Seligkeit der One World-FantastInnen. Das traditionelle Material wird mit Hilfe der Clicks'n'Cuts-Ästhetik bearbeitet, verfremdet und klanglich verunreinigt, wodurch Authentizitätsschwärmerei gar nicht erst aufkommen kann. Trotz dieser Vorgehensweise (oder gerade deshalb?) wird die gegenseitige Beeinflussung der beiden Musikkulturen deutlich. Neben einem Foto von der Jerusalem trennenden Mauer gibt es jüdische und palästinensische Statements, auf englisch, deutsch, arabisch und hebräisch.

DJ Hartl

dissens! dissens?

Positionen sind vielfältig, unterschiedlich, möglich, gewünscht. Auch in Fantômas. Nicht, um beliebig weite Horizonte abzustecken. Auch nicht, um die Abweichung zum gepflegten Selbstzweck zu erheben. Sondern um Fragen zuzuspitzen, die für linkes Rebellieren, Denken und Wagen wichtig sind – ohne, dass uns die Antworten zwangsläufig beruhigen würden. Im Gegenteil: Produktive Unruhe ist erwünscht! Debatten, die Fantômas eröffnet, können und sollen in *ak*-analyse und kritik weitergeführt werden. Und umgekehrt: Fantômas wird Debatten fortsetzen, die in *ak* aufgebrochen sind. In Bewegung bleiben!

agent_smith Service Pack
Politik an der Grenze zum Empire, II

Abschied vom Souveränismus.
Auf der
Höhe des Empires
die Multitude denken.

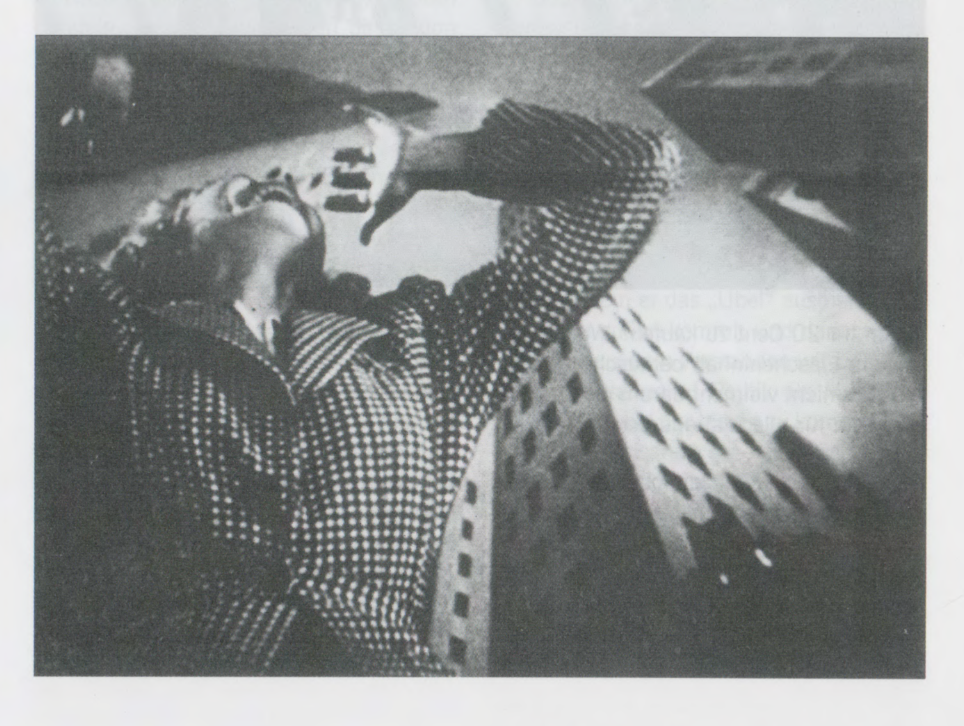
Das will: no spoon.

Ende September vergangenen Jahres unternahmen wir den Versuch, uns den Attentaten in New York und Washington und deren Folgen zu nähern. Und zwar aus einer Perspektive, die es im besten Falle ermöglichen sollte, uns einen politischen Vorsprung zu verschaffen. Der zentrale Ansatz unserer Thesen in *Interdependance Day* (1) war, den Angriff auf die Twintowers und die darauf folgenden Reaktionen nicht in Begriffen von Imperialismus und vermeintlichem Antiimperialismus, sondern als Momente global vernetzter Machtbeziehungen zu fassen. Wir haben uns zu diesem Zweck unter anderem auf die Überlegungen von Toni Negri und Michael Hardt in ihrem Buch *Empire* bezogen. Der Begriff Empire ermöglicht, so die These, Macht anders zu denken als in Begriffen staatlicher Souveränität und der Souveränität des Widerstandes, der Exklusivität von Staatlichkeit und einer widerständigen Äußerlichkeit gegen diese Staatlichkeit. Denn es geht vor allem auch darum, Politik auf der Höhe des Empire zu denken.

Warum Empire?

Das Kokettieren ist unter historischen oder kritischen MaterialistInnen eine beliebte Übung. Es lässt sich nicht verleugnen, dass der Begriff des Empire, ähnlich dem der Multitude, eine gewisse Ausstrahlungskraft hat. Empire geht leichter über die Lippen als Imperialismus. Aber es wäre zu einfach, dies als PR-Trick abzutun. Empire ist kein Ersatzwort. Ein Aktivist der Mailänder Gruppe *tute bianche* sagte jüngst in einem Interview, mit Empire könnten sie besser arbeiten, weil der Begriff ihnen auch ermögliche, sich von denjenigen abzugrenzen, die, wenn sie Imperialismus sagen, auch eine bestimmte Form der politischen Organisierung meinen, von der die *tute bianche* sich verabschieden wollen. Das verweist auf zwei Aspekte:

Zum einen klebt an Begriffen immer historischer Ballast, und zwar nicht als Staubschicht, die es nur wegzupusten gilt. Mit Imperialismus ist auch eine souveränistische Vorstellung von Politik verknüpft, gegen die sich die These vom Empire zentral stellt. Im Empire hat die Macht kein Zentrum, schon gar nicht auf globalem Niveau. Das Empire ist nicht die USA, nicht die NATO, geschweige denn die Anti-Terror-Allianz. Empire ist auch nicht einfach nur die Globalität kapitalistischer Verhältnisse. Das Empire ist die innere Heterogenisierung der Nationalstaaten und die räumliche und zeitliche Verdichtung der internationalen Beziehungen. Pointierter ausgedrückt ist das Empire die Matrix, das Netz, das sich zwischen den Global Citys über den Planeten spannt und sich überall in Form von Ungleichzeitigkeiten von Verhältnissen und Widersprüchen in einem Raum artikuliert. Die territorialen



und temporären Knoten der Macht fügen sich nicht länger zu einem verbindlichen Raum-Zeit-Kontinuum.

Im Begriff des Imperialismus hingegen ist ein Souveränismus implizit, der mehr ist als die Überhöhung des Staats zum allmächtigen Akteur. Souveränismus bezeichnet ein Dispositiv, eine spezifische Art und Weise, das Politische zu konzipieren. Dieser Souveränitätsidee im Anti-Imperialismus entspricht eine ebenso zentralisierte und zentralisierende Vorstellung davon, wie die „Gegenmacht" zu organisieren sei. Ein Begriff wie Imperialismus ermöglicht uns scheinbar, den einen Punkt, *den* Willen des imperialistischen Staates etwa, zu fokussieren, der zum Ort und Nexus des politischen Kampfes wird: Wer erhebt die Tobin-Steuer?

Der andere Aspekt verweist darauf, *was* wir zur Analyse verwenden. Wie Katja Diefenbach und Stephan Geene in der *arranca* (2) schreiben, ist eine Analyse nur so gut, wie das, was sie möglich macht. Jede Theorie, auch die kritische, impliziert eine bestimmte Form der Praxis. Will man Flaschen mit Botschaften ins Meer oder mit einem Benzingemisch gefüllte Flaschen gegen Polizeieinheiten werfen? Will man das Pfand auslösen – aber was gibt's schon für 20 Cent zu kaufen? Wollen wir uns am Flascheninhalt berauschen? Oder muss es nicht vielmehr darum gehen, den Geist ein für alle Mal aus der Flasche zu lassen?



Was hat's gebracht?

Der 11. September war ein globales Ereignis, das den Blick über die individuellen Befindlichkeiten und die nationalen Grenzen hinaus freigab. Ein Ereignis, das durch seine Unvorhersehbarkeit die gegenwärtige Verfasstheit der Welt in Frage gestellt hat – und zwar in einem sehr grundsätzlichen, weil praktischen Sinn.

Fast schienen viele Linke erleichtert darüber zu sein, dass der 11.9. als Kriegserklärung aufgenommen wurde, der nur mit Krieg zu begegnen sei. Da wusste man wenigstens wieder, wo man steht. Doch als Anti-Kriegs-Bewegung nahm die Linke ihre erneute Niederlage schon vorweg. Mit der verlorenen Bundestagsabstimmung wurde theatralisch die eigene Kapitulation inszeniert. Seitdem herrscht Ruhe im Karton.

Das Naheliegende, nämlich die spontanen Solidaritätsbekundungen mit den Opfern der Anschläge als Selbstvergesellschaftung auf globalen Niveau zu begreifen, die es zu bekräftigen gilt, schien für die Linke von vornherein ausgeschlossen. Dabei richtete sich diese spontane Solidarität an die Angehörigen der Opfer und an die New YorkerInnen. Sie war keineswegs mit Schröders bedingungsloser Solidarität gegenüber der US-Administration identisch. Sie gründete in der Ahnung, dass *wir alle New YorkerInnen sind*. Wohlgemerkt: New YorkerInnen, und nicht AmerikanerInnen: New York verkörpert die urbane Lebensweise, jene individualisierten Lebensweisen der Metropolen, jene Hybridisierung der Kulturen, die wir alle so sexy finden.

Gerade hier hätte man an den sichtbar werdenden Brüchen neoliberaler Globalisierung ansetzen können. Die Linke begab sich stattdessen lieber aufs bewährt ungünstige politische Terrain. Die gängige Kritikstrategie, Globalisierung mit Neoliberalismus und den Kampf gegen den Terror mit der Bombardierung Afghanistans durch die USA gleichzusetzen, konnte ihrerseits keine Alternative zum Militäreinsatz benennen. Weil die Anti-Kriegsbewegung die Ereignisse vom 11.9. nicht als Kristallisation einer realen globalen Problemkonstellation beschrieb, sondern die Bedrohung vor allem als Ideologie ansah (da sich tatsächlich angeblich ja nichts verändert hatte), konnte der Linken ständig vorgehalten werden, nur abstrakt moralisch gegen Krieg zu sein, bloß eine Haltung zu zelebrieren.

In *Interdependence Day* haben wir für eine andere Verlaufsform kritischer Politik plädiert, eine, die nicht auf die kurzfristige Zuspitzung der Situation setzt, sondern langfristig agiert, neue Bewertungsmaßstäbe und damit auch alltägliche Handlungsweisen miteinander verknüpft und propagiert. Deshalb haben wir betont, dass der 11. September *nicht* der Beginn eines neuen Krieges ist. Denn der Kampf gegen den Terrorismus kann nicht als klassischer Krieg, als Krieg zwischen zwei Staaten oder zwischen einem Staat und einem anderen in spe, als Krieg zwischen zwei Souveränen, gewonnen werden.

Gegen eine mit Waffengewalt und Überwachungstechnik abgesicherte Weiterführung der bisherigen Lebensweise haben wir eine weite Vorstellung von Sicherheit gesetzt, der es um Dezentralisierung geht: von der Abschaffung globaler Ridikotechnologien bis hin zum Aufbau lokaler Ernährungssicherheit.

Alltagspraktische Interdependenzen in den Blick bekommen

Unseres Erachtens bot der 11. September die Gelegenheit, jenen umfassenden Wandel aktiv zu nutzen, der bislang, seit dem Beginn der Krise des Fordismus, die Linke schier verzweifeln ließ. Gemeint ist vor allem die alltagspraktische Interdependenz, der sich niemand entziehen kann; schon gar nicht die BewohnerInnen des Nordwestens. Was verstehen wir unter alltagspraktischer Interdependenz? In erster Linie, dass sich der Konnex zwischen den einzelnen Alltagspraktiken extrem verdichtet hat: Die Alltagshandlungen entfalten ihre unmittelbare Relevanz im globalen Maßstab. Genau deshalb markiert der 11. September unserer Einschätzung nach ganz zu Recht den Angriff auf „uns", unsere Lebensweise, unsere Zivilisation. Mit dem Fordismus waren die Lebensweisen der Abhängigen und Beschäftigten, ihre Konsumgewohnheiten, ihr Sozialverhalten und ihre Freizeitbeschäftigungen selbst zum Moment der Kapitalverwertung ge-

worden. Doch die Krise des Fordismus kennzeichnet darüber hinaus, dass schließlich noch die Kritiken der standardisierten Lebensweisen, die Erfindung immer neuer Lebensstile, die Wünsche und Affekte zum Träger neuer Verwertungsstrategien wurden.

Globale präventive Aufstandsbekämpfung

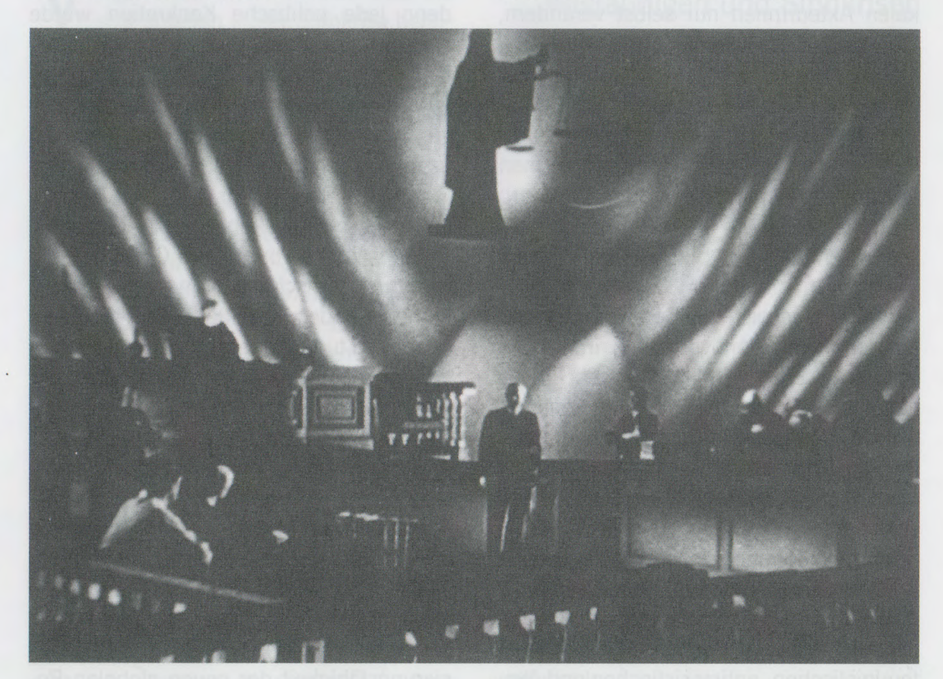
Im Ereignis des 11. September und seinen Folgen wird eins immer deutlicher: das Ende des neoliberalen Typus der Globalisierung. Die fordistischen Institutionen sind längst ausgehöhlt und in ihr Gegenteil verkehrt. Zu einer institutionellen Neuordnung kam es allerdings nicht. Es hat den Anschein, als ob der Neoliberalismus im selben Moment, in dem er Gemeingut wurde, seine visionäre Kraft verlor. Und hier kommt der 11. September mit seinen katalysatorischen Wirkungen ins Spiel: Denn im selben Maße, wie die Mobilität von Waren und Daten, Eliten und Wissen zum Sicherheitsrisiko wird, verliert die neoliberale Globalisierung ihren Antrieb.

Die langfristigen Folgen des 11. September sind noch längst nicht abzusehen. Am deutlichsten erkennbar ist noch der Abschied von den territorialen Nationalstaaten als Basiseinheiten des internationalen Systems und die damit zusammenhängende *nichthegemoniale Situation*. Zwar ist eine globale US-amerikanische Präsenz durchaus denkbar, aber wie die weiterhin unüberschaubare Lage in Afghanistan deutlich macht, ist sie nicht die Lösung aller lokalen Probleme.

Noch schwieriger sind die Konsequenzen dieses neuen Prinzips der „globalen präventiven Aufstandsbekämpfung" (Balibar) abzuschätzen, wenn man den Blick auf Indien/Pakistan oder Israel/Palästina richtet. Wie die USA als angegriffener Riese einerseits das Völkerrecht in Permanenz überschreitet, so steht und fällt ihre militärische wie politische Handlungsfähigkeit mit der Aufrechterhaltung der heterogenen Antiterror-Allianz. Mit anderen Worten droht dieses Prinzip, das sich die USA zu Nutze macht, in den Händen regionaler Bündnispartner permanent zur Destabilisierung der inner- wie zwischenstaatlichen Verhältnisse beizutragen.

Unklar muss auch bleiben, ob die militärischen, geheimdienstlichen und polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen überhaupt ihr erklärtes Ziel erreichen. Ein einziger Anschlag kann die Erfolgsbilanzen auf den Kopf stellen, und auch die Spätfolgen des II. Golfkrieges wurden erst zehn Jahre später sichtbar – in Gestalt von bin Laden.

Noch weniger klar sind schließlich die ökonomischen Auswirkungen, vor allem der militärischen und polizeilichen Sicherheitspolitiken und ihre Unvereinbarkeiten mit dem bisherigen Typus von Globalisierung. Auf unvermutete Weise kehrt die Politik in die ökonomisierte Gesellschaft zurück, wird zum Faktor der neuesten Verwertungsstrategien: als Flugzeugbombe und Sicherheitsbranche, als Stahlprotektion und Rüstungskonsumtion.



Zugespitzt formuliert: Die US-Politik seit dem 11.9. ist selbst aus der Sicht der USA den globalisierten Verhältnissen nicht angemessen. Ihre Politik befindet sich nicht auf der Höhe des Empire. Kein Grund zur Freude – denn dieser Zustand könnte recht lange fortdauern.

Auch wenn die USA unangemessen handeln, verschlechtert deren Simulation globaler Hegemonie die Chancen für die Linke, weil nicht deutlich wird, dass wir bereits im Empire leben. Und solange die Linke nicht im Stande ist, ihrerseits mit inadäquaten politischen und ökonomischen Routinen zu brechen, solange kann sie selbst die offensichtlichen Schwächen in der Matrix des Empires nicht zu ihren Gunsten nutzen.

Subpolitik

So sehr die neue Qualität allgemeiner Abhängigkeit jeden großen politischen Entwurf, jede Erlösung desavouiert, eröffnet sie doch zugleich ein neues sub-politisches Potenzial. *Subpolitik* ist der Versuch, Kriterien für ein emanzipatives Projekt in der post-fordistischen Konstellation zu bestimmen. Zwar ist in der Tat die Alltagspraxis der Dreh- und Angelpunkt der Subpolitik. Die Alltagspraxis ist sogar ihr einzig relevantes Kriterium. Dennoch negiert Subpolitik traditionelle, staatliche Politik gerade *nicht*. Mit dem Begriff der Subpolitik sollen gerade *nicht* die alten Gegensätze zwischen Bewegung und Partei oder Reformismus und Revolution wieder aufgewärmt werden. Ganz im Gegenteil: Jeder Versuch, Politik in diesen Kategorien zu denken oder zu machen, wäre dem Empire nicht angemessen. Der Blick, den das Konzept Subpolitik ermöglicht, liegt vielmehr quer zur Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, die als Gegensätze spätestens seit dem Fordismus nicht mehr zur Bestimmung von (emanzipativen) politischen Projekten taugen.

Subpolitik steht im Gegensatz zu souveränistischer Politik. Und souveränistische Politik ist auf staatlichem Terrain ebenso zu finden wie in den Zonen der Gegengesellschaft.

Nichtsouveränistische Politik ist also nicht mit antistaatlicher Politik gleichzusetzen. Auf einer sehr allgemeinen Ebene zeichnet sich Souveränismus dadurch aus, dass er verspricht, die Probleme zu lösen, indem er das „Übel" ausmerzt, das stets von außen kommt, und damit ebenfalls als souverän verstanden wird. Souveränismus inszeniert Politik als Mittel, an die Schalthebel der Macht zu kommen, sei es auf militärischer, sei es auf staatlicher, sei es auf ökonomischer; sei es auf globaler, nationalstaatlicher oder individueller Ebene.

Die molekulare Revolution reflektiert stattdessen die allgemeine Interdependenz und weiß, dass es eine Illusion ist zu glauben, aus den gesellschaftlichen Ver-

hältnissen einfach mal herauszutreten zu können. Subpolitik zielt auf materielle und immaterielle Vervielfältigung lokaler Optionen, auf die Absicherung abweichenden Verhaltens, durch welche wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Aktionen auch immer. Sie glaubt nicht an ein Zentrum der Macht, weder an ein ökonomisches, noch an ein staatliches, weiß aber um die Ungleichzeitigkeiten und die Knoten der Macht. Die Welt können die lokalen AkteurInnen nur selbst verändern, nicht andere für sie. Hier müssen die neuen Lebensweisen erfunden werden, hier ist die Quelle der freundschaftlichen Vergesellschaftung, das ist die Multitude.

Die Bewegung von Seattle bis Genua

Vielleicht lässt sich das Konzept der molekularen Revolution vor allem im Unterschied zu zwei in der deutschen Linken gängigen Positionen erklären, zu denen es quer liegt. Beide Positionen verkennen – obwohl sie sich auf die neuen globalen Bewegungen beziehen – auf sehr unterschiedliche Weise das emanzipatorische Potenzial, das in den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen liegt. Denn die unterschiedlichen Politiken und Kritiken der verschiedenen linken, trimondialen, feministischen, antirassistischen und ökologischen Bewegungen haben seit Beginn der 70er Jahre selbst zur Krise des fordistischen Kapitalismus beigetragen. Dass sich aus diesen Kritiken am fordistischen (Staats-)Kapitalismus ein auch im Vergleich zur Arbeiterbewegung anderes emanzipatorisches Projekt ergeben muss, ist im Verlauf der 80er Jahre, aber spätestens mit der Implosion des Realsozialismus 1989 deutlich geworden.

Die erste Position, die man als *aufgeschobenen Souveränismus* bezeichnen könnte, ist die ganzen 90er Jahre über vor allem im Umfeld der verschiedenen Bewegungen und Initiativen sehr verbreitet gewesen. Sie greift die antifordistischen Kritiken und Praxen der Bewegungen auf, spitzt sie jedoch einseitig auf eine abstrakte Kritik der Totalität der Verhältnisse zu. Damit kann sie das Empire zwar aus einer antistaatlichen, antisexistischen, antirassistischen u.s.w. Perspektive kritisieren. Durch diese rein *negative Verknüpfung* wird es aber unmöglich, die antifordistischen Kritiken zu einem Projekt zusammenzubinden. Denn jede erfolgreiche Politik, jede Bewegung, die politische Effekte bewirkt, muss aus dieser Perspektive als potenziell systemstabilisierend bzw. staatsförmig angesehen werden. Politischer Erfolg ist dieser Position per se verdächtig. Stattdessen wird die eigene Wirkungslosigkeit regelrecht zum Nachweis politisch korrekter Integrität erhoben. Der Souveränismus dieser Position speist sich letztlich aus der Imagination des einen Punktes, der den revolutionären Umschlag bewirkt; aus der Vorstellung einer singulären Aufhebung von Staat und Kapital. Dieser Punkt darf paradoxerweise freilich niemals genauer bestimmt werden, denn jede politische Konkretion würde stets wieder unter das eigene Verdikt fallen. So muss sich die kritische Bewegungslinke hauptsächlich auf die Entlarvung ihrer GegnerInnen beschränken. Die unzähligen alltagspraktischen und soziokulturellen Ansätze lässt sie nur als Gegengesellschaft gelten, deren Niedergang sie konsequent voraussagt. Oder die radikale und kritische Haltung hat schlicht nichts mit der Gestaltung des täglichen Lebens zu tun, weil das „richtige" Leben in eine unbestimmte Zukunft nach einer unbestimmten Revolution verschoben wurde.

Die zweite Position, man könnte sie den *national-sozialstaatlichen Souveränismus* nennen, wird vor allem im Umfeld von ATTAC, in Gewerkschaften und in sozialistischen bzw. linkssozialdemokratischen Parteien vertreten. Im Unterschied zur ersten Position setzt sie auf die Mobilisierungsfähigkeit der neuen globalen Bewegungen. Die Schwierigkeit der antifordistischen Kritik, ein passendes politisches Projekt zu formulieren, will sie lösen, indem sie für die Rückkehr zum Fordismus votiert. Ganz nach dem Motto: Was vor 50 Jahren für die Arbeiterbewegung gut war, kann heute nicht falsch sein! Ziel ist die Wiederherstellung der durch das neoliberale Projekt ausgehöhlten alten fordistischen Institutionen, die dem global agierenden Kapital angeblich schutzlos ausgesetzt sind. Dies soll beispielsweise durch die Einführung der Tobin-Steuer geschehen. Damit ist diese *Anti*-Globalisierungsposition gezwungen, den Staat und mit ihm die nationale Souveränität zu verteidigen und damit das „goldene Zeitalter des Kapitalismus" zum Maß ihrer Bewegungspolitik zu machen. Diese Position ist in gewisser Weise das in den Metropolen übriggebliebene sozialistische Pendant zu dem in der Peripherie bis in die späten 70er Jahre verfolgten Konzept der nationalen Befreiung, das mit dem gescheiterten Projekt nachholender Entwicklung verbunden war und dem heute keineR mehr eine Realisierungschance einräumen würde. (3) Dieses politische Projekt bietet aber nicht nur global gesehen keine Perspektive, sondern die Verteidigung der ausgehöhlten fordistischen Institutionen dient auch vor Ort oft nur noch der rückwärtsgewandten Verteidigung sozialstaatlicher Leistungen für den gesellschaftlichen Kern gegen den immer breiter werdenden Rand.

Es ist ein Irrtum zu meinen, die Linke müsste nun *endlich beginnen*, Politik zu machen. Sie hat die ganzen vergangenen dreißig Jahre Politik gemacht: nur die falsche. Sie ist davor zurückgeschreckt, die Konsequenzen aus ihrer Kritik des sozialistischen Projekts zu ziehen, und verlegte sich stattdessen darauf, zu verteidigen, was der Verteidigung nicht mehr wert war. Stattdessen kommt es darauf an – und die neue globale Bewegung bietet dafür durchaus Ansatzpunkte – diese beiden Alternativ-Positionen zu verlassen.

Subpolitik hingegen ist die herausragende Eigenschaft der Multitude, das eigene Wissen um Produktionsprozesse und soziale Beziehungen in eigenen Projekten produktiv zum Einsatz zu bringen, eine unhintergehbare Voraussetzung für Subpolitik.

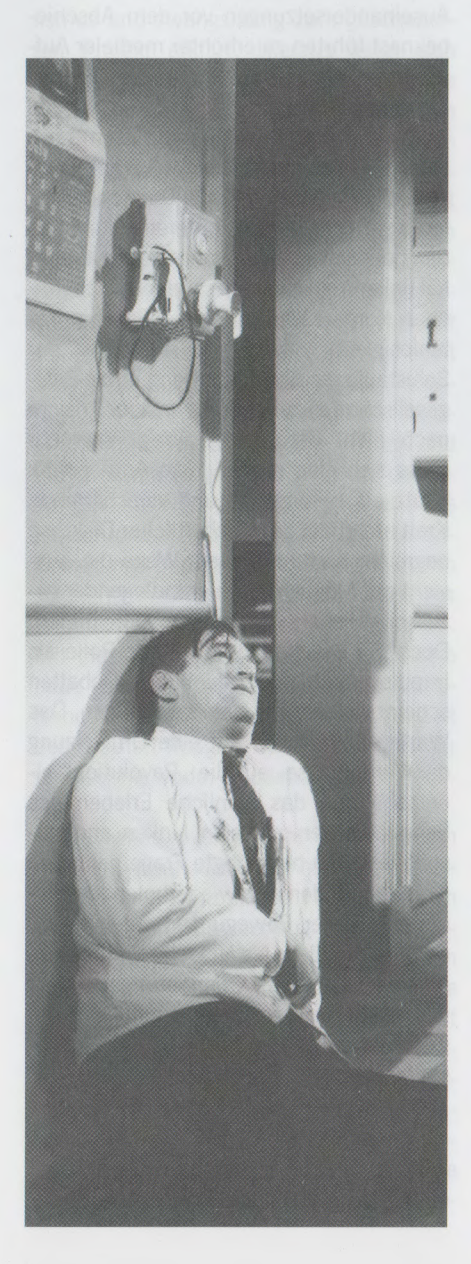
„Die vernetzte Gesellschaft ist unsere Erfindung und unsere Welt. Wir brauchen in unserer eigenen Umgebung keine Kontrolle, keine Sicherheit. Was wir brauchen sind Freiheit und Freundschaft. (...) Wir rufen alle dazu auf, zusammenzukommen, sich zu vernetzen und zueinander in Beziehung zu setzen. Wir rufen auf, soziale Foren zu gründen und uns selbst zu organisieren – außerhalb des Wahnsinns von Turbokapitalismus und seinen fundamentalistischen Klonen. Wir brauchen mehr Autonomie, mehr Demokratie, und zwar auf der ganzen Welt. Wir brauchen weder Grenzen noch eine von oben verordnete Mobilisierung, wir brauchen den neuen Horizont eines gemeinsamen Projektes! (...) Make world, not war!" (4)

no spoon [nospoon@niatu.net]
ist ein Autorenkollektiv aus Frankfurt/Main. Schreibt anlässlich des 11. September 2001 und zum „Empire".

Anmerkungen:
1) *diskus* Nr. 2/01: S. 2-3. Netz:
2) *arranca* Nr. 23: S. 40-47
3) Vgl. Michael Hardt: Zu wenig Konflikt. Das Social Forum und die Politik der Multitude. www.jungle-world.com/_2002/11/sub08a.html
4) Münchener Volksbad Deklaration: www.make-world.org

Das Leben ist kein Wunschkonzert

Die Krise macht nirgends halt.
Auch nicht vor der Antifa.
Trotzdem: Sie lebt noch.



Vor nunmehr zwei Jahren kam der sogenannte Antifa-Sommer über die sich ohnehin in der Sinnkrise befindende linksradikale Antifa. Die Ansichten darüber, was dies nun wieder für ein böser Trick der Becksteins, Schilys und Thierses sei, gingen durchaus auseinander. Gut hatte man noch die Lichterkettenszenen in Erinnerung, diese ebenso nutz- wie hilflosen Antworten der westdeutschen ZivilgesellschaftsfreundInnen auf die Kette rassistischer und rechtsradikaler Morde und Anschläge. So kam ein Großteil der sich bewegenden Antifa zu dem Schluss, dass dieser „Antifa-Sommer" auch wieder nichts anderes sei als Heuchelei. Dass sich also erstens nichts geändert hätte und dass sich zweitens in absehbarer Zeit auch nicht ändern würde. Verständlich sicherlich, eingedenk eines politischen Bewusstseins, das sich unter der Einwirkung von Polizeiknüppeln, rassistischen Gesetzen sowie Mord und Totschlag seitens der Nazis herausgebildet hat.

Andererseits ist die Vorstellung, alles sei seit dem Sommer 2000 anders geworden und Deutschland hätte sich bei Thierses Bart Besserung geschworen, sicherlich genauso falsch. Der Versuch, über staatlich organisierte Demonstrationen, Finanzspritzen und polizeiliche Gewalt die Zivilgesellschaft auch bis in den Osten unseres Vaterlandes zu tragen, war so ernstgemeint, wie er eben nicht antifaschistisch war. Das Anliegen weiter Teile dieser Aufständigen des Anstands war zweifelsohne die Durchsetzung des Rechts auf Leben und Unversehrtheit auch für diejenigen, die unter den Angriffen der Nazis und RassistInnen zu leiden hatten. Die eigentliche Ursache dieses Konfliktes - und das hatten die Nazis besser verstanden als die aufständigen Anständigen - liegt aber in der Frage, ob in einer modernen kapitalistischen Gesellschaft in Zeiten der Globalisierung prinzipiell jedeR oder nur Deutsche in Deutschland ausbeuten und ausgebeutet werden dürfen.

Von Aufständen der Anständigen und Sinnkrisen der Antifa

Letztendlich ist die Frage der Motivation dieser Belle Alliance aus BürgerrechtlerInnen, PolitikerInnen, Medien, Wirtschaft und Bereitschaftspolizei aber zweitrangig. Wichtiger ist die auch für die Antifa veränderte Situation. Nicht nur ist es inzwischen möglich geworden, finanzielle Ressourcen zu erschließen, die es bis vor wenigen Jahren nicht gab. Auch der Versuch, einen Anti-Nazischläger-Konsens durchzusetzen ist eine durchaus angenehme Seite des Aufstandes der anständigen Deutschen. Inzwischen ist es auch endlich so, dass ein rechtsradikaler Mörder auch für die Polizei ein solcher ist, selbst wenn er nicht staatliche Institutionen oder Organe angreift, sondern schon dann, wenn er eben das tut, was er zumeist tut, nämlich Nichtdeutsche totschlagen oder Punks verprügeln.

Auf der einen Seite ist es also im Gefolge dieses von Regierungsseite bestellten Aufstandes einfacher geworden, antifaschistische Arbeit zu leisten, weil nicht mehr jedeR BürgermeisterIn per Bescheid Nazis und RassistInnen verschwinden lassen kann und weil es grundsätzlich wieder möglich erscheint, antifaschistische Demonstrationen und Veranstaltungen auch an Orten durchzusetzen, wo dies zuvor nicht möglich war. In den meisten Städten und Dörfern verbesserten sich damit die Bedingungen für Antifa-Politik. Selbst kleine Antifa-Gruppen konnten große Bündnisse gegen Naziaufmärsche organisieren und die Verbindung von staatlichem Rassismus und Naziproblem nicht nur thematisieren, sondern gemeinsame Aktionen auch dementsprechend ausrichten.

Andererseits, und hier zeigt sich der Wert des oben gescholtenen politischen Bewusstseins der Antifa, hat sich real nichts an den Dingen geändert, die die Antifa bisher bewegten: Es wird weiter gemordet und geschlagen, Nazi-Parteien haben weiter Zulauf, die rassistischen Sondergesetze für Nichtdeutsche sind weiter in Kraft, demokratische Rechte werden weiter entwertet und das, was sich gemeinhin Zivilgesellschaft nennt, sammelt

Unterschriften gegen zuziehende jüdische Kontingentflüchtlinge. Hinzu kommt, dass die Staatsantifa bereits wieder dazu neigt, ihre KritikerInnen von links als das eigentliche Problem anzusehen und entsprechend zu verfolgen. Dass noch dazu das Vorzeigeprojekt der Innenminister-Antifa, das Verbot der NPD, inzwischen nicht nur in Peinlichkeiten zu versinken droht, sondern auch noch die platteste Antifa-Vorstellung von staatlich initiierten und unterstützten Naziparteien zu bestätigen scheint, veranschaulicht einmal mehr den Wert staatlicher Antinazi-Politik. Kein Wunder also, dass nicht nur Aufmärsche von Rechtsradikalen in besonders touristisch attraktiven Gegenden verboten werden, sondern weitaus öfter die Aktionen der linken GegnerInnen.

Verunsicherter revolutionärer Antifaschismus

In dem Zusammenhang mit der seit dem Antifa-Sommer um sich greifenden Verunsicherung ist auch der Streit um den Begriff des revolutionären Antifaschismus und die damit einhergehende Auflösung der AA/BO (Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation) zu sehen. Der Begriff des revolutionären Antifaschismus hatte immer im Zentrum des Selbstverständnisses der AA/BO gestanden und diente vor allem der Abgrenzung zu reformistischen Ansätzen innerhalb der antifaschistischen Bewegung. Etwas verkürzt ausgedrückt ist er wohl als ein Antifaschismus zu verstehen, der die Ursachen faschistischer und rassistischer Bewegungen und Denkweisen in Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft und in deren grundlegenden Mechanismen sieht, wie beispielsweise dem Konkurrenzverhältnis. Der Streit entfachte sich an der Frage, ob ein solcher Begriff nicht nahelegt, dass im Teilbereich Antifa revolutionäre Entwicklungen möglich wären. Auch wurde kritisiert, dass in solchen Vorstellungen eine Überradikalisierung und letztlich Isolierung der linksradikalen Antifa begründet läge. Zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt – nämlich in einer Situation, in der eine Abgrenzung gegen reformistische Antifa-Ansätze unbedingt notwendig war – brach somit ein wichtiger Identifikationspunkt innerhalb der AA/BO weg. Hinzu kam, dass innerhalb der AA/BO eine scharfe Selbstkritik geführt wurde, was den eigenen Anspruch angeht, Organisation der gesamten linksradikalen Antifa-Bewegung zu sein. Ein Anspruch, der genaugenommen so niemals erfüllt wurde. Durch die daraufhin durchgeführte Selbstauflösung sollte die Möglichkeit eröffnet werden, wieder auf breiterer Basis Diskussionen zu führen, ohne durch Rivalitäten zwischen Organisationen behindert zu sein.

Crisis! What crisis?

Unter den geschilderten Bedingungen machte sich innerhalb der Antifa-Bewegung das breit, was der Bewegungslinken am zweitliebsten ist, nämlich Krisenstimmung. Auch die AAB (Antifaschistische Aktion Berlin) als eine Gruppe, deren Mitglieder einen Querschnitt der radikalen Linken in der BRD repräsentieren, blieb davon nicht verschont. Vielen GenossInnen, die jahrelang theoretisch und praktisch dafür gesorgt hatten, dass sich AAB-Politik nicht nur „gegen Nazis" sondern auch gegen die gesellschaftlichen Bedingungen richtet, die Nazis hervorbringen, schienen die staatlichen Aktivitäten gegen Nazis aufs Gemüt zu schlagen. Offensichtlich konnte der nach wie vor richtige Anspruch, einen Antifaschismus zu betreiben, der den gesamten gesellschaftlichen Ist-Zustand und nicht nur schlagende Nazis angreift, im Angesicht der Anti-Nazi-Mobilisierung der Regierung und ihrer medial gut inszenierten, repressiven Polizeiaktionen nicht vor gewissen Gefühlen schützen: Ohnmacht, Bedeutungslosigkeit und Angst vor dem Einswerden mit der Zivilgesellschaft.

Im Sommer 1996 kritisierte das Antifa-Infoblatt die Ausrichtung der AAB, nämlich Antifaschismus als Kampf ums Ganze zu betrachten (nachzulesen in der immer noch aktuellen AAB-Broschüre „Das Konzept Antifa"), und stellte die These von der Unvereinbarkeit des „ernsthaften Kampfes gegen die konkrete faschistische Bedrohung" und einer „Kapitalismuskritik betreibenden Antifa auf der Suche nach linker Organisierung" auf. Im staatlichen Antinazi-Sommer zeigte die Praxis, dass es nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist, innerhalb der antifaschistischen Bewegung als radikale Linke erkennbar zu sein, um nicht im allgemeinen Zivilgesellschaftsbrei unterzugehen.

Ohne Anschluss an die Zivilgesellschaft

Als Beispiel für eine solche Politik kann das von der AAB im Oktober 2000 initiierte Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts" gelten, in dem neben Linksruck, Jusos, PDS, auch einzelne SPDlerInnen, Kirchen und Bürgerrechtsbewegte vertreten waren. 8.000 Menschen demonstrierten unter dem Motto „Nazis morden, der Staat schiebt ab – Deutschland halt´s Maul" gegen den Berliner Abschiebeknast und die NPD-Zentrale. Nicht nur, dass diese Demonstration die erste seit Jahren war, die mehr als ein paar AktivistInnen zum Protest gegen den Abschiebeknast in Grünau zusammenführte; es war auch das erste Mal seit dem misslungenen Anschlag der Gruppe K.O.M.M.I.T.T.E.E. 1994, dass der Abschiebeknast und die mit ihm verbundene, unmenschliche Praxis auch überregional thematisiert wurde. Militante Auseinandersetzungen vor dem Abschiebeknast führten zu erhöhter medialer Aufmerksamkeit, eine Distanzierung im Bündnis blieb aus.

Zwar wurde die AAB mit diesem radikalen Antifa-Ansatz nicht „zivilgesellschaftlich" anschlussfähig. Das schützt allerdings nicht vor der bitteren Erkenntnis der politischen Bedeutungslosigkeit radikal linker Ansätze im gesamtgesellschaftlichen Kontext. Aus diesem Fakt aber Tatenlosigkeit oder Notwendigkeit der Selbstaufgabe und Einreihung in die Zivilgesellschaft abzuleiten, ist unserer Ansicht nach nicht der richtige Weg. Vielmehr muss sich eine radikal linke Antifapolitik heute als zuspitzende und verschärfende Kraft innerhalb gesellschaftlicher Diskurse begreifen und auf diesem Wege die Aussicht auf Möglichkeiten grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen öffnen. Doch die Beschränkung auf die Rolle als Impulsgeberin für öffentliche Debatten scheint vielen nicht mehr zu genügen. Das Warten und Hoffen auf eine Umwälzung der Verhältnisse, auf die „Revolution" einerseits und das sinnliche Erleben des Scheiterns der radikalen Linken andererseits lässt die berechtigte Frage nach den Gründen für den sich wiederholenden Niedergang linker Bewegungen zur lähmenden Last werden. Als Ursache für die eigene und allgemeine Orientierungslosigkeit wird dann nicht zu Unrecht ein Defizit an historischem, ökonomischem und philosophischem Wissen erkannt.

Jetzt neu: Antipolitik für Besserwisser

Zum berechtigten Erkenntnisinteresse gesellt sich zur Krisenstimmung aber noch die Ehrfurcht vor der Komplexität gegenwärtiger Gesellschaftsstrukturen und der meist unbewusste Wunsch, diese Welt möglichst mit schlüssigen Formeln und Deutungskonzepten widerspruchsfrei erklären zu können. So wird dann ein Theoriedefizit theoretisch defizitär bearbeitet. In einem Teil der Antifa-Szene hat sich in den letzten Jahren eine vulgäre Mixform der Rezeption von postmoderner, wertkritischer und kritischer Theorie als letzter Schrei und vor allem als hervorragende Möglichkeit zur Distanzierung etabliert: Mit der richtig festgestellten „Totalität des Kapitalismus" wird jede linke Anstrengung für Veränderung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zum Durchsetzungsmoment eines sich modernisierenden Kapitalismus und zwangsläufig zum gescheiterten Projekt erklärt. Hieraus leitet sich dann auch die allerorten vernehmbare Forderung nach „Antipolitik" ab, die sich maximal noch erlaubt, Ideologiekritik an den akademischen Nachwuchs zu bringen. Fern von jeder Parteilichkeit entledigt man sich in den besonders „radikalen Kreisen" aller linken, sozialen Verhaltenscodices, die als Reflexe von „Zurückgebliebenen" betrachtet werden, und verkauft seinen unverkrampften Umgang mit Mode, Luxus, Repräsentation von Reichtum und „High Society" als Akt der Überaffirmation. Die soziale Frage an sich und Parteinahme in sozialen Auseinandersetzungen im eigenen Umfeld werden als „Anachronismen aus der Zeit der Arbeiterbewegung" belächelt und Engagement in solchen Konflikten mit dem Stempel der „verkürzten Kapitalismuskritik" versehen. Mit dieser Denkweise hat sich auch eine neue Form herausgebildet, die den AkteurInnen in vielen linken Politmilieus zur Zeit den größten Imagegewinn verspricht: der philosophierende, modebewusste Hooligan.

Das alles müsste nicht weiter Sorgen machen, wenn sich hier nicht ein allgemeiner Trend abzeichnen würde, der in der richtigen Hinwendung zur theoretischen Praxis das eigentliche Spezifikum linker Theorie verloren hat: der imaginäre und gleichwohl unverzichtbare Vorgriff auf die nie gegebene, sondern immer erst herzustellende und deshalb stets prekäre Einheit von theoretischer und politischer Praxis. Der Trend geht zur Beschränkung linker Theorie auf eine bewusst distanzierte Kommentierung sozialer Bewegungen, deren AkteurInnen und Aktionen sie von außen bewertet. Genügen sie den an sie herangetragenen Normen und neuen philosophischen Erkenntnissen nicht, wird ihnen die Unterstützung entzogen. Dies trifft gegenwärtig Befreiungs- und Protestbewegungen in peripheren Gesellschaften und zugleich relevante Teile der neuen sozialen Opposition in den Metropolen.

Linker Elitismus, linker Weihrauch

Selbstverständlich geht es hier, ausgehend von den Erfahrungen und Fehlern der antiimperialistischen Bewegungen der letzten Jahrzehnte, nicht um eine berechtigte kritische Bewertung und Einordnung, sondern um die undifferenzierte, manchmal fast reflexhafte Verwerfung entsprechender Bewegungen. Offen reaktionär wird die selbstbeweihräuchernde Distanzierung spätestens da, wo sie zur Verachtung oder sogar zur Verleumdung sozialer Bewegung übergeht. Darin bezeugt sich ein linker Elitismus als Versuch, in der voranschreitenden Unterordnung der intellektuellen Arbeit unter das Kapital eine Position zu fingieren, die die längst vollzogene Anpassung an die Verhältnisse durch den Anschein einer ins Äußerste vorangetriebenen Kritik verleugnet.

Die Antifa als Teil der Radikalen Linken muss weiter an konkreten Punkten eingreifen, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Wer vergisst, dass die eigene Politisierung nicht über Philosphieseminare zu Adorno und Kant gelaufen ist, sondern eben über sinnliches Erleben von Widersprüchen zwischen von der bürgerlichen Gesellschaft formulierten Idealen und den realen Bedingungen, wird wirklich glauben, dass es reicht, isoliert und außerhalb jeder parteilichen Bewegung die „Kraft der Negation" zu predigen, um Menschen zu bewegen. Dass dieser Weg nicht nur in die völlige Bedeutungslosigkeit sondern auch zum Verschwinden wahrnehmbarer radikaler Gesellschaftskritik führt, wird die ProtagonistInnen dieses Trends wenig stören, da sie selbst hier noch als BesserwisserInnen brillieren können. Wenn sich die linksradikale, antifaschistische Bewegung weiter auf ihre Stärken besinnt, nämlich die erfolgreiche, radikale Politisierung von Jugendlichen, die Ausweitung ihres Ansatzes auf andere relevante, gesellschaftliche Bereiche und die Intervention an konkreten und aktuellen Punkten mit geschicktem Nutzen diverser Kanäle in den Massenmedien, gilt abseits dieser recht unerfreulichen Entwicklungen heute wie alle Tage: Wir kommen wieder, keine Frage!



Antifaschistische Aktion Berlin (AAB)
Februar 2002
www.antifa.de

Elemente einer linken Neuformierung

Ein rückblickender Ausblick auf Zweideutigkeiten im Untergrund

In seinem Buch *Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen* prägte Georg Fülberth 1991 den Begriff einer „Proto-Linken", gewonnen aus einer historischen Analogie zu der Zeit zwischen 1956 und 1968, als in der BRD eine Linke nicht als gesellschaftlich wirksame Kraft existierte, sondern gleichsam in Katakomben: die verbotene KPD im Untergrund, Zirkel der sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und studentischen Linken, einzelne Intellektuelle und wenige „Einpunktbewegungen", etwa gegen die Notstandsgesetze. In diesen Zustand fand sich die Restlinke nach 1990 zurückversetzt.

Fülberth nennt vier Merkmale einer neuen, nicht als einheitlich handelndes Subjekt und nicht in einflussreichen Organisationen wirksamen Protolinken: die wissenschaftliche Analyse des Kapitalismus; die Orientierung auf Aktionen, die sich gegen die Ursachen statt bloß gegen Symptome der zerstörerischen Kräfte des Kapitalismus richten; ein mit historisch-materialistischer Informiertheit verbundenes Moment der „Gesinnungsethik" und die Perspektive eines „gebrauchswert- und reproduktionsorientierten Gesellschaftstypus, dessen Grundformeln in negatorischer Bestimmung bekannt sind, dessen operative Durchsetzung aktuell unmöglich erscheint, dessen politisch-ökonomische Rechenhaftigkeit noch wichtiger wissenschaftlicher Grundlagen ermangelt und den Kommunismus zu nennen schon deshalb ein Beitrag zur Klärung ist, weil eine Verwechslung mit Surrogaten gerade gegenwärtig ausgeschlossen werden kann". (1)

Mit den Globalisierungsprotesten der letzten Jahre beginnt der Prozess des Übergangs von der Restlinken zur neuen Protolinken Gestalt anzunehmen: zu einer Kraft, die wahrnehmbar, aber noch weit davon entfernt ist, den Kampf um gesellschaftliche Hegemonie aufnehmen zu können. Ihre Konturen sind diffus, und in ihr tauchen in zuweilen äußerst widersprüchlichen Formen neue Paradigmen vermischt mit überkommenen der „alten" Linken auf. Dieser Zustand erfordert eine Bestandsaufnahme der divergierenden Elemente, die in der alten Linken seit jeher untergründige Ambivalenzen verursachten, jedoch bislang zumeist in der Bezugnahme auf übergeordnete Instanzen des politischen Imaginären – insbesondere auf „den Marxismus" – künstlich homogenisiert wurden.

Die Zweideutigkeit der Traditionslinken

Es gibt eine Art marxistischer Literatur, die mit vielen Zahlen operiert. Das Hauptwerk von Marx selbst ist ihr Präzedenzfall. Marx folgte der an der philosophischen Tradition Hegels geschulten Intuition, dass in der bürgerlichen Gesellschaft ein eigentümlich undurchsichtiges Verhältnis den Akteuren ihren eigenen antagonistischen Vergesellschaftungszusammenhang als verselbstständigte Macht überordnet. Er hat allerdings versucht, diesen Sachverhalt, der jeden Gebrauchswert der Form des Werts als Vergegenständlichung gesellschaftlicher Arbeit unterordnet, quantifizierend auszuarbeiten. Dabei hat er sich vor allem eine Schwierigkeit eingehandelt: Seine rechnerische Darstellung des Werts in der Formel $W = c + v + m$, welche die Ausbeutung als quantitativen Abzug des Mehrwerts beschreibt, ermöglichte eine „ökonomistische" Interpretation, die die qualitativen Dimensionen dieses Verhältnisses übersah. (2) Der quantifizierenden Aufschlüsselung der kapitalistischen Vergesellschaftungsform schloss sich die Hauptströmung der Marx-Orthodoxie in der Arbeiterbewegung an; sie interpretierte die Überwindung des Kapitalismus als notwendigen Umschlag quantitativer Bestimmungen in eine neue Qualität. Demgegenüber setzte der sozialdemokratische „Revisionismus" auf eine evolutionäre Annäherung an einen nur noch als Ideal von Verteilungsgerechtigkeit verstandenen „Sozialismus" – und das aus der Erfahrung, dass reformistisches Wirken von Gewerkschaften und Arbeiterparteien die Prozesse der Verelendung wenden konnte. Um dieser Tendenz fundamental zu begegnen, trat Georg Lukács die Flucht nach vorn an, indem er die Bestimmung marxistischer "Orthodoxie" von allen empirischen Einzelfragen der Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie entkoppelte. (3) Lukács begründete mit einem Buch ohne Zahlen und Formeln eine Deutung der marxschen Theorie, die die vom sowjetischen „Marxismus-Leninismus" völlig ignorierten Ausführungen über den „Fetischcharakter der Ware" am Ende des ersten Kapitels des *Kapitals* zum Dreh- und Angelpunkt erhebt (4) und die Überwindung der „verdinglichten Struktur des Daseins" als zentrale Aufgabe der proletarischen Revolution auffasst. Er hat hiermit den Prototyp einer „linksradikalen" Marxinterpretation geschaffen, die nicht bloß



auf Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Sinne quantitativen Ressourcenabzugs zielt, sondern zugleich und vor allem auf die Überwindung der Herrschaft des gesellschaftlichen Produktionszusammenhangs über seine Akteure. Diese Perspektive war es vor allem, die die Faszinationskraft des Marxismus für die linke Intelligenz in den entwickelten kapitalistischen Ländern begründete.

Damit ist die zentrale Ambiguität umrissen, die der sozialistischen und kommunistischen Bewegung stets innewohnte: der Bezug einerseits auf quantitative Relationen der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts und andererseits auf die Art, wie es erzeugt wird. Während die Sozialdemokratie sich generell auf den ersten Aspekt beschränkte, setzte die kommunistische Tradition auf eine Dialektik, die die Kritik der Verteilungsverhältnisse in eine der Produktionsverhältnisse umschlagen lassen werde. Diese Dialektik funktioniert nicht. Denn in den westlichen Ländern ist eins ums andere Mal die Erwartung enttäuscht worden, der Kampf gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit werde, ausgehend von den „Tageskämpfen" um quantitative Schritte wie Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, eine systemsprengende Qualität annehmen, wenn die Lohnabhängigen einerseits im Kampf um Reformen ihrer eigenen Stärke innewerden und zugleich erfahren, dass sie zu einer wirklichen Durchsetzung ihrer Forderungen und Garantie von Rechten auf den Ertrag ihrer Arbeit innerhalb des Kapitalismus nicht gelangen können. Sozialstaatliche Kompromisse haben sich für die Mehrheit der Lohnabhängigen als attraktiver erwiesen als die Versprechen revolutionärer Gesellschaftsexperimente. Die Ausstrahlung kommunistischer Ideen auf die „neue" Linke seit Ende der 1960er Jahre hingegen beruhte hauptsächlich auf der Verheißung einer qualitativ anderen Gesellschaft, in der die bewusste Regelung des Produktionsprozesses die Möglichkeit selbstbestimmter Lebensgestaltung verbürgt. Die parteiförmig organisierte neomarxistische Linke blieb aber auf die „klassischen" tagespolitischen Strategien verwiesen und war deren Scheitern ausgeliefert.

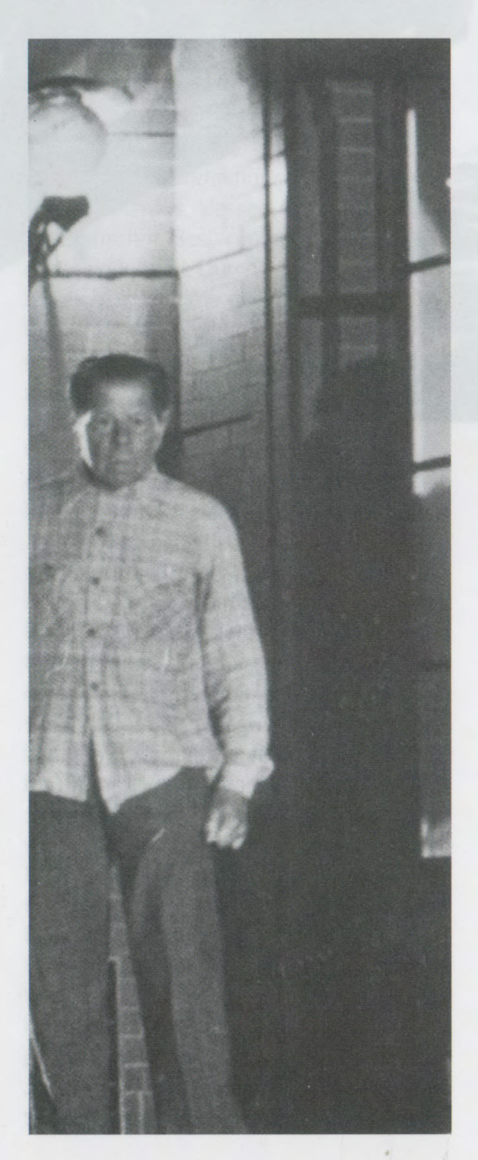
Heute ist der sozialdemokratische Reformismus der zu Ende gegangenen fordistischen Ära tot. Das Erwachen neuer außerparlamentarischer Oppositionsbewegungen bietet Chancen für neue Ansätze einer Fundamentalopposition. Es schließt aber keineswegs aus, dass sich im Laufe der kommenden Jahrzehnte ein neuer globaler Reformismus herausbildet; bereits heute beginnen ja Teile der politischen und selbst der ökonomischen Eliten zu be-

merken, dass die Dysfunktionen neoliberaler Deregulierung Handlungsbedarf erzeugen. Für einen solchen neuen Reformismus würde das gelten, was schon die Funktionsweise des alten charakterisierte: Er kann die von der marxistischen Analyse aufgedeckten Grundwidersprüche des Kapitalismus nicht überwinden, wohl aber diese Widersprüche unter die Schwelle einer das System sprengenden Entladung drücken. Auch in Zukunft wird, wer einen revolutionären Anspruch erhebt, sich mit reformistischer Konkurrenz auseinandersetzen müssen. Es wäre falsch wie eh und je, in fundamentalistischer Selbstgewissheit dieser Konkurrenz kategorisch ausweichen zu wollen.

Für die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung und daraus abzuleitende Strategien dürfte der von Althusser entwickelte Begriff des „überdeterminierten" Widerspruchs tragfähiger sein als Konstruktionen, die die Interpretation aller sozialen Konflikte auf einen zentralen Grundwiderspruch hin homogenisieren. Althussers am Modell der Psychoanalyse gewonnene Konzeption geht der Frage nach, unter welchen Bedingungen eine Verdichtung von Widersprüchen die Schwelle zur Entladung überschreitet – oder, als „Unterdetermination", unterhalb derselben verbleibt. Wie jedes Individuum, um lebensfähig zu sein, diverse Konflikte verdrängen und gesellschaftlich bedingte Anpassungsleistungen erbringen muss, so wirken in jeder Gesellschaft Mechanismen, die Konflikte unter eine im sozialen Prozess herausgebildete „Schmerzgrenze" zu drücken streben. Zu revolutionären Situationen kommt es, wenn ein Komplex von Widersprüchen diese Grenze überschreitet. Nur aus einer Analyse aller Widersprüche und ihrer Möglichkeit, die Schwelle der Entladung zu überschreiten, lassen sich die Potenziale ermitteln, die der vom Reformismus geleisteten Verdrängung unter diese Schwelle widerstreben.

Die Zweideutigkeit der Globalisierungskritik

Die alte Ambiguität der Kapitalismuskritiken begegnet uns auch in der Bewegung der Kritik an der Globalisierung als dem Prozess, der die nationalstaatlichen Handlungsspielräume, auf denen die reformistische Zähmung kapitalistischer Verwerfungen beruhte, minimiert. In ihr stehen zwei konträre Grundströmungen einander gegenüber, die man als die „souveränistische" und die einer antikapitalistischen und antietatistischen „Globalisierung von unten" bezeichnen kann. Erstere, die auf der „offiziellen" Ebene von neoreformistischen Strömungen wie Attac und von „leninistisch"-staatssozialistisch orientierten Kräften vertreten wird, fordert die Verteidigung der Souveränität von Nationalstaaten gegen die Aneignung ihrer Ressourcen durch die multinationalen Konzerne. Konsequenterweise betreiben kommunistische Traditionsparteien wie die griechische KKE oder die KPRF in Russland gezielt eine Bündnispolitik mit „patriotischen" Kräften und feiern Staatsmänner wie Milosevic, Lukaschenko, Saddam Hussein oder Ghaddafi als Exponenten einer die imperialistische Macht eindämmenden Politik, welche die Grundlage für gerechtere Wirtschaftsbeziehungen schaffen könne. Für große Teile der Bewegung ist diese Strategie unattraktiv: Allianzen mit den genannten „Patrioten" widersprechen völlig den Intuitionen, die den Kämpfen gegen Kapitalismus, Nationalismus, Rassismus, Sexismus und alle Formen autoritärer Herrschaft zugrunde liegen. Der radikalere Teil der Bewegung ist gegen die Stärkung nationalstaatlicher Machteliten als Subjekte der Opposition gegen das weltweite Durchschlagen des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs. Damit stellt sich die Frage nach neuen Strategien der transnationalen Entwicklung emanzipativer Vergesellschaftungsalternativen.



Michael Hardt hat die These aufgestellt, der Gegensatz zwischen souveränistischen und antietatistisch-linksradikalen Teilen der Bewegung sei letztlich unbedeutend, da er in der *Multitude* ihrer netzförmigen, dezentralen Struktur untergehe: In einer Bewegung, die sich dem alten Politikmodell apparatförmiger Repräsentation verweigert, hätten Repräsentanten gleich welcher Position keine Macht. (5) Positiv ist daran festzuhalten, dass es fruchtlos ist, die Bewegung primär anhand der in ihr vertretenen „Theorien" einzuschätzen; schon Marx hat die Pariser Kommunarden nicht nach ihrer proudhonianischen Ideologie beurteilt. Relevant ist ihre Praxis, in der das dominierende Element heute das der Absage an Apparatpolitik ist. Zweifel sind dennoch angebracht, ob dem von Hardt gemeinsam mit Antonio Negri entwickelten Konzept der *Multitude* nicht ein übertriebener Optimismus innewohnt. Viele Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung reproduzieren alte Frontlinien, deren blockierendes Potenzial nicht zu unterschätzen ist.

Vor allem müsste die Linke begreifen, in welcher Weise die von Pierre Bourdieu analysierte Logik der „Distinktion" in ihr wirksam ist. Gerade in der Auseinandersetzung mit reformistischen Strömungen schwingt im linksradikalen Lager oft das mit, was Bourdieu den „Ekel vor dem Trivialen" nannte: die Nase rümpfende Abneigung gegen alles, was mit „profanen" Interessen der Durchschnittsbevölkerung zu tun hat. Solche Distinktionsrituale werden kein tragfähiges Fundament einer neuen radikalen Linken sein können.

Die Widersprüche bündeln!

Die traditionelle sozialdemokratische und kommunistische Linke hat den Kampf gegen den Kapitalismus im Rahmen der bestehenden hegemonialen Wertesysteme zu führen versucht. Die politische Konstituierung der Arbeiterbewegung erfolgte im 19. Jahrhundert ausgehend von der Forderung, die bürgerlichen Versprechen der Freiheit und Gleichheit gegen die faktische ökonomische Unfreiheit und Ungleichheit einzulösen. Marx hat diese Position theoretisch einer scharfen Kritik unterzogen (6), sie jedoch in der Praxis gebilligt. In den letzten Jahrzehnten haben sich demgegenüber Strömungen einer radikalen Linken herausgebildet, die den Kampf gegen das bürgerliche System nicht als ein Weitertreiben der „fortschrittlichen" bürgerlichen Errungenschaften gegen ihre vermeintliche Unterminierung durch die Bourgeoisie begreifen, sondern als Kampf gegen den bürgerlichen Vergesellschaftungszusammenhang im Ganzen. Einer Traditionslinken, die ihre Forderungen stets auf einen moralischen Konsens der „fortschrittlichen" und „demokratischen" Kräfte zu stützen suchte und eine entsprechende Bündnispolitik betrieb, steht eine radikale Linke gegenüber, die bürgerliche Zwangsverhältnisse auf allen Ebenen angreift. Die Traditionslinke kritisiert den Kapitalismus, weil er Arbeitsplätze vernichtet, und fordert ein – im Sozialismus zu verwirklichendes – „Recht auf Arbeit"; die radikale Linke kritisiert den Kapitalismus, weil er „Arbeitsplätze" schafft, nämlich der Mehrheit der Bevölkerung keine andere Wahl lässt, als sich dem fremdbestimmten Verhältnis der Lohnarbeit zu unterwerfen.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern erwachsen Potenziale tatsächlich antikapitalistischer, nichtreformistischer Opposition heute weniger aus Verteilungskämpfen, sondern am ehesten aus dem Widerstand gegen die immens gewachsenen mentalen Anpassungszwänge, denen sich die Arbeitskraft zum Zweck ihrer Verwertbarkeit unterwerfen muss. Die traditionelle industrielle Arbeiterklasse bezog ihr Selbstbewusstsein nicht bloß aus der kollektiven Erfahrung der Ausbeutung, sondern vor allem auch aus dem Stolz darauf, die materielle Produktionsarbeit zu leisten, die die Grundlage des gesellschaftlichem Reichtums schafft, der nach dem Sturz der Ausbeuterklasse einer anderen Gesellschaft zugute kommen würde. In den heutigen „Dienstleistungssektoren" mit ihren rein kapitalverwertungsimmanenten Funktionen kann die In-Wert-Setzung der Arbeitskraft jedoch nicht mehr als Vorstufe zum Sozialismus verstanden werden, sondern sie wird als zur kompletten Idiotie tendierende Unterwerfung unter eine Verwertungskette erfahren, deren gesamtgesellschaftlicher Sinn immer fragwürdiger wird. Typischerweise sind gerade Stellenanzeigen, in denen „Call-Center-Agents" gesucht werden, meist mit irgendeinem Blödsinn wie „Telefonieren ist Ihre Leidenschaft ..." garniert. Das, was Althusser und Foucault „assujetissement" nannten, die subjektkonstituierende Unterwerfung, wird so unmittelbar zum Einsatz des Klassenkampfs. Die Kämpfe, die Foucault als solche um „Entunterwerfung", désassujetissement beschrieb, stehen nicht mehr neben dem Klassenkampf, sondern werden mehr und mehr zu seinem Ferment. Dies wäre dem eingangs nach Fülberth referierten Merkmalskatalog einer Protolinken hinzuzufügen.

Die neue Protolinke wird sich allerdings der Ungleichzeitigkeiten der gesellschaftlichen Prozesse, in denen sie steht, bewusst sein müssen. Es käme darauf an, nicht die eine Art von Widersprüchen gegen die andere auszuspielen, sondern sie so zu bündeln, dass ihre „Überdetermination" irgendwann die Schwelle dessen durchbricht, was die Gesellschaft zu verdrängen vermag. Eine künftige Linke, die dazu imstande wäre, wird weder eine „Konsenslinke" sein können, die hegemoniale Wertorientierungen als Kompass des Fortschritts verwenden zu können glaubt, noch eine „Distinktionslinke", die bloß das eigene Anderssein zum Maßstab nimmt.

Ein rückblickender Ausblick bietet sich an: In der späten Ära Kohl war die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ein Thema, das tatsächlich die „Massen" bewegte. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften meinten damals, die Lohnabhängigen gegen den Vorwurf in Schutz nehmen zu müssen, sie schädigten den „Standort Deutschland" durch „Krankfeiern". Das proletarische Alltagsbewusstsein ist klüger. Es weiß, dass Absentismus eine der mikropolitischen Strategien ist, durch die der fremdbestimmten, abhängigen Arbeit Unterworfene sich ein Stück Souveränität über ihre Lebenszeit zurückzugewinnen versuchen. Diese verdrängte Alltagsklugheit im globalen Rahmen freizulegen, wäre eine jenseits von Konsens und Distinktion liegende Aufgabe des Kampfes um den Zusammenhang von Hegemonie und Rationalität.

Henning Böke
ist Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Frankfurt/Main

Anmerkungen:

1) Georg Fülberth, Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen, Hamburg 1991, S. 190.
2) Vgl. Louis Althusser, „Endlich geht aus der Krise des Marxismus etwas Neues hervor", in: Ch. Bettelheim / I. Mészarós / R. Rossanda et al., Zurückforderung der Zukunft. Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften, Frankfurt a. M. 1979.
3) Vgl. Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewusstsein, 8. Aufl. Darmstadt/Neuwied 1983, S. 58.
4) Vgl. ebd. S. 297 f.
5) Vgl. Michael Hardt, „Zu wenig Konflikt. Das Social Forum und die Politik der Multitude", im Subtropen-Supplement der Jungle World vom 6. März 2002.
6) Vgl. die entsprechende Passage der Grundrisse, MEW Bd. 42, S. 174.



Sinistra Genovese

Die „Antiglobalisierungsbewegung" und der Sinn der Organisation

Das „Ende der Linken" als historische Tatsache zu verkünden ist ein ebenso müßiges Unterfangen wie objektiv ihren „Neubeginn" zu behaupten: „Die" Linke hat es nie gegeben und wird es nie geben. Statt dessen gibt es soziale und ideologische Auseinandersetzungen, in denen um so etwas wie „die" Linke gekämpft wird. Der Streit zwischen Linken entsprach nur selten dem kommunistischen Versprechen einer „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." (1) Dies zeichnet bis zum heutigen Tag gerade die Organisationsgeschichte der Linken, einschließlich der undogmatisch-autonomen Strömungen aus. Besonders fatal wirkte sich das dort aus, wo Linke Staatsapparate kontrollierten oder eigene aufbauten. Zu den wenigen Anlässen zum Optimismus, die Linke nach Lage der Dinge haben, gehört deshalb die für die 90er Jahre prägende, jetzt nahezu abgeschlossene Trennung der KommunistInnen von der Staatsmacht. In den Kämpfen um „die" Linke geht es seither darum, aus diesem Ereignis linke Folgerungen zu ziehen. Das schließt die „Machtfrage" übrigens nicht aus, sondern ausdrücklich ein.

... diese lange Geschichte des Abbruchs ...

Ob in solchen Kämpfen gerade das Ende einer Linken oder ihr Neubeginn verhandelt wird, hängt von der Konjunktur der sozialen Bewegung ab. Schwächt sie sich ab, schwindet die Aktualität der Frage, „was eigentlich links ist"; nimmt die Vielfalt sozialer Kämpfe in Inhalt und Form zu, wird auch der Streit um „die" Linke wichtiger. Für die fraktionellen Brüche zwischen den Linken in der ArbeiterInnenbewegung waren die Zyklen des Klassenkampfs von wesentlicher Bedeutung; entscheidender Wendepunkt blieb die Oktoberrevolution 1917. Für die Kämpfe um das, was die „Neue Linke" werden konnte, spielten Aufstieg und Zerfall der „Neuen Sozialen Bewegungen" und das Schicksal der antikolonialen Kämpfe eine vergleichbare Rolle.

Mitte der 80er Jahre werden die Krise und bald darauf das „Ende" der „Neuen Linken" Konsens in allen Debatten. Darin artikulieren sich die jahrzehntelange Schwächung der ArbeiterInnenbewegung, das Scheitern der Dekolonisierung und der Abschwung des bis dahin bedeutendsten Zyklus der „Neuen Sozialen Bewegungen". Das vom Neoliberalismus ausgeschlachtete ideologische Spektakel um die Trennung der KommunistInnen von der Staatsmacht vertiefte den historischen Bruch und ließ ihn zeitweilig unüberbrückbar erscheinen: Nicht wenige glaubten, die Frage „What's left?" mit einem abschließenden „Nichts!" beantworten zu sollen.

Tatsächlich haben kurz vor bzw. nach den KommunistInnen auch die Sozialdemokratien den Zugriff auf die Staatsmacht verloren. In der Folge wandelten sich die (z.T. bald an die Regierung zurückgekehrten) Sozialdemokratien mit der Mehrzahl der postkommunistischen und grünen Parteien so tief greifend zu Agenturen neoliberaler Modernisierung, dass eine erneute Linksentwicklung zwar nicht ausgeschlossen, doch äusserst unwahrscheinlich ist. Offener ist, was aus den Gewerkschaften wird, die sich unter dem Druck linker Basisorganisierungen zaghaft vom neoliberal-sozialdemokratischen Bann lösen.

Dass der Abbruch in Deutschland rigoroser vonstatten ging als anderswo, folgt aus dem Übergang der neoliberalen Gegenrevolution ins „nationale Erwachen" der Berliner Republik. Die marginalisierte Linke half sich pragmatisch und differenzierte sich zur „Teilbereichslinken" aus. Die gliedert sich nicht mehr fraktionell, sondern themenorientiert: Antifa/Antira, Bürgerrechts-, Betriebs-, Soli-, Pop-, Kultur- und Diskurslinke einerseits, NGO-, Expertise- und Apparatelinke andererseits. Die ganze Tiefe des Bruchs reflektierte allerdings erst die „antinationale" und „antideutsche" Skepsis, die ideologisch-strategische Grundannahmen linker Geschichte radikal durcharbeitete und dabei auf Praxisabstinenz setzte. Im folgenden Streit um „die" Linke erhoben beide neuen Strömungen selbst Anspruch auf den Titel, darin von *jungle world* und *konkret* flankiert. Bestimmte Zirkel verkehrten, von einzelnen AutorInnen beider Redaktionen und dem Kampfblatt *Bahamas* unterstützt, die Distanz zur politischen Aktion in einen bisweilen paranoiden Elitismus. Der bezog nach dem 11. September 2001 – nur scheinbar paradox! – rechts Position und versöhnte sich in seiner Variante eines „linken" Bellizismus mit dem globalen Kontrollregime der „zivilisierten Welt". Wer diese lange Geschichte des Abbruchs einigermaßen überstand, versuchte ihr in Theorie und Praxis Erkenntnisfortschritte abzugewinnen und lernte den Wert von

Witz, Ironie und Höflichkeit im innerlinken Zusammenhang zu schätzen; wer neu hinzukam, hat wenigstens die Bereitschaft unter Beweis gestellt, auf ein Unternehmen zu setzen, dessen Chancen scheinbar gegen Null gehen. Vielleicht wird gerade in diesem Milieu erprobt, was eine Linke werden kann, zu deren historischen Voraussetzungen künftig, neben allem, was vom großen Zyklus der „Neuen Sozialen Bewegungen" bleibt, auch die antinationale und antideutsche Skepsis gehört.



... die Kette der Massenaktionen ...

Vom Neuaufschwung sozialer Bewegung wurden nicht wenige Linke unter diesen Umständen kalt erwischt. Den historisch jüngsten Zyklus sozialer Kämpfe markieren spektakuläre Massenaktionen, die jetzt schon zur Metapher wurden: Chiapas, Seattle, Genua. Der Genoveser Juli wurde zur Gründungsmanifestion der mangels einer begrifflichen Alternative auch von vielen AktivistInnen als „Antiglobalisierungsbewegung" bezeichneten weltweiten sozialen Opposition: Die Bewegung bestätigte sich hier trotz der Unterschiede in Herkunft, sozialer Basis und ideologisch-strategischer Ausrichtung ihres politischen Zusammenhangs und behauptete ihn als solchen auch öffentlich. Dass von Genua aus sichtbar wurde, wie sich die Kette der Massenaktionen einer bis dahin verdeckten Vielzahl sozialer Widerstände einordnete (Streikbewegungen in Frankreich und Korea, gesamteuropäische Erwerbslosenproteste, wachsende alltagsweltliche Revolten in Italien, Spanien, den USA, indigene bzw. bäuerliche Massenbewegungen in Indien und Lateinamerika u.a.m.) belegt, dass die neoliberale Hegemonie schon seit Mitte der 90er Jahre unter Druck steht. Auch nach dem 11. September 2001 wurde der dynamische Zusammenhang der Bewegung nicht gebrochen. Das bestätigten jüngst die Proteste von Barcelona (am 15. März 2002 demonstrieren 500.000 gegen ein „Europa des Kapitals") und Rom (am 24. März 2002 demonstrieren über 2 Millionen gegen das Berlusconi-Regime). Beide Demonstrationen konkretisierten den diffusen Protest gegen „den" Neoliberalismus auf vor Ort dringliche Probleme: die Privatisierung der Wasserversorgung in Spanien, den Angriff auf den Kündigungsschutz in Italien.

Auch wenn die Proteste in Deutschland deutlich schwächer ausfallen, findet hier ein ähnlicher Prozess statt. Anlässlich der NATO-Sicherheitskonferenz in München am 1./2. Februar 2002 nahmen sich 7000 DemonstrantInnen die polizeilich gesperrte Straße zurück: trotz Demonstrationsverbots und hysterischer Hetzkampagne im Vorfeld. Bemerkenswert das erneute Scheitern aller Versuche, die „GlobalisierungsgegnerInnen" zu spalten, deren Allianz vom autonomen bis zum bürgerrechtsliberalen Spektrum reichte.

Routen. Gänge.

Dynamik und Zusammenhang der Bewegung resultieren auch aus ihrem diffusen Charakter: in moralischem Protest „irgendwie" gegen „den" Neoliberalismus zu sein. Ihr historisch neues Moment liegt im praktisch eingeübten Internationalismus und ihrer nicht-hierarchischen Koordination. Konkretisiert sich das Projekt, werden sowohl der Internationalismus wie die ideologisch-strategische Breite belastet. Die absehbare Krise wird zur eigentlichen Herausforderung einer für diese Bewegung spezifischen Linken. Die hätte den Prozess der politischen Konkretion so voranzutreiben, dass sie gerade die Stärken des spontanen Aufbruchs entwickelt: den Internationalismus und die nicht-hierarchische Koordination.

Weil die Bewegung schon jetzt durch zwei „linke" Eingriffe bedroht wird, wird das nur auf dem Weg eines neuerlichen Streits um „die" Linke gehen. Der eine, gefährlichere, liegt im Versuch, die Proteste auf das neo-sozialdemokratische Reformprogramm eines globalen sozialen Kompromisses einzugrenzen. Zwar sind Kompromisse ein unvermeidliches Resultat sozialer Kämpfe; der Reformismus im negativen Sinn des Worts besteht allerdings darin, vonvorne herein gar nichts anderes zu wollen. ProtagonistInnen sind hier die linken Flügel der Sozialdemokratie, bestimmte postkommunistische Parteien,

viele NGOs, die dominierende Strömung des Attac-Netzwerks. Die andere Gefährdung geht von einer pseudoradikalen „Linken“ aus, die sich durch bestimmte Formen der Militanz an die Stelle der Bewegung setzen will oder sich ihr umwillen ihrer identitären Reinheit verweigert. Die Pseudoradikalen liefern die Bewegung der reformistischen Eingrenzung aus, der Reformismus provoziert die pseudoradikale Abdrift. Einem linken Eingriff kann es demgegenüber weder um die „Vermittlung“ der Extreme noch um die „Vertretung“ der Mehrheit gehen, sondern darum, die „Mehrheit“ mitsamt ihren „Extremen“ in die Radikalisierung der Bewegung selbst aufzulösen. Im Rückblick auf ihren eigenen Eingriff fand die Gruppe Subversive Aktion 1976 dafür die noch heute verführerische Losung: „Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern“ (2).

Was das konkret heisst, kann nur praktisch erprobt und in freier Debatte ausgehandelt werden. Fantômas läßt deshalb fünf linke Stimmen zu Wort kommen. Peter Wahl (WEED) argumentiert für einen reformorientierten Pluralismus, Uli Brand (BUKO) markiert die Ambivalenzen der Bewegung, Sven Glückspilz diskutiert die verpassten Chancen militanter Politikformen, pink-silver Hamburg spricht für sich selbst. Patrice Spadoni (AC!) berichtet von Kämpfen, die in Deutschland erst noch zu führen sind.

Redaktion *Fantômas*



Anmerkungen:
(1) Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei
(2) Frank Böckelmann/Herbert Nagel, Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern. Frankfurt, 1976

+++ am nächsten tag trifft etienne rambert +++ ein geschäftsmann mittleren alters, alter freund der marquise +++ im schloss ein +++ wo auch sein sohn charles wohnt +++

Tektonische Verschiebungen

Perspektiven planetarischer Bewegung

Das Entstehen der globalisierungskritischen Bewegung ist – wie alle sozialen Bewegungen – Ausdruck gesellschaftlicher Umbruchprozesse – in diesem Fall der Globalisierung. Unabhängig davon, wie man diesen Prozess im Einzelnen theoretisch interpretiert, Tatsache ist, er führt zu tektonischen Verschiebungen, die nicht nur die großen Strukturen, sondern den lebensweltlichen Alltag der Individuen auf dem ganzen Planeten verändern. So etwas muss früher oder später zu Gegenreaktionen führen.

Im Gegensatz zu den organisierten Formen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, und diversen Varianten christlicher, islamischer u.a. Fundamentalismen ist die globalisierungskritische Bewegung jedoch die emanzipatorische Antwort auf die Globalisierung.

Konfiguration des Regenbogens

Aus historischen Gründen, darunter die Wende von 1989/92, formiert sich diese Bewegung später als die rechte Reaktion. Die Krisenerscheinungen, die die Globalisierung hervorbringt, haben gegen Ende des 20. Jahrhunderts jedoch ein solches Ausmaß angenommen, dass die Akzeptanz der Globalisierung weltweit zu sinken beginnt.

Damit hat sich eine historische Konstellation herausgebildet, die Kritik, Opposition und Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung auf emanzipatorischer Basis eine Perspektive gibt. Die Träger dieser Perspektive sind ein politisch und weltanschaulich heterogener loser Verbund unterschiedlichster Akteurstypen – eine Art Regenbogenkonfiguration. Das Spektrum reicht von sozialen Bewegungen, wie die der Landlosen- und Bauernbewegung Brasiliens und Südindiens über kirchliche Milieus, Einpunktbewegungen wie die Jubilee Kampagne, Bovés Gruppe gegen den Fastfood Fraß, gewerkschaftliche Sektoren, kirchliche Milieus, zahlreiche NGO – wenn auch nicht alle – bis zu den Zapatisten. Wie für erfolgreiche soziale Bewegungen typisch, erfasst sie auch einige Teile des offiziellen politischen Systems.

Ohne ZK

Die Vielfalt ist Stärke und Schwäche zugleich. Anders als die Linke links von der Sozialdemokratie, die zunehmend in politischer Bedeutungslosigkeit versunken ist, konnte sich diese Bewegung in der Gesellschaft Gehör verschaffen. Ihre historische Leistung besteht bereits jetzt darin, das neoliberale Deutungsmonopol in Politik und Medien gebrochen zu haben und zum Hoffnungsträger für Veränderung geworden zu sein. So etwas wie eine Bewegungsidentität beginnt sich herauszubilden – ohne dass es ein Zentrum, ein ZK und eine verbindliche Linie gäbe.

Andererseits bedeutet Vielfalt begrenzte Handlungsfähigkeit und Verwundbarkeit gegenüber Integrations- und Vereinnahmungsstrategien. Hier liegen Risiken, auf die die allfälligen Bedenkenträger hinzuweisen nicht müde werden. Aber ist die Angst vorm Tod ein Grund für Selbstmord?

Auch ist die Bewegung noch weitgehend auf Negation, auf Kritik und Abwehr orientiert. Alternativen werden bisher vorwiegend sektoral und mit allenfalls mittlerer Reichweite formuliert. Dennoch ist den Protagonisten der Bewegung klar, dass die Parole „Eine andere Welt ist möglich" konkreter und greifbarer werden muss, wenn sie zur politischen Produktivkraft werden soll. Es ist daher kein Zufall, dass in den letzten Monaten programmatische Papiere wie das von Susan George über einen globalen Gesellschaftsvertrag, Bellos Konzept der Deglobalisierung oder das von ATTAC Frankreich vorgelegte Manifest diskutiert werden.

Demokratischer Internationalismus

Die Dinge sind also im Fluss und es wäre fatal, versuchte man, sie in das Korsett fertiger Wahrheiten und eines strategischen Masterplans zu pressen. Es handelt sich um ein zukunftsoffenes pluralistisches Projekt. Anders ist es auch gar nicht mehr zu denken, wenn man aus den historischer Fehlern der Linken lernen will. Von jenen, die sich als Linke verstehen, ist zu hoffen, dass sie dies begreifen und sich selbst offen auf das Neue einlassen. Das heißt nicht Selbstaufgabe, aber die Akzeptanz einer politischen Kultur der Pluralität, Toleranz und Diskursfähigkeit, statt Allwissenheit und krampfhafter Identitätspolitik. Nicht nur für die erstaunlich hohe Zahl junger Leute, die die neue Bewegung anzieht, sind Debatten um alte Gespenster wie „Reform und Revolution" und die korrekte Kaptalismusanalyse alles andere als bewegend.

Es ist daher kein Zufall, dass das Weltsozialforum in Porto Alegre keine offizielle Abschlusserklärung verabschiedet hat. Was einer kurzschlüssigen Ergebnisorientiertheit und manchem sich links gerierenden Besserwissertum als Schwäche erscheint, ist eine Stärke. Hier wird nichts durchgepowert. Weder die ultimative Globalisierungsanalyse noch der Konstruktionsplan für eine neue Gesellschaft werden von Großdenkern oder einer selbsternannten Avantgarde mal eben von oben eingeflogen. Das programmatische Profil der Bewegung wird sich partizipativ und im herrschaftsfreien Diskurs prozesshaft herausbilden und ständig weiterentwickeln. Anders kann eine planetarische Bewegung, kann demokratischer Internationalismus nicht funktionieren.

Peter Wahl
ist Mitarbeiter der Bonner NGO Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED und Mitbegründer von ATTAC.

Stichworte

Auf der Suche. Nach Orientierung. In Widersprüchen.

Das Wichtigste an der Antiglobalisierungs-Bewegung ist, dass es sie gibt und dass sie weitgehend eine linke Bewegung ist. Sie eröffnet die Chance auf eine neue Interpretation der Verhältnisse. Dies ist wichtig, denn ein anderes Begreifen der Realität ist Voraussetzung ihrer Veränderung. Die Bewegung ist Produkt von langjährigen, in der Regel wenig sichtbaren „Gärungsprozessen", von Politisierung, Organisierung, Klärung, Strategieentwicklung, Suchprozessen. Die Motivation dafür ist sehr unterschiedlich. Neue, bislang weniger politisierte Leute schließen sich ihr an. Häufig werden sie in Zusammenhängen ohne Geschichte wie Attac aktiv, die am ehesten das Neue repräsentieren.

„Inhalte"

Die Antiglobalisierungsbewegung setzt an den Widersprüchen des globalen Kapitalismus an. Im Zentrum stehen die Deregulierung und der Abbau sozialer Rechte sowie die Transformation der Verhältnisse durch Privatisierung, Umbau der Sozialhilfe oder Inwertsetzung von (außer-) menschlicher Natur. Sie bricht mit dem realpolitischen TINA („there is no alternative")-Prinzip und agiert zum großen Teil konfliktiv, konstituiert einen politischen Gegner und bricht dadurch mit dem dominanten linken Politikverständnis (zumindest in den Metropolen) der 90er Jahre, dass „Politik" nämlich Kooperation, Expertise und Appell an das aufgeklärte Eigeninteresse der Herrschenden sei.

Ambivalenzen eins

Zunächst sind das ja alles sehr neue und offene Prozesse. Die zu schließen, zu früh „große Linien" zu suchen und daraus Strategien abzuleiten, wäre evtl. sogar hinderlich. Ein deutsch-linker Abgrenzungsduktus könnte hier schädlich werden. Wichtig sind jetzt kritisch-solidarische Diskussionen. Die Verortung der verschiedenen Spektren innerhalb dieser Ambivalenzen ist selbst Teil interner Prozesse, ist Teil von Politisierung, aber auch der Strategien der Gegner.

Ambivalenzen zwei

Einerseits gibt es gute Gründe dafür, auf die Vermittelbarkeit von politischen Stilen und Forderungen zu achten. Oft geht damit aber der Wunsch einher, an hegemoniale Politikvorstellungen anzudocken („große" Politik wird im „Staat" von „Parteien" gemacht). Andererseits gibt es die Notwendigkeit einer radikaleren Staats- und Politikkritik (inklusive „kulturrevolutionärer" Ansätze). Zugespitzt: Geht es um die Behebung der Dysfunktionalitäten des globalen Kapitalismus, darum, sein krisenfreieres Funktionieren zu gewährleisten oder um die schwierige Suche nach Ansatzpunkten, um kapitalistische Strukturen in Frage stellen zu können?

Ambivalenzen drei

Da gibt es die mediale Inszenierung der „guten Teile" der Bewegung mit „legitimen" Anliegen. Andererseits gibt es die mediale Delegitimierung und die staatliche Repression der „schlechten" Teile. Wie geht die Bewegung damit um?

11. September eins

Die Bedingungen emanzipativen Protests haben sich verschoben: Die öffentlichen Auseinandersetzungen richten sich jetzt weniger auf die emanzipativen Ansätze. Es herrscht in weiten Teilen ein „diskursiver Ausnahmezustand".

11. September zwei

Der notwendige Kampf gegen den Terror wird ausgeweitet auf eben diese emazipativen Formen oppositionellen Handelns. Eine internationale Konstellation wird repressiv nach innen gewendet, rechtsstaatliche Errungenschaften werden abgebaut. Dies hatte sich vor den Protesten in Genua bereits angekündigt und gewinnt nach dem 11.9. eine neue Dynamik.

11. September drei

Zu erwarten ist, dass es intensivere Formen der militärischen und polizeilichen Kooperation zwischen nördlichen Staaten geben wird. Mit den hochgradig der Definitionsmacht der Herrschenden unterworfenen Begriffen „Terrorist" bzw. „unterstützendes Umfeld" können machtförmige Zuschreibungen gegenüber anderen Ländern oder Gesellschaftsgruppen erfolgen.

Dabei ist offen, ob dies gelingt und welche Widersprüche daraus entstehen. Es wird deutlich, dass neoliberale Globalisierung den meisten Menschen nichts zu bieten hat. Das „Nord-Süd-Verhältnis" könnte wieder politisiert werden. Der Blick auf den Süden als ein Fall nicht-gelingender Weltmarktintegration, dessen Chaos verwaltet werden muss, ist nicht naturgegeben. Auch Repression kann, wenn sie wie in Genua in der Öffentlichkeit als „übertrieben" angesehen wird, den Protesten eine höhere Legitimität geben. Notwendig für eine emanzipative Linke ist es, eine kritische Position gegenüber Terror *und* den herrschenden Verhältnissen zu entwickeln und die vielfältigen Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Entwicklungen herzustellen.

Rolle kritischer Intellektueller

Hierzulande sehr zurückhaltend. Vermutlich dem rot-grünen Projekt und/oder keynesianischer Staatsillusion anhängend, frustriert oder mit grundlegend suspekter Haltung gegenüber der Selbstorganisation von Menschen. Ihre Rolle sollte sein, nicht strategisch vor-denken zu wollen, sondern zur Klärung der Verhältnisse, die verändert werden sollen, beizutragen. In Einzelfällen durchaus Anstöße geben. Sich aber auch selbst einbringen und nicht immer bitten lassen. Allerdings müssen die spezifischen Lebenslagen auch gesehen werden, die bei vielen das aktive Einbringen verhindern.

Uli Brand
ist im Arbeitsschwerpunkt Internationalismus der BUKO aktiv, arbeitet an der Uni Kassel.

Warum „Puscheln“ herrschaftskritisch ist. Und aus Wanne-Eickel kommen könnte.

Pink Silver. Grell, hip, queer. Sonst noch was?

Einige glauben, das „Radical Cheerleading“ käme aus den USA, andere meinen, einen *Pink-silver*- Block bei den Anti-IWF- und Anti-Weltbank-Protesten in Prag 2000 zum ersten Mal bewusst wahrgenommen zu haben, die nächsten verorten den Ursprung in der britischen queeren Bewegung. Wenige denken, es käme aus Wanne-Eickel. Das Schöne an *pink-silver* ist aber, dass es tatsächlich aus Wanne-Eickel kommen könnte. Denn *pink-silver* entsteht ständig neu. Ideen werden entwickelt, kopiert, weitergetragen, neu geformt, verworfen – und das alles an vielen verschiedenen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten. Und das ist auch die Herausforderung an *pink-silver*: sich selbst als flexibles Kollektiv ständig neu zu gestalten, also als internationale Bewegung, tatsächlich unaufhörlich in Bewegung zu bleiben und individuelle, lokale Ausprägungen als gegenseitige Inspiration und Kritik aufzunehmen und in eine globale Widerstandsstrategie zu verwandeln.

Pink-silver funktioniert sowohl als eigene Organisationsform als auch zusammen mit all den anderen Spielarten des linksradikalen Spektrums. *Pink-silver* kann auf Demos elegant vorneweg puscheln oder auch eine Kleingruppenaktion weiter hinten sein. Oder beides.

Warum pink silver bunt ist.

Militantes Puscheln, begleitet von mehrsprachig intonierten Parolen, ist eine Möglichkeit, vehement Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu äußern. Schon das irritierende Auftreten (Verkleidung, Musikinstrumente, etc.) bricht gängige Gedankenmuster. Denn eine Gruppe muss nicht martialisch auftreten, um militant zu sein. Politische Inhalte müssen auch nicht in reiner Textform wiedergegeben werden, wenn es darum geht, Denkanstösse zu vermitteln. Und umgekehrt verhindert außergewöhnliches Auftreten nicht die ernsthafte Auseinandersetzung; und Mehrsprachigkeit verwischt keine klaren Aussagen, sondern macht im Gegenteil die Inhalte oft transparenter und für viele unterschiedliche Menschen verständlich.

Wie gesagt: queer.

Eine Beteiligung an *pink-silver* soll helfen, mit traditionellen Geschlechterrollen und mit der Geschlechterdichotomie zu brechen. Um der Vielfalt von Identitäten zwischen Subjekten aber auch innerhalb jeder/jedes Einzelnen Rechnung zu tragen. *Pink-silver* konzentriert sich eher auf die Differenzen innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung und mobilisiert diese für gemeinsame politische Zwecke, anstatt sich auf angeblich selbstverständliche Gemeinsamkeiten zu beziehen. Denn Queer hinterfragt alle Kategorien, die der so genannte „gesunde Menschenverstand“ bisher unangetastet gelassen hat und die sich als „natürlich“ präsentieren: Sexualität, Geschlecht und Begehren, Ethnizität, Kapitalismus... Wenn es also darum geht, das scheinbar Natürliche als gesellschaftliches Machtkonstrukt zu entlarven und einen gründlichen Widerstand gegen die Regime des Normalen zu entwickeln, wirft Queer neue Fragen hinsichtlich von Organisierung, Ausgrenzung, neuen Bündnissen und Angriffszielen auf. Queer ist für *pink-silver* extrem bereichernd.

Linksradikale Theorie und Praxis in pink und silver.

Schon die dezentrale Organisation der *pink-silver* Gruppen und das Ineinandergreifen unterschiedlichster Aktionsformen, wie der des Cheerleadings, der Akrobatik und auch des Straßentheaters, sind Ausdruck einer Auseinandersetzung mit den Grenzen bisheriger linksradikaler Politikformen. Im Rahmen von *pink-silver* zu agieren heißt, auch innerhalb der Gruppe so miteinander umzugehen, dass Hierarchien abgeschafft werden können, oder besser gar nicht erst auftreten und alle an den Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung geht es auch darum, andere Wege zu finden, theoretische Erkenntnisse in eine politische Praxis umzusetzen. *Pink-silver* will mehr sein als eine single-issue Bewegung. Also: der Gesellschaft des Spektakels das Spektakel ins Gesicht klatschen.

Pink-silver ist außerdem eine Aktionsform, die sich im Zuge der globalisierungskritischen Bewegung entwickelt hat, und die mit ihrem Auftreten mit Militanzklischees bricht. *Pink-silver* strebt auch über den einzelnen Gipfelsturm-Event hinaus eine internationale Vernetzung an, die in ihrem Themen- und Aktionsradius nicht eingeschränkt ist (siehe Grenzcamp in der Nähe von Frankfurt am Main 2001). Begegnungen auf internationalen Treffen inspirieren so die lokale Bewegung und lokale Kämpfe fließen wiederum auf der internationalen Ebene zusammen.

Ist das neu oder was?

Pink-silver inszeniert eine notwendige Neubewertung von Macht- und Widerstandsstrategien. Statt in der Defensive zu verharren, setzt *pink-silver* auf frivole Grenzüberschreitungen, die nicht nur unberechenbar sind, sondern auch neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Und das sowohl sprachlich als auch räumlich. *Pink-silver* wirft auch die Bündnisfrage neu auf, weil innerhalb eines *Pink-silver*-Blocks vielfältige Aktionsformen nebeneinander existieren könn(t)en, um einander zu ergänzen. Also weg von der Hierarchisierung von Widerstandsformen, hin zu *Pink-silver*-Queerelen. Worum es geht: das Überraschungsmoment von *pink-silver* solange zu nutzen, bis eine andere durchschlagskräftige Aktionsform am Horizont erscheint. Also, auf in die Zukunft.

Eine pink-silver-Gruppe aus Hamburg
heterogen, was Alter, Beruf und so weiter betrifft; homogen, was ihr Benehmen (laut, lärmig, schrill) und ihr Styling (na klar: *pink-silver* eben) bei politischen Aktionen betrifft.

„Cheers, Mr.Winterbottom!“

Die Autonomen und die ewige Wiederkehr des Immergleichen

Um zu beurteilen, wie sich die radikale „globalisierungskritische“ Bewegung nach Genua (Juli 2001) weiterentwickelt hat, scheint es mir vor allem wichtig, den lähmenden Effekt des 11.9. hervorzuheben. Danach kam manches zum Stillstand, was schon vorher nicht rund lief; die Suche nach dem einigenden Projekt der linken Bewegung wurde erschwert. Ein Bewegungs-Konzept, wie es von Seattle 1999 bis Genua 2001 prägend war, hat nur eine begrenzte Lebensdauer. Irgendwann ist die Kraft verbraucht, die sich aus dem spontanen Zusammenkommen und den damit verbundenen „positive vibrations“ gespeist hat. Die Ausdifferenzierung der Bewegung und die Versuche, sie in stabile politische Projekte zu überführen, lassen sich bereits vor dem „summer of resistance“ beobachten. Attac ist dabei nur das bisher – in Deutschland v.a. virtuell – erfolgreichste. In jedem Fall hätten sich im Herbst 2001 grundsätzliche Fragen gestellt: Kann eine Bewegung Strategien entwickeln? Wer kontrolliert die Eskalation? Wie kann es gelingen, aus der globalen Höhenluft auf die lokale Ebene zu kommen? Läßt sich die klassische Spaltung der Bewegungen vermeiden?

Verpasste Chance

Die Situation der radikalen – militanten – Linken in Deutschland zwischen Sommer 2001 und Frühjahr 2002 läßt sich am ehesten mit „Stillstand“ umschreiben. Anlässe wie der EU-Gipfel in Brüssel im Dezember 2001 zeigen, dass eine Auseinandersetzung über Strategien nicht stattgefunden hat. Alle gehen – wie üblich – ihre eigenen Wege. Diejenigen, denen das Spektakel als Politik ausreicht, suchen auf der Demo weiterhin nach Steinen zum Ausgraben und nach Bankscheiben zum „smashen“. Diejenigen, die zuerst nach dem Ziel und dann erst nach der Aktionsform fragen, erfreuen (bzw. beteiligen) sich an Angriffen und ärgern sich über kontraproduktive Aktionen. Und diejenigen, die all dem kritisch gegenüberstehen, ohne ihre militante Position aufzugeben, werden kaum wahrgenommen, auch in der Linken. Weiterhin stehen die Aktionsformen scheinbar berührungslos nebeneinander. Für viele ist die Konfrontation an sich abendfüllend und eine Vermittlung nach außen erscheint uninteressant. Eine Bewegung reflektiert eben nicht, sie entwickelt keine Strategien, sondern sie besteht aus dem momentanen Handeln der Akteure. Daraus entsteht, was die „Autonomen“ seit fast 20 Jahren auszeichnet: eine Bewegung der ewigen Gegenwart. Sie vermeidet falsche strategische Entscheidungen, indem sie gar keine trifft. Wer älter wird und unzufrieden, geht, und neue, junge Leute rücken nach.

Nach Genua schien es möglich, jene zwickmühlenhafte Trennung der medienwirksamen Erscheinungsform („Black Block“) von der restlichen politischen Identität der Militanten aufzuheben. Diesen Versuch unternahm z.B. das „militant manifesto“ (im Netz unter http://manifesto.so36.net) vom Herbst 2001, das die politische Gewalt aus dem Bereich des Spektakels und der Mystifizierung herausholen und wieder in einen diskutierbaren politischen Kontext stellen wollte. Dies gelang leider nicht.

Aussichten

Dennoch ist die Existenz dieser fundamental-oppositionellen Fraktion innerhalb der Linken weiterhin wichtig. Nicht nur, weil die anderen Strömungen keineswegs erfolgreichere Projekte anzubieten haben. Auch nicht nur deswegen, weil sie radikale, politisch aber (noch) indifferente Opposition Einzelner an emanzipative Politik ankoppelt. Sondern weil erstens eine revolutionäre Linke niemals rein theoretisch die Frage der politischen Gewalt beantworten kann, sondern sich praktisch damit auseinanderzusetzen hat. Zweitens, weil das Drohpotential der politischen Gewalt der radikalen Linken immer wieder Spielräume öffnet, die normalerweise mit vereinten Kräften von bürgerlichen Medien und gemäßigten Linken versperrt werden. Drittens, weil das Erleben der Rebellion eine nicht zu unterschätzende Rolle in vielen Biographien spielt.

Das ist zu wenig, um daraus politische Strategien zu schmieden. So richtig es wäre, den letztlich befriedenden Projekten à la Attac oder Linksruck ein attraktives Konzept entgegenzustellen – wenn dies von einer militanten Bewegung erwartet würde, würden Äpfel mit Birnen verglichen.

Die Chancen liegen weniger in der politischen Debatte als in personellen Kontinuitäten und in praktischen neuen Versuchen. Ansätze wie „pink & silver“ oder die italienischen „tute bianche“ zeigen, dass militante Politikformen nicht festgeschrieben sind, sondern sich entwickeln können, ohne bei Null anfangen zu müssen. Dabei wird eine der zentralen Fragen sein, wie in Zukunft der Tendenz zum konsumierenden „indymedia-junk“ eine stärkere Mobilisierung der einzelnen handelnden Subjekte entgegengesetzt werden kann.

Die militante Linke in Deutschland hat nach Genua eine Chance verpaßt – sie hätte mehr politisches Gewicht erlangen, sich weiter entwickeln und in Kommunikation nach innen und außen treten können. Jetzt muß sie wieder auf äußere Anlässe und Krisen warten, um sich zu re-generieren. Angesichts der allgemeinen Repressionsszenarien dieser Zeit ist diese Bilanz nicht so schlecht, wie sie klingen mag. Aber es ist eben letztlich doch: „same procedure as last year...“

Sven Glückspilz
ist organisiert und aktiv in der undogmatischen radikalen Linken. Er schreibt zu den Themen Militanz und Kommunikation.

Anders leben. Anders kämpfen.

Den Unterschied ums Ganze kennen. Die Revolte nicht kanalisieren. Horizontal denken.

Interview mit Patrice Spadoni von Agir ensemble contre le chômage (AC!), Frankreich

Was ist deine Einschätzung der Antiglobalisierungsbewegung und insbesondere ihrer eigenen Internationalität oder „Globalität"? Was ist der Stand der Bewegung speziell in Frankreich, auch im Vergleich zu anderen Ländern?

Patrice Spadoni: Eine Richtigstellung gleich zu Anfang: Wir sind nicht gegen die Globalisierung, sondern gegen die kapitalistische und liberale Globalisierung – ein Unterschied ums Ganze! Die Situation in Frankreich ist paradox. Die AktivstInnen der sozialen und alternativen Bewegungen haben ein ausgeprägt internationalistisches Bewusstsein, weswegen eine Organisation wie Attac innerhalb weniger Jahre so wachsen konnte. Gleichzeitig ist die außerparlamentarische Mobilisierung schwach, längst nicht so stark wie in Seattle, Genua oder gar Barcelona. Ein Grund ist sicher, dass die Jugend in Frankreich viel weniger dabei ist als in anderen Ländern. Es gibt bei uns nicht so etwas wie die centri sociali in Italien. Es gibt hie und da Versuche und Erfahrungen, aber sie werden von kleinen Kernen getragen, die es nicht schaffen, Jugendliche in größerer Zahl anzusprechen.

Wie verortest du die Erwerbslosenbewegung innerhalb der Bewegung: Was erhofft ihr euch, welche Rolle wollt ihr spielen, wo siehst du das gemeinsame Projekt?

Die Erwerbslosenbewegung bildete in gewissem Sinn die Vorhut dieser Bewegung. 1997 zogen die Märsche aus 15 Ländern gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Ausgrenzung zwei Monate lang durch ganz Europa zu einer großen Demonstration nach Amsterdam – 50.000 Menschen kamen damals zusammen, darunter zahlreiche Erwerbslose und Ausgegrenzte. Amsterdam hat den Zyklus der großen Mobilisierungen eröffnet, die seitdem die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs begleiten. Die Märsche haben einen realen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Kämpfe gehabt. Sie waren Teil der Kämpfe der Erwerbslosen im Winter 97/98 und im Frühjahr 98, vor allem in Deutschland, Frankreich und Belgien. Unser Ansatz war also kein abstrakter, nicht ein ideeller Internationalismus, nicht nur eine Manifestation von Solidarität, sondern ein konkreter Internationalismus, der seine Wurzeln in den Klassen-



auseinandersetzungen und der sozialen Bewegung hatte. Nach 1997 hat sich das Netzwerk der Märsche eine feste Struktur gegeben, um die real stattfindenden Kämpfe der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten europaweit zusammenbringen zu können. Wir haben viel Arbeit in die Entwicklung gemeinsamer Forderungen gesteckt – der Ort dafür war die „Europäischen Versammlungen der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten" in Köln, Paris und Brüssel. Ausgehend von dieser Erfahrung bemüht sich das Netzwerk seit einigen Jahren um eine „Konvergenz der europäischen sozialen Bewegungen", d.h. ein breites, flexibles und nicht-hierarchisches Bündnis aller sozialen Widerstandsbewegungen einschließlich der abhängig Beschäftigten, der Wohnungslosen, der Sans-Papiers usw. Wir wollen eine europäische „Charta der Forderungen" erarbeiten. In Brüssel im vergangenen Dezember haben wir ein erstes solches Treffen durchgeführt, an dem neben dem Netzwerk der Märsche VertreterInnen der SUD und der „Gruppe der 10" (Basisgewerkschaften aus Frankreich), der spanischen CGT (Anarcho-Syndikalisten), von ver.di aus Deutschland, Streikende der CGT bei McDonalds in Frankreich, ehemalige Beschäftigte bei Renault-Vilvoorde, das Genoa Social Forum u.a. teilgenommen haben. Jetzt klinken wir uns in die Vorbereitungen zum Europäischen Sozialforum ein, das im kommenden Herbst in Italien stattfinden wird. Darin sehen wir eine Weiterentwicklung unserer eigenen Vorhaben, mit denen wir Öffentlichkeit für die Forderungen und Kämpfe der „ohne" herstellen wollen: ohne Papiere, ohne Erwerbsarbeit, ohne Einkommen, ohne Wohnung. Die nächste Etappe wird Sevilla sein im kommenden Juni, mit einem „Internationalen Marsch des sozialen Widerstands", der eine Woche lang durch Andalusien ziehen wird.

Wie beurteilst du die anderen Kräfte in der Antiglobalisierungsbewegung: Welchen fühlst du dich näher verbunden, welche beurteilst du eher kritisch? Wie stehst du beispielsweise zu den Gewerkschaften, zu militanten Gruppen, zu den NGOs, zu den in der Bewegung aktiven linken Parteien? Welche Rolle hätte eine ausdrücklich linke Tendenz in der Gesamtbewegung zu spielen?

Zwei Spannungslinien ziehen sich durch die Bewegung, manchmal verbunden, manchmal sich widersprechend, aber noch nicht in aller Klarheit hervortretend. Ich würde sagen, die erste Linie ist neo-sozialdemokratisch. Sie möchte das kapitalistische System korrigieren, besser regulieren, humanisieren. Ihr Projekt könnte das einer Weltregierung sein, die mehr oder weniger sozial, ökologisch und demokratisch unterfüttert ist, ohne die Grundlagen des Kapitalismus in Frage zu stellen. Ich glaube, ein großer Teil der offiziellen Verlautbarungen aus Porto Alegre geht in diese Richtung, auch viele Vorschläge, die aus Attac Frankreich kommen. Die zweite Linie sucht die Globalisierung und Koordination der sozialen Bewegungen, der Widerstandskämpfe und der Projekte, die eine Alternative zum Neoliberalismus wollen. Auf dieser Seite spürt man eine starke libertäre und antiautoritäre „Massen"stimmung, eine Lust, anders zu leben und zu kämpfen, Dynamiken der Selbstverwaltung und der Basisorganisation, einen horizontalen Ansatz, die Arbeit im Netzwerk. Die Vorbereitung des Gegengipfels in Barcelona im März war stark von dieser zweiten Linie geprägt, und die Demonstration hat auch nicht verborgen, worum es ihr ging und auf die Empfindlichkeiten der Neo-Sozialdemokraten wenig Rücksicht genommen. Das Thema des größten Teils der 400.000 DemonstrantInnen war schlicht: „Gegen das Europa des Kapitals". Das Projekt dieses zweiten Ansatzes, in dem ich mich wiederfinde, könnte mittelfristig eine weltweite Gegenmacht der sozialen Klassen, Minderheiten und dominierten Völker sein, eine Gegenmacht, die der kapitalistischen Weltordnung widersteht und an einer gesellschaftlichen Alternative arbeitet. Ich habe die beiden Linien jetzt vereinfacht dargestellt; in Wirklichkeit gibt es nicht immer zwei getrennte „Lager" und man muss sich vor Sektierertum hüten. Ich glaube aber, dass die subjektiven und objektiven Bedingungen Raum bieten für die Wiederbelebung einer Neo-Sozialdemokratie auf Massenebene, die dem Kapitalismus einen neuen weltweiten institutionalisierten Kompromiss vorschlägt, und dass es gleichzeitig Platz geben wird für subversive Massenkämpfe, die sich auf neue, internationalisierte Formen von Klassenkonflikten stützen werden. Neu ist, dass die sozialen Bewegungen Träger auch einer politischen



Dimension sind, wenn man den Begriff "politisch" hier nicht zu eng fasst. Nach dem Scheitern des autoritären Kommunismus und der Sozialdemokratie (als ein Projekt, das den Kapitalismus auf dem institutionellen Weg reformieren wollte) zeichnet sich ein drittes Projekt ab, gegründet auf die autonome Aktion der sozialen Bewegungen. Dieser Weg bietet sozialen AktivistInnen eine aktive und unmittelbare Rolle von der Basis her. Die autoritären und sozialdemokratischen Modelle der Vermittlung zwischen Partei und Bewegung sind in der Krise, und das schafft mehr und mehr Spielraum für Politiken der Autonomie, der Basisdemokratie, der nicht-hierarchischen Vernetzung und der Ausarbeitung partieller und globaler Alternativen zum Kapitalismus. Die Entwicklung des Kampfs gegen die kapitalistische Globalisierung bietet die Chance zu einer Sicht der Dinge, die die traditionellen Parteien und ihre Verstrickungen in die staatlichen Institutionen auf den zweiten Platz verweist.

Was hat sich nach Genua und dann nach dem 11.9. verändert?

Der 11. September wird vor allem von den Herrschenden, angefangen bei den USA, als eine Zäsur dargestellt. Er war ein Vorwand und hat vieles erhellt, aber es ist nicht sicher, dass dieses Datum allein den Übergang zu einer anderen historischen Phase markieren kann. Auch Genua hat enorme Emotionen freigesetzt wegen der barbarischen Rolle der Polizei, aber solche Brutalitäten hatten sich bereits in Göteborg angekündigt. Es ist vor allem die enorme Mobilisierung in Barcelona, die einen neuen Anlauf und eine neue Phase der Mobilisierung anzeigt. Die Bewegung ist so stark wie nie, so jung wie nie, so offen und innovativ wie nie! Stoff genug zum Nachdenken, in Europa und in der Welt.

Wie siehst du die Zukunft der Antiglobalisierungsbewegung? Was ist mittelfristig ihre größte Chance, was ihre größte Gefahr?

Ihre größte Chance wäre, dass sich die weltweiten Proteste gegen den Kapitalismus in eine Internationalisierung der sozialen Kämpfe umsetzen. Dass das Bedürfnis nach einem solidarischen Leben, das die Jugend ausdrückt, sich mit den Kämpfen der Erwerbslosen, der abhängig Beschäftigten und der „ohne" verbindet. Und dass daraus sukzessive ein neues Gesellschaftsprojekt entsteht, das von den sozialen Bewegungen auf der ganzen Welt getragen wird. Warum sollte es nicht einen internationalen Generalstreik geben? Wann machen wir einen Weltmarsch für eine Umverteilung des Reichtums? Die größte Gefahr lauert in der Vereinnahmung durch die eine oder andere Variante der Sozialdemokratie, die die Revolte kanalisiert, sie erstickt, sie gegen die Polizeispaliere laufen lässt und in den bestehenden Institutionen wieder einfängt.

Patrice Spadoni
ist 48 Jahre alt. Früher bei der Post, arbeitet er heute in prekärer Stellung als Techniker der Audiovision. Er ist Mitglied des Sekretariats der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Ausgrenzung, hat die französische Erwerbslosenbewegung Agir ensemble contre le chômage (AC!) mitbegründet und gehört ihrer syndikalistischen und libertären Strömung an.

Übersetzung: Angela Klein

etienne beschuldigt charles, die marquise ermordet zu haben +++ als etienne in charles' badezimmer ein blutiges handtuch findet +++ glaubt charles +++ der sich an nichts erinnert +++ die marquise in geistiger umnachtung getötet zu haben +++

world wide left

Die These Toni Negris und Michael Hardts, dass die Welt nicht weniger sondern mehr Globalisierung braucht, gilt auf alle Fälle – für die Linke. *Fantômas* will hier Abhilfe schaffen: Was, worüber und wie diskutieren Linke außerhalb Deutschlands? Was geht das Linke in Deutschland an? Die Autorin und der Autor dieses Textes, Heidi Grunebaum und Yazir Henri, besitzen zwar beide einen südafrikanischen Personalausweis. Als InhaberIn ihrer „identity cards" sind sie aber erst seit 1994 „gleichgestellt". Yazir wurde unter der Apartheid als „schwarz", Heidi als „weiß" identifiziert: ein Unterschied, der damals die Zugehörigkeit zu zwei getrennten Welten bedeutete (heute auch, aber anders). Heidi wurde zur Jüdin, Yazir zum Moslem gemacht. Beide leben in Kapstadt, arbeiten im Direct Action Centre for Peace and Memory (DACPM) und schreiben gemeinsam Texte. Über die Apartheid, über den Holocaust. Die Idee für diesen Text entstand in Frankfurt, während einer Veranstaltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt, an der Yazir eher zufällig teilnahm. Im Saal wurde nicht nur der Sprache nach „deutsch" diskutiert; ein Freund übersetzte ins Englische. Dies ist die gemeinsame Antwort von Yazir und Heidi, nach Yazirs Rückkehr nach Kapstadt verfasst. In der *Fantômas*-Redaktion löste der Text Kontroversen aus. Strittig blieb die Konzentration auf die palästinensischen Opfer, die These einer Verbindung zwischen Holocaust, Apartheid und israelischem Militarismus und die Setzung der Kolonialgeschichte als umfassenden historischen Horizont auch des israelisch-palästinensischen Konflikts. Weil wir die Fragen, die der Text aufwirft, für wichtig halten, stellen wir ihn zur Diskussion.

Auf der Suche nach einer geteilten Menschlichkeit im Kampf für den Frieden

Identität und Gewalt. Heidi Grunebaum und Yazir Henri über Israel/Palästina, die „Furcht des Anderen" und die Notwendigkeit, sie anzuerkennen.

Die Eskalation im Krieg des israelischen Staates gegen die PalästinenserInnen spitzt sich krisenhaft zu. Immer dringlicher wird es, den moralischen Boden einer kollektiven politischen Aktion zu finden. So lange die PalästinenserInnen ihre Toten zählen, erfüllt von Trauer und Zorn über die Grausamkeiten, denen sie Tag für Tag unterworfen werden, so lange führen Israelis diesen Krieg gegen die Menschlichkeit auf Kosten ihrer Menschlichkeit. Sie löschen dabei die Hoffnung auf eine Gesellschaft aus, die auf die Anerkennung des Anderen gegründet wäre.

Wenn wir uns als AkteurInnen unserer Geschichte erkennen und zugleich erkennen, wie wir durch Geschichte geformt wurden, können wir uns die Macht aneignen, die Rollen anzuerkennen oder zurückzuweisen, die uns auferlegt werden. Im Widerspruch zu diesen Zuschreibungen können wir die Vision einer Welt gewinnen, in der wir menschliche Wesen wären, bevor wir Schwarze, Weiße, Braune, JüdInnen, Moslems oder ChristInnen zu sein hätten. In der Begegnung mit dem realen oder imaginären Anderen würde der Dialog in kollektiver Aktion zur Voraussetzung einer Gesellschaft, in der wir gerade dadurch zu Menschen werden, dass wir die uns aufgezwungenen Dichotomien und Identitäten herausfordern. Es gilt zu begreifen, dass die Sicherung identitärer Gruppenansprüche stets auf die Rationalisierung von Gewalt angewiesen ist und die Verdinglichung von Identitäten nur durch fortgesetzte Gewalt möglich wird.

Geister der Vergangenheit

Unsere Geschichte (story) spielt im heutigen Südafrika und handelt von der jüngsten Vergangenheit und der gewalterfüllten Gegenwart. In ihr sind unterschiedliche Geschichten (histories) der Grausamkeit, des Genozids und des Überlebens ineinander verwoben. Keine löscht die andere aus. In gegenseitigem Respekt erzählt, legen sie Zeugnis ab von der Unumgänglichkeit der Verantwortung und der Anerkennung. Sie eröffnen eine unaufhörliche Arbeit an der Vergangenheit – und an deren Geistern, die uns täglich begleiten. Wir kämpfen noch heute, acht Jahre nach den ersten freien Wahlen in Südafrika, mit dem Erbe von vierzig Jahren des Krieges. Wir fangen gerade erst an zu erahnen, bis zu welchem Ausmaß die Brutalität der Apartheid die Möglichkeit von Menschlichkeit zerstört hat. Dass sich sozial wie ökonomisch die Alltagswirklichkeit von Einzelnen und von Communities nicht verbessert hat, macht all das noch schlimmer. Wir wissen heute nur, dass die Truth and Reconciliation Commission (TRC, Kommission für Wahrheit und Versöhnung) nur die Oberfläche des Konflikts angekratzt hat. Als SüdafrikanerInnen versuchen wir noch immer, einen Frieden zu schaffen, der die Opfer des Krieges respektiert. Die Programme des Direct Action Centre for Peace and Memory (DACPM) wollen dazu beitragen, die Verwundungen durch die historische Erfahrung zu heilen.

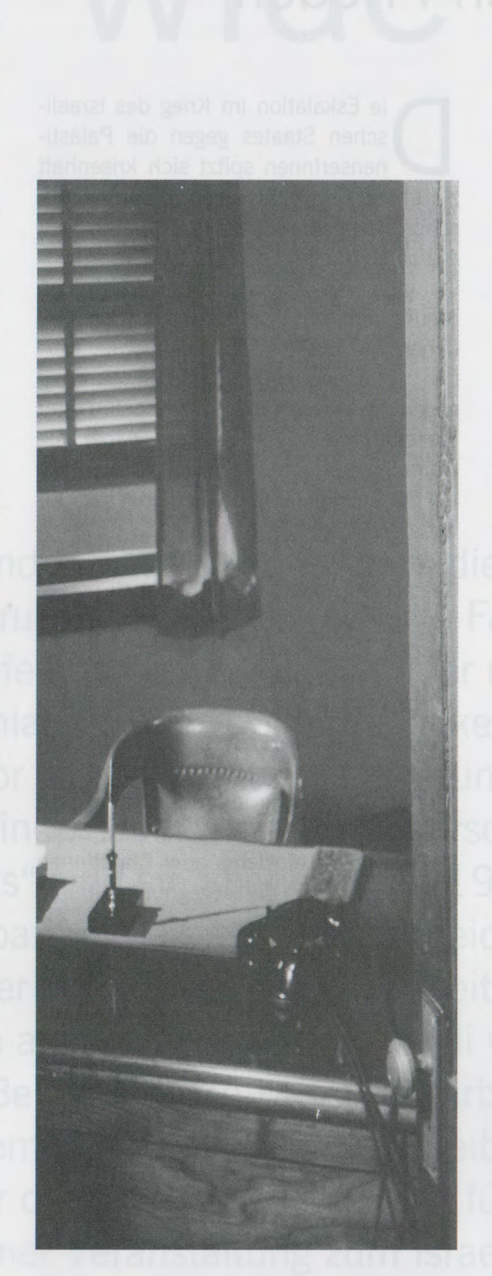
Personalien

Ich, Yazir, war Mitglied des Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation), der mit dem African National Congress (ANC) verbundenen Guerilla. 1997 gründete ich gemeinsam mit Leuten, die wie ich selbst erwerbslos und durch die Kriegserfahrung traumatisiert waren, ein Friedensprojekt in Kapstadt. Mit der Schaffung einer selbstständigen ökonomischen Basis eröffneten wir uns einen Prozess der Selbstheilung. Daraus ist heute das DACPM geworden, eine Organisation, die mir und anderen Überlebenden ermöglicht, unser Trauma durchzuarbeiten und Verantwortung für unsere Kriegserfahrungen zu übernehmen. 1996 sagte ich vor dem Human Rights Violations Committee der TRC aus. Das gab mir die Chance, die Erfahrung eines Jugendlichen im Befreiungskampf öffentlich zu machen. Die Geschichten von Krieg und Widerstand sind meiner Haut und meinem Gedächtnis tief eingeschrieben: Erinnerungen, die mir den Bruch mit dem Schweigen über die Geschichte der Unterwerfung, der Entwürdigung unter „weißer" Herrschaft bedeuten, in dem die Geschichte der vergangenen Generationen meiner Familie ausgelöscht wurde.

Ich, Heidi, bin Jüdin, „weiße" Südafrikanerin. Ich bin in dritter Generation Nachfahrin zweier Holocaust-Überlebender der einen und Nachfahrin eines Überlebenden der Pogrome von Traschkun in Litauen in der anderen Linie meiner Fami-

lie. Der Holocaust wurde mir zu dem Fenster, durch das hindurch ich die Vergangenheit Südafrikas wahrnehme und verstehe. Ich versuche eine Sprache zu finden für das Erbe einer jahrhundertelangen Geschichte systematischer, bürokratisierter Brutalität in Südafrika. Eine Sprache, die ich spreche und die zu mir spricht durch die Erfahrungen meiner Familie in Deutschland, in Litauen und in Südafrika, mit all den Ausweglosigkeiten und Widersprüchen, die das mit sich bringt. Auch mein politisches und soziales Bewusstsein fand seinen Ausdruck durch Zeugenschaft und Mitarbeit im Prozess der TRC. Ich lernte, mein „Weiß"-sein und mein Judentum in einer Weise anzuerkennen, die mich verpflichtete, die Verantwortung für meine Privilegien und meine ökonomische Absicherung in Südafrika zu übernehmen, für den „safe haven", den meine Familie gerade aufgrund ihres „Weiß"-seins hier fand, selbst auf der Flucht vor rassistischer Verfolgung. Die Verantwortung beispielsweise für die Art und Weise, in der meine jüdische Tagesschulen-Erziehung religiösen und politischen Zionismus und jüdische Sitten so vermengte, dass mir Israel und nicht Südafrika zur „wahren" Heimat wurde. So suche ich, dem allgegenwärtigen kollektiven Gefühl von Fragilität und Furcht zu entsprechen, die generationenübergreifend das Erbe des Überlebens des Holocaust sind.

Als leidenschaftliche FriedensaktivistInnen und MitarbeiterInnen des Direct Action Centre for Peace and Memory leben und arbeiten wir beide seit zwei Jahren in Kapstadt zusammen. Mit dem Beginn der zweiten Intifada im September 2000 warf die Gewalt des israelischen Staates zwischen uns Fragen auf, die uns stillschweigend voneinander entfernten.



Die Geschichte der Anderen

Diese Fragen warfen uns auf unser vergangenes Leben zurück und erschütterten, was wir zu sein glaubten. Sie verwiesen uns zugleich auf die tägliche Gewalt in Kapstadt, die Gewalt der strukturellen Ungleichheit und der fortdauernden Verweigerung der Menschenwürde für die Mehrheit seiner BewohnerInnen. Das Schweigen zwischen uns drohte langsam den Boden zu untergraben, den wir uns geschaffen hatten. Der islamischen und der jüdischen Community Südafrikas entstammend, beugten unsere so unterschiedlichen Geschichten uns nieder – die Unterschiede im Verhältnis zu den sozioökonomischen und politischen Realitäten der Vergangenheit, der Unterschied, einerseits in der privilegierten „weißen", andererseits in der unterdrückten „schwarzen" Community aufgewachsen zu sein.

Um weiter miteinander leben und arbeiten zu können, mussten wir uns dem palästinensisch-israelischen Konflikt in einer Weise konfrontieren, die unserem politischen Engagement Sinn verleihen konnte. Der Anlass, der uns zum Dialog zwang, war die Eskalation der Selbstmordattentate. CNN und Al Jazeera zeigten uns das ganze Ausmaß der Hoffnungslosigkeit der palästinensischen Jugend, die ihren Ausdruck in Anschlägen fand, in denen sich junge Palästinenser in die Luft sprengten, um der israelischen Gesellschaft extreme Verluste beizubringen.

Durch meine familiäre Erfahrung anerkannte ich, Heidi, stets das souveräne Existenzrecht des israelischen Staates in den Grenzen von 1967. Ausgehend vom Grundrecht der JüdInnen in Israel zu leben, war ich unfähig, die Motivationen palästinensischer Selbstmordattentäter zu verstehen. Gerade deshalb aber stellten die Anschläge meine jüdische Identität in Frage. Der Zweifel ließ mich erkennen, wie sich meine Identität einer Erziehung verdankte, die programmatisch der zionistischen Ideologie verbunden war. Ihr bis dahin für mich unsichtbarer Einfluss hatte meine Position zum israelisch-palästinensischen Konflikt und mein Unverständnis den jungen Leuten gegenüber bestimmt, die bereit waren, sich in die Luft zu sprengen. Zehn Jahre hatte ich die Geschichte des Holocaust und ihre Folgen für meine Familie studiert. Im Zusammenhang der TRC hatte ich die letzten Jahre über den Begriff der „weißen" Herrschaft gearbeitet und mich unablässig gefragt, wer und was im Kontext ihrer Grausamkeit einE „BürgerIn" (citizen) ist. Obwohl ich die Verzweiflung der jungen Leute verstand, die hier der Brutalität der Apartheid ausgeliefert waren, nahm ich die Verbindungen nicht wahr, die zwischen dem Holocaust und der Apartheid einerseits und dem Militarismus und der Form herrschaftlichen Denkens und Handelns in der israelischen Gesellschaft andererseits bestehen.

Als „schwarzer" Moslem, der im Namen und in Vertretung in Gefangenschaft geratener und ermordeter GenossInnen selbst die Waffe gegen den Staat erhoben hatte, identifizierte ich, Yazir, mich vollständig mit den jungen Palästinensern. Ihre Erfahrungen von Besatzung und Zwangsumsiedlung, vom systematischen Ausschluss von jeder Möglichkeit eines einfachen menschlichen Lebens waren und sind mir zutiefst vertraut. Zwischen meinem fünfzehnten und einundzwanzigsten Lebensjahr habe ich an zwei Kriegen,

dem in Angola und dem in Südafrika, teilgenommen. In den Augen der jungen Palästinenser erkannte ich mich als jemand wieder, der im Angesicht der Brutalität selbst zur Bombe geworden war, bereit, für die Befreiung Südafrikas zu töten und getötet zu werden. Ich empfand den menschlichen Verlust, den jedes Selbstmordattentat bedeutet, zuerst von der palästinensischen Seite her. Was hat diese jungen Menschen dazu gebracht, sich in so grauenvoller Weise zu töten? Ich denke, wer sich einem solchen Extrem aussetzt, muss mit einer Situation konfrontiert sein, die nicht weniger extrem sein kann.

Unser Kampf mit diesen Fragen brachte jeden von uns in Konfrontation mit sich und brachte uns miteinander in Konfrontation. Wir mussten jeweils im Anderen die Menschlichkeit der eigenen Geschichte erfahren und dabei lernen, sorgfältig und respektvoll auf die Geschichte der Anderen zu hören. Wir mussten begreifen, wie diese Geschichten unser Verständnis des israelisch-palästinensischen Konflikts vorbestimmt hatten. Nur „zwischen" uns, außerhalb der eigenen, zunächst unbewussten Grundüberzeugungen, konnten wir den Boden finden, auf dem wir theoretisch und praktisch zum Dialog fähig wurden, zu einem gemeinsamen Leben inmitten einer fortdauernden Realität der Gewalt und des Hasses. In der Folge veränderte sich unser Verständnis der israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete ebenso wie das Verständnis für die Geschichte des Holocaust in Deutschland und seiner Konsequenzen für die moderne jüdische Identität. Nur die Anerkennung der Furcht des Anderen kann die Öffnung auf seine Erfahrung erwirken.

Preis des Friedens

Im Kontext Kapstadts ist das von zentraler Bedeutung. Hier leben starke islamische und jüdische Communities, die ihrer Herkunft täglich Ausdruck verleihen – auf der



Straße ebenso wie am Arbeitsplatz und in den weiteren sozialen Beziehungen. Es gibt eine starke Unterstützung für den palästinensischen Kampf und eine starke Unterstützung für den israelischen Staat. Die verhärteten Extreme der entgegengesetzten Positionen drohen, ein gemeinsames Leben und Arbeiten unmöglich zu machen. Wir sind herausgefordert, je in unseren Communities aktiv den Boden zu bereiten für den Fortgang des Friedensprozesses.

Als Jüdin deutscher Herkunft und als Moslem aus dem ehemals bewaffneten Widerstand fragen wir nach unserer Verantwortung für den Frieden und den Dialog hier und in Israel/Palästina und erkennen uns als moralisch verpflichtet, den Krieg zu beenden und eine menschliche Umwelt zu schaffen, bevor es zu spät ist. Die deutsche Verantwortung für den Konflikt ist von äußerster Wichtigkeit. Die Übernahme der Verantwortung für die eigene genozidale Grausamkeit gegenüber den JüdInnen schließt die moralisch-politische Aktion angesichts der Handlungsweise des israelischen Staates gegen die PalästinenserInnen nicht aus. Im Gegenteil: Wie Theodor Adorno in Bezug auf die Aufarbeitung (im Orig. dt.) der Vergangenheit herausgestellt hat, kann die Übernahme der historischen Verantwortung zur Verleugnung der Geschichte führen, wenn sie einen Schlussstrich unter die fortwirkende Vergangenheit ziehen will – und zwar nicht nur im Neo-Nazismus, sondern inmitten der Demokratie: "Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären", schrieb er 1959, "nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein (des Krieges, d. Übers.) Bann nicht gebrochen" (1). Südafrika ist ein Beispiel dafür, dass Gewalt, Vergeltung und Gegen-Vergeltung letztlich zu nichts führen. Aber es ist auch ein Beispiel für die Notwendigkeit, den Boden zu bereiten für die Anerkennung dieser Vergangenheit. Die Gewalt, die verübt wird, wenn man die Vergangenheit leugnet oder relativiert, wird selbst zur Ursache fortdauernder Grausamkeit.

Im Dialog unserer Erfahrungen leben und arbeiten wir zusammen, als Jüdin und Moslem, als „Schwarzer" und „Weiße", als Nutznießerin und Überlebender, und als menschliche Wesen, die zu Südafrika gehören und zur Geschichte der Identifika-

tionen, die wir in Israel/Palästina teilen. Wir wissen darum in der Theorie, und wir müssen in der Praxis die Verantwortung für dieses Wissen übernehmen, im Kampf für Frieden und Menschlichkeit in Israel/Palästina und in Südafrika. Wir wissen beide, dass der Ruf für ein Ende der Gewalt das Recht der JüdInnen, frei von Verfolgung zu leben, nicht infrage stellen darf. Wir wissen auch, dass es ein Ende der Gewalt nur gibt, wenn das Recht der PalästinenserInnen auf Selbstachtung, Würde, Menschlichkeit und Staatlichkeit respektiert wird. Als Jüdin und Moslem wissen wir, dass es dabei nicht um religiöse Fragen geht: Wir verweigern uns allen Ablenkungsmanövern, die die Gewalt des Nahen Ostens in den Kontext religiöser oder ethnischer Konflikte einordnen wollen. Darüber darf es kein Missverständnis geben. Die kolonialen Wurzeln der israelischen Staatsgründung und die gewaltsamen Vertreibungen, die in ihrem Namen erfolgten, gehören der umfassenden Geschichte der Kolonisation und der Herrschaft an. Das stellt die israelisch-palästinensische Krise in die Verantwortung von uns allen, besonders in Europa und Amerika. Nach dem grauenvollen Genozid in Ruanda fragen die Menschen in Afrika noch immer, was dort geschehen ist und wer warum dafür verantwortlich war. Jede Grausamkeit der Geschichte fand solche, die schweigend daneben standen und zusahen. Ist es das, was wir wollen?

Heidi Grunebaum und Yazir Henri
Direct Action Centre for Peace and Memory, Kapstadt/Südafrika

Das Direct Action Centre for Peace and Memory entstand als Selbsthilfegruppe ehemaliger ANC-Guerilleros. Mit dem Geld, das sie durch alternative Stadtrundfahrten durch historische Orte der rassistischen Herrschaft und des Widerstands in Kapstadt verdienen, finanzieren die AktivistInnen des DACPM sich selbst und soziale Projekte im Rahmen ihres friedenspolitischen Engagements. Kontakt: wcat@iafrica.com.

Anmerkung:
(1) Theodor W. Adorno, Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit, Ges. Schriften Bd. 10.2, S. 572. Frankfurt, 1977.

„Organisation praktizieren!“

Keine Homogenität auf Krampf (trotzdem hohe Verbindlichkeit); radikal links (aber Bündnispolitik im Programm); gemeinsame Positionen finden (ohne sie zum Dogma zu erheben): FelS („für eine linke Strömung“) aus Berlin im Interview mit Fantômas.

FelS existiert seit 1991, arbeitet in mehreren Arbeitsgruppen an verschiedenen Themen und Projekten (AG Antifaschismus/Antirassismus, AG Internationale Solidarität, Sozial-AG und Arranca!), gibt seit 1993 die Zeitschrift Arranca! heraus, organisiert einen Stadtteilladen in Berlin-Friedrichshain und beteiligt sich immer wieder an verschiedenen regionalen/lokalen und bundesweiten Bündnissen.
Kontakt: FelS ,c/o Schwarze Risse Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
FelS-Homepage:
Arranca!-Homepage:
E-Mail:
Wir haben eine Mailingliste eingerichtet, über die wir aktuelle Informationen verschicken.
Mailingliste „fels-1@mail.nadir.org“

Was haltet ihr von folgendem historischen felS-Zitat: „Linksradikale Politik sollte sich stärker daran ausrichten, was – angesichts der Kräfteverhältnisse – realistischerweise durchsetzbar ist“?

Clara: Sich nur noch daran zu messen, was realistisch ist, kann auch als Entschuldigung fürs eigene Zurückstecken dienen – wie bei den Grünen zum Beispiel. Auf der anderen Seite müssen gerade auch Gruppen wie felS wissen, auf welchem Terrain sie sich bewegen und dürfen die Wirkung der eigenen Politik nicht überschätzen. Deshalb steht dieses Zitat auch für eine kritische Selbstreflexion.

Sol: Guckt man sich die Entstehungsgeschichte von felS im Kontext autonomer Bewegung an, dann steht das Zitat für eine richtige Kritik. Es ist beides wichtig: Bündnisfähigkeit zu erhalten und radikale und fundamentale Kritik nicht aufzugeben. Weil die kleinen Veränderungen eben nicht das Ziel sind. Sie schaffen allenfalls die Grundlage für weitere Kämpfe. Aber man muss Leuten auch was anbieten, wenn man will, dass sie sich organisieren, und das sind in der Regel kleine Sachen.

Wie geht felS in realen Kämpfen mit klein-klein-Forderungen um?

Clara: Unser Umgang mit ATTAC nach Genua z.B. – da gibt es durchaus unterschiedliche Positionen in felS. Denn einerseits hat ATTAC insofern eine Berechtigung, weil ATTAC Möglichkeiten der Politisierung eröffnet, andererseits muss man sie kritisieren, weil sie bei dieser klein-klein-Politik bleiben wollen.

Wenn ATTAC jetzt nicht die Tobin-Steuer, sondern die Gesundheits- und Rentenreform in den Vordergrund stellt, was dann?

Clara: Da muss man von Fall zu Fall entscheiden, wie man das macht. Im Prinzip finde ich es richtig, solche Punkte aufzugreifen. Aber es ist nicht einfach. Paradebeispiel: die Auseinandersetzung um das Bündnis für Arbeit und unsere Demo in Berlin dagegen. Da steht man ein bisschen hilflos da, weil man nur rudimentäre Kontakte zu Gewerkschafts-Linken hat und weil wir uns im Alltag nicht in einen solchen Feld bewegen.

Hat felS ein gesellschaftliches Alternativmodell?

Sol: Nicht am Reißbrett. Aber felS versteht sich als Teil der Kräfte, die ein solches Alternativmodell entwickeln. Konkret schlägt sich das in unseren Auseinandersetzungen in der Organisationsdebatte, zum Sozialbündnis, Existenzgeldkongress und ähnlichem nieder. Bloß ist da vieles gescheitert. Es gibt zwar immer noch das Wissen um die Notwendigkeit bundesweiter Organisierung, gleichzeitig wird aber keinerlei Arbeit reingesteckt. Denn wir haben die Erfahrung gemacht, dass das außerhalb jeglicher Bewegungskontexte nicht funktioniert: Da butterst du Arbeit rein, ohne dass ein entsprechendes Output rauskommt.

Clara: Beides zu leisten, also festhalten an der politischen Praxis und gleichzeitig eine größere Debatte über ein Gesellschaftsmodell zu führen, ist oft gar nicht möglich. Da hat sich im Vergleich zu den 80ern viel verschoben: der Zwang, noch mehr darauf zu achten, wie ziehe ich mein Studium durch, wie verdiene ich mein Geld. Es gab mal mehr Spiel, sich Politik als tagtägliches Geschäft zu widmen. Ein Phänomen von felS ist, dass alle versuchen, auf allen möglichen Hochzeiten zu tanzen. Nebenbei dann noch den eigenen Theorie-Background zu schärfen, ist schwierig. Aber einen Begriff davon, wie ein anderes Gesellschaftsmodell aussehen könnte, kann eben auch in konkreten Kämpfen und Erfahrungen entwickelt werden.

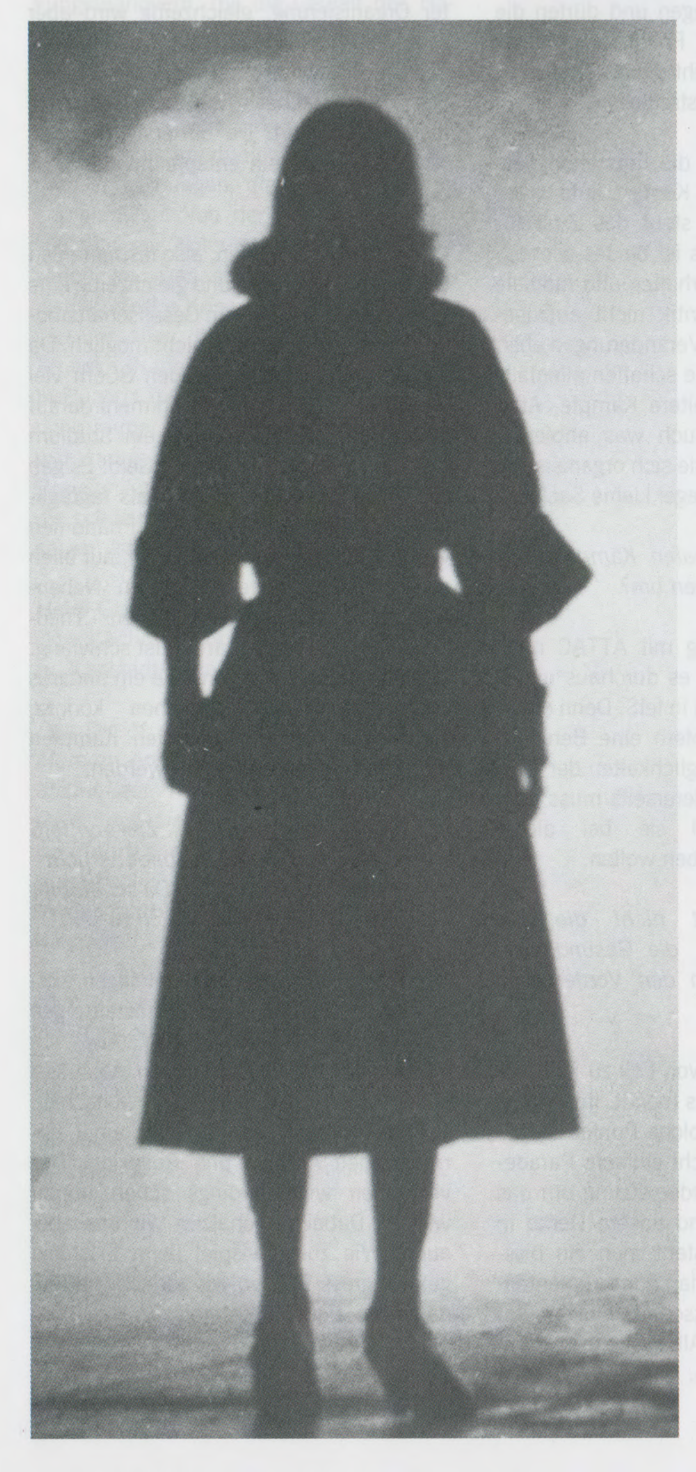
In früheren Texten heißt es, Ziel von felS sei es, eine Form theoriegebildeter politischer Arbeit zu entwickeln. Da scheint ihr inzwischen relativ weit weg von zu sein …

Sol: Nein, das würde ich nicht sagen. Diskussionen, Seminare und Veranstaltungen organisieren wir jede Menge. Aber ich würde mir das alles natürlich noch viel kollektiver und strategischer wünschen. Politische Praxis als Resultat einer gemeinsamen Analyse und Reflexion: Das versuchen wir allerdings schon immer wieder. Dabei verschätzen wir uns aber auch. Wie zum Beispiel beim Existenzgeldkongress 99, wo wir gedacht hatten, das wäre eine Möglichkeit, was zu bündeln, Leute zusammenzukriegen aus unterschiedlichen Bereichen – und es war halt nicht so. Ich würde sagen, es kommt

drauf an, wie hoch man diese Ansprüche hängt.

Wo sind Grenzen eures Organisationsverständnisses? Man sagt auch, international seid ihr gut „drin", nur in der Bundesrepublik nicht...

Sol: Es gibt ja auch nichts mehr, wo wir hier drin sein könnten! Was nicht heißt, dass es nicht in vielen Städten gute und rege Gruppen gibt. Und mit denen gibt es auch Austausch: Göttingen, Frankfurt, Bremen... Das als formale Struktur zu institutionalisieren, ist zur Zeit aber nicht drin.



Juli: Ein Problem ist auch, dass es eine Unzahl von kleinen Gruppen mit immer kleiner werdenden thematischen Bezügen gibt, so dass es immer schwieriger wird, noch gemeinsame Überschneidungspunkte zu finden.

Clara: Ein Problem ist tatsächlich, dass Theorie und Praxis imer noch als getrennte Felder gedacht werden. Bei der „antideutschen Debatte", wo ich vieles für richtig gehalten habe, zum Beispiel die Kritik am Antisemitismus in der Linken, ist trotzdem das Problem dagewesen, dass man sich angesichts dieser „deutschen Zustände" auf radikale Kritik zurückgezogen hat. Damit gibt man sich einer völligen Perspektivlosigkeit anheim. Teilweise verständlich. So hat sich auch nach dem 11.9. in der „Genua-Linken" eine Depression breitgemacht, die alles, was da vorher an Optimismus war, zunichte gemacht hat.

Alles?

Clara: Jedenfalls viel! Zum Beispiel Bündnis gegen Arbeit. Wir haben versucht, fernab von einem linksgewerkschaftlichen Bündnis Leute und Gruppen zu mobilisieren – es war ein Desaster.

Wie kam es denn, dass diese Mobilisierung scheiterte?

Clara: Einige Gruppen kamen gar nicht. Von denen, die da waren, wollte eine Fraktion ausschließlich Gewerkschaftsbashing (klatschen) betreiben, nach dem Motto, Gewerkschafter sind die Bullen im Betrieb. Dann kann man es natürlich auch gleich bleiben lassen.

Sol: Die Idee war nach Genua, ob man nicht ein soziales Forum in Berlin organisieren kann. Als Testballon haben wir erst mal einen Ratschlag organisiert, breit aber gezielt Gruppen eingeladen und einen Tag lang in verschiedenen Arbeitsgruppen diskutiert. Es waren an diesem Tag so ungefähr 60-80 Leute da. Unsere Idee war dann eben, das Ganze langfristig in ein Social Forum Berlin zu überführen. Das war dann wie weggeblasen, nicht nur wegen dem 11.9., sondern weil hierzulande einfach immer eher nach Abgrenzungen als nach möglichen Gemeinsamkeiten geguckt wird, sobald mehr als zwei, drei Gruppen an einen Tisch sitzen.

Stichwort: Neukonstituierung der Linken im letzten Jahrzehnt. Ihr wolltet einen Beitrag dazu leisten.

***Sol:** Damals dachten wir, die Mauer ist gefallen, jetzt hat sich alles geändert. Viele Leute stellen sich jetzt ähnliche Fragen. Das könnte auch heißen, das sie zu ähnlichen Antworten kommen. Die meisten waren aber eher auf der Linie: Jetzt die Reihen fest geschlossen und die Fahnen hoch. Das war überhaupt nicht unser Ding. Das Problem war, dass die Leute mit einem eher undogmatischen Ansatz sich nicht organisieren wollten und dass die, die sich organisieren wollten, nicht für einen undogmatischen Ansatz standen. Dennoch: Andere Formen von politischer Arbeit und von Außendarstellung zu finden, das war ein Bedürfnis in der Linken, das einfach da war. Und davon sind wir ein Ausdruck. Allein die Tatsache, dass wir von jedem Treffen ein Protokoll geschrieben haben, hat uns in autonomen Kreisen damals den Ruf eingebracht, wir seien Leninisten. Heute schreibt auch das Bauwagenplenum Protokolle.*

Wie kommt mensch zu felS?

Sol: Vor vier, fünf Jahren kamen Leute zu felS, weil sie felS-Positionen in *arranca!* gelesen oder woanders mitbekommen hatten. Neue Leute waren relativ schnell integriert. Mittlerweile kommen die Leute, weil felS eine der wenigen überhaupt existierenden offenen Gruppen ist. Oft gelingt dann die Vermittlung von Positionen nicht, so dass Diskussionen wiederum aufreibend werden, weil die gemeinsame Grundlage fehlt.

Clara und Juli sind 1998 dazugekommen. Ist das Zufall oder gab es da einen Einschnitt in der Geschichte von felS?

Sol: In der antideutschen Frage gab es einen Einschnitt. In der Antifa-AG hatte sich ein antideutscher Nukleus herausgebildet. Die Widersprüche wurden so massiv, dass wir dann die AGs aufgelöst und im Gesamtzusammenhang diskutiert haben. Das war schon ein richtiger Bruch. Diejenigen, die ein streng antideutsche Position vertreten haben, sind schließlich alle rausgegangen.

Clara: Das hatte auch damit zu tun, dass die Antifa-AG hautpsächlich auf Antinazi-Politik ausgerichtet war, also sehr stark ihr eigenes Ding durchgezogen hat, und das hat in der Gesamtgruppe keinen rechten Widerhall gefunden.

Juli: Konkret war es bei mir so: Ich bin nach Berlin gezogen, hab gesehen, dass es da eine Kultur-AG gibt und weil ich vorher schon was mit Kultur gemacht hab...

Und da war auch gleich Raum in der Gruppe?

Juli: Ja. Es hat eigentlich kein Problem gegeben. Vielleicht ist es für Frauen auch einfacher, in solche Gruppen reinzukommen, aber generell denken die Gruppen von sich, immer eine gute integrative Kraft zu sein... (Gelächter) Bei der Kultur-AG war das Problem, dass es nicht gelang, eine Differenz von Positionen zu überwinden: zwischen einer marxistische Auffassung von Kultur im Gramscianischen Sinne einerseits und einem Kulturverständnis, das vorrangig auf die Frage der Repräsentation durch Bilder zielt. Das war auch eine Differenz zwischen einer eher theorielastigen Fraktion und einer, die Kultur mehr funktional verstanden hat, also eher Parties machen und über Partyöffentlichkeit Leute erreichen wollte. Dann gab es Streitigkeiten über die Bedeutung von „Kulturkampf" als politische Größe, allerdings ohne, dass wir zu einer Einigung gekommen wären. Anspruch war, das Feld von Kulturpolitik klar zu kriegen, aber das hat halt nicht funktioniert.

Wie geht ihr mit Hierarchien um?

Juli: Darüber gab es lange Diskussionen. Ein Problem sind Wissenshierarchien. Wir haben versucht, das über Seminare zu lösen, als verbindliche Angelegenheit für alle, was auch ein bisschen was Unangenehmes hatte. Ist halt auch gescheitert.

Und Hierarchien zwischen Männern und Frauen?

Clara: Klar, diese Konflikte haben wir auch. Hat mit Raum-nehmen zu tun. Wenn man sich auf den Plena anguckt, welche Personen was für Redebeiträge liefern. Frauen beschäftigen sich eher mit Organisation, Redeverhalten und so, Männer gehen auf die inhaltlichen Punkte ein...

Sol: Na ja, es gibt auch andere Beispiele!

Clara: Klar, Ausnahmen gibt es immer...

Sol: Lösen kann man das nicht, Macht kann man nicht abschaffen, nur transparent machen und andere Strukturen schaffen, Angebote entwickeln... Wenn du Leute hast, die zwischen 20 und 38 Jahre alt sind und zwischen 2 und 20 Jahren Politikerfahrung haben – das kannst du nicht aufheben. Ein bisschen kann man das durch die Struktur AGs/Gesamtplenum auffangen: Jemand, der im Plenum wichtig ist, ist gleichzeitig aber nur in einer von vier AGs wichtig.

Wann macht ihr noch nach außen gerichtete Politik?

Juli: Das hängt ja von der Arbeit der jeweiligen AG ab.

Sol: Mitte letzten Jahres sind wir ziemlich angewachsen, jetzt sind wir wieder etwas weniger. Die, die rausgehen, sind meistens Leute, die nicht eine bewusste politische Entscheidung getroffen haben, zu felS zu kommen.

Clara: Das hat natürlich auch mit Lebensabschnitten zu tun. Wenn Leute in einem Beruf drin sind, der sie total beschäftigt oder Kinder kriegen – zwei Leute bei felS haben jetzt zusammen Kinder und da ist klar, dass das schwer zu machen ist. Da fängt die Gruppe manches auch nicht auf.

Ein Problem der radikalen Linken überhaupt: dass sie immer auf Leute zielt, die ohne richtig feste Verpflichtungen sind...

Clara. Ja, obwohl, da hat sich auch viel verändert. Bei mir und auch bei anderen merke ich, dass der Alltag sowieso schon – fernab von felS – total vollgepackt ist.

Sol: Ich glaub schon, dass wir – auch im Vergleich zur autonomen Linken - einiges dadurch auffangen können, weil unsere Arbeit relativ klar strukturiert ist: Du fällst nicht raus, bloß weil du nicht bis zwei Uhr beim Plenum sitzt. Denn es gibt kein Zwei-Uhr-Plenum.

Aber die entscheidenden Treffen finden bei euch doch auch hinterher in der Kneipe statt, oder?

Sol: Nein. Nur auf dem Plenum.

Clara: Wirklich! Das hat erstaunlich abgenommen, dieses in Kneipen-rumhängen. Kann man sich zeitlich nicht mehr leisten... Das zeichnet felS auch aus, dass es nicht so inzestuöse Strukturen sind, wie ich das sonst kenne, wo sich dann nur noch über persönlichen Scheiß gestritten wird, und man außerhalb von Politik auch noch die ganze restliche Freizeit gemeinsam verbringt.

Wie verbindlich sind Beschlüsse?

Sol: Eigentlich schon ...

Alle: (Gelächter)

Oder gibt's keine?

Sol: Doch, es gibt Beschlüsse am laufenden Meter ...

Juli: Verbindlich für lange Zeit sind strukturelle Beschlüsse. Zum Beispiel wenn das Plenum umverlegt werden soll: Das funktioniert nicht. Inhaltlich gibt es mehr Schwankungen. Da geht es oft darum, dass Diskussionen abreißen oder Themenfelder sich auflösen. Das fand ich am Anfang ein bisschen anstrengend.

Sol: Es ist aber nicht so, dass wir heute einen Anti-Kriegs-Beschluss fassen und den Krieg morgen unterstützen. Krasse Wechsel gibt es nicht. Und über die Jahre hat sich schon eine gewisse Homogenisierung vollzogen.

Juli: Es gibt ein paar inhaltliche Positionen, die sich nicht ändern ...

Sol: ... Antirassismus als Schwerpunkt, dann dieser Versuch, immer Bündnisse außerhalb der radikalen Linken anzustreben, internationalistische Ausrichtung, antikapitalistische Kritik ...

Juli: ... aber die andere Ebene, wie man sein jeweils aktuelles Politikfeld gestaltet, da kommt es natürlich zu Veränderungen.

Ich zitiere Euch nochmal: „Falls Delegierte gemeinsame Positionen Verabschieden, und Aktivitäten ausmachen, haben auch alle Gruppen diese Linie nach außen zu vertreten." Das ist ja schon fast eine leninistische Position ...

Clara: Ja, ja, Anspruch und Wirklichkeit.

Also Anspruch ja?

Clara: Es gibt einen Anspruch, dass den Leuten klar sein muss, es ist ein Gesamtprojekt. Wenn man mitbestimmen möchte, in welche Richtung es geht, dann hat man auch eine Verpflichtung, an dem Diskussionsprozess teilzunehmen. Trotzdem werden wir natürlich niemanden dafür steinigen, wenn er in einer öffentlichen Diskussion mal Sachen anders sagt, als wir sie inhaltlich festgeklopft haben. FelS ist nun einmal auch eine Gruppe, die sich aus Leuten mit unterschiedlichem Background zusammensetzt. Und da kann man keine Homogenität erzwingen.

Steinigen ist ja auch gesamtgesellschaftlich abgeschafft. Widersprüche treten trotzdem auf. Wie geht ihr damit um? Gibt es so etwas wie Fraktionsrecht?

Clara: Ja, das gibt es. Aber es kommt selten zu Fällen, wo Fraktionen als Fraktionen lange bestehen. Bei einer arranca!, wo ein Artikel zum Nahost-Konflikt drin war, vor drei oder vier Ausgaben, war in meiner AG jemand, der gesagt hat, so wie der Artikel da drin steht, trage ich den nicht mit. Im Plenum wurde der Artikel diskutiert. Letztlich ist er mit kleinen Veränderungen doch reingekommen. Aber der Kritiker wurde nicht gezwungen, das mitzutragen, sondern hat sehr deutlich vertreten, auch nach außen, dass das nicht seine Position ist.

Sol: Es geht schon darum, ein Bewusstsein für die kollektive Struktur von felS zu entwickeln. Zum Beispiel auf diesen unzähligen Treffen, die es zur Vorbereitung des 1. Mai in Berlin gab, haben die Leute von uns lange nichts dazu gesagt und auch nicht mit abgestimmt, weil es halt von felS noch keine Position gab zu diesem Thema. Man muss unterscheiden können zwischen der eigenen Position und dem, was man repräsentiert. Es gab in der felS-Geschichte zwei Fälle, wo wir Leuten gesagt haben, sie können nicht mehr als felS-Delegierte auf Bündnistreffen gehen, weil sie sehr weitgehende Zusagen gemacht hatten, die nicht vorher abgesprochen waren.

Also nicht Ausschluss ...

Sol: Doch, Spitzel haben wir mal ausgeschlossen ...

Wie stark seid ihr mit diesem Problem konfrontiert?

Clara: Wer weiß das ...?

Thematisiert ihr das?

Juli: Periodisch, in letzter Zeit nicht so sehr ...

Sol: Es ging immer darum, einen Umgang damit zu haben, aber nicht in Hysterie zu verfallen. Wir sind eine legale politische Gruppe, wenn auch nicht legalistisch, aber der Rahmen von unserer politischen Arbeit ist erstmal so abgesteckt, dass wir über die Sachen schon reden können. Ich bin ohnehin davon überzeugt, dass kein Spitzel die Revolution aufhält. Von daher sollte man ein realistisches Verhältnis davon haben, was man wo wie erzählt, sich aber nicht von Panik einfangen lassen. Aber wir haben uns in der Vergangenheit schon auch von Leuten getrennt.

Sucht ihr nach Wahrheit?

Clara. Wir leben eigentlich eher mit der Ambivalenz. Es gibt Ideen, Versuche, Grundzüge, auf die man sich bezieht, aber was total klar ist – in einer undogmatischen Linken – kann es nicht *eine* Wahrheit geben, die wir als felS vertreten. Allerdings: *Dass* man gesellschaftliche Veränderungen anstreben muss, ist schon eine Wahrheit, auf der wir tatsächlich bestehen.

Sol: Aber wenn wir irgendwelche Ansätze entwickelt haben, vertreten wir das schon mit ziemlicher Vehemenz. Weil wir auch überzeugen wollen. Was uns zum Glück nie davor bewahrt hat, vielleicht sechs Monate später festzustellen, dass es so doch nix war.

Welche Zukunft hat felS?

Clara: Eine glühende, bombastische Zukunft in einer neu erschaffenen Welt... nee, ich glaube, dass diese Gruppe es schaffen wird, eine Kontinuität aufrechtzuerhalten, während andere Gruppen schon längst wieder eingegangen sind an ihren Widersprüchen. Es ist eine Gruppe, die viel bietet, weil sie einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch hat. Was ich hoffe, ist, dass es mehr zu einer Orientierung nach außen, zu mehr Interventionen in konkrete Kämpfe kommt.

Sol: Was uns gelungen ist: Kontinuität zu garantieren. Am Anfang musste man jeden Urlaub abstimmen. Das ist heute nicht mehr nötig, die Gruppe funktioniert als Struktur. Außerdem: ein Angebot zu machen, wo man Praxis entwickeln kann, Themenfelder wechseln, ohne den Diskusionszusammenhang zu wechseln. Wichtige Themen und Positionen öffentlich greifbar zu machen. Ich glaub, deshalb hat felS schon eine Zukunft, klar, immer in Abhängigkeit von der politischen Konjunktur. Ich wünsche mir auch eine größere Interventionsfähigkeit, dass wir besser Leute integrieren, dass wir unsere Arbeit besser strukturiert bekommen. Na ja, man lebt so sehr gegen den mainstream, wenn man das so macht wie wir: auf Verbindlichkeit setzen, auf Vertrauen, Zuverlässigkeit, persönliches Engagement, Zeit und Geld investieren etc. dass es ein Wunschtraum ist, das alles perfekt in der eigenen Gruppe umzusetzen.

Juli: Wünschen tu ich mir, dass die Arbeit ein bisschen klarer wird, eine klarere Linie, von der aus man sich auch mit anderen Gruppen zusammentun kann. Organisation als Modell zu thematisieren und praktizieren: Nach meiner Erfahrung mit felS bringt das total viel.

Das knisternde Vietnamgefühl

1967 wurden Rainer Langhans und Fritz Teufel, Mitglieder der Kommune I, angeklagt, zum „vorsätzlichen Inbrandsetzen von Räumlichkeiten" aufgerufen zu haben. Das Gutachten des Religionsphilosophen Jacob Taubes führte zum Freispruch. Er stellte die Flugblätter der Kommune I in die Tradition der surrealistischen Provokation.

Im Mai 1967 erlebte die Bundesrepublik eine bisher nicht gekannte Dimension an politischer Provokation. In kurzer Abfolge veröffentlichte die Kommune I eine Reihe von Flugblättern, in denen sie einen Kaufhausbrand in Brüssel zum Anlass nahm, um gegen den Krieg der US-Regierung in Vietnam zu protestieren. Ausgangspunkt der Proteste war der offensichtliche Widerspruch zwischen dem Anspruch der USA und den restlichen westlichen Ländern, Hort der Freiheit und der Menschenrechte zu sein, und dem mit großer Grausamkeit geführten Krieg gegen die Mehrheit der südvietnamesischen Bevölkerung.

Phosphor und Napalm

Vor allem unter der Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons, dem Nachfolger Kennedys, eskalierte der Krieg. Von 1964 auf 1965 steigerte die USA das Truppenkontingent von 50.000 Soldaten auf 200.000 Soldaten. Ab Anfang 1965 flog die US-Army regelmäßig Bombenangriffe auch gegen Ziele in Nordvietnam. Der Vietnamkrieg wurde zu einem Experimentierfeld modernster Waffentechnologie. Eingesetzt wurden Gas und Entlaubungsmittel, sowie Phosphor- und Napalmbomben. Ihr Ziel: Menschen zu verbrennen. Napalm klebt auf der Haut und ist kaum zu löschen. Reisernten wurden vernichtet, Dämme und Deiche zerstört. Allein in der letzten Märzwoche des Jahres 1965 wurden 17.570 Einsätze geflogen. Bis 1967 war die Truppenstärke der USA auf 500.000 Soldaten angewachsen. Der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Vietnam, Westmoreland, prägte den Satz: *„Wir werden sie mit unseren ausgeklügelten Waffen, die sie sich nicht leisten können, so lange bearbeiten, bis sie nach Gnade winseln."*

Zum späteren Symbol für die Verbrechen der USA wurde das Dorf My Lai, in dem am 16. März 1968 alle EinwohnerInnen – Kinder und Greise eingeschlossen – von US-Soldaten massakriert wurden. Präsident Johnsons Behauptung, die USA würden in (Süd-)Vietnam für Freiheit und für das Wohlergehen der Menschen kämpfen, war vor diesem Hintergrund nichts anderes als blanker Zynismus.

Die surrealistische Provokation

Angesichts der Kriegseskalation war die klassische „Aufklärungspolitik" für die Kommune I und andere VertreterInnen der APO bedeutungslos geworden. In einer Rede im April 1967 machte der APO-Aktivist und Schriftsteller Peter Schneider dies deutlich: *„Wir haben in aller Sachlichkeit über den Krieg in Vietnam informiert, obwohl wir erlebt haben, dass wir die unvorstellbarsten Einzelheiten über die amerikanische Politik in Vietnam zitieren können, ohne dass die Fantasie unserer Nachbarn in Gang gekommen wäre, aber dass wir nur einen Rasen zu betreten brauchen, dessen Betreten verboten ist, um ehrliches, allgemeines und nachhaltiges Grauen zu erregen. (...) Da sind wir auf den Gedanken gekommen, dass wir erst den Rasen zerstören müssen, bevor wir die Lügen über Vietnam zerstören können"*.

Spätestens ab 1967 war die Zeit reif für die „surrealistische Provokation", auf die sich vor allem die Mitglieder der Kommune I spezialisiert hatten. Die bürgerliche Öffentlichkeit fühlte sich durch die APO herausgefordert und reagierte gereizt und repressiv auf deren Vorwürfe und Aktionen. Dies hatte sich bereits beim Besuch des US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey im April 1967 gezeigt, als die Medien ein harmloses „Pudding-Attentat"

+++ vater und sohn fliehen aus dem schloss +++ inspektor juve von der pariser sûreté untersucht den fall +++ erkennt sofort die handschrift von fantômas +++ findet den fetzen einer landkarte +++ der das schloss und seine umgebung zeigt +++

zu einem gefährlichen Bombenanschlag aufbauschten. Doch der Anlass für die eigentliche surrealistische Provokation kam kurze Zeit später. Während einer Exportmesse der USA in Belgien am 22. Mai verbrannten im Brüsseler Kaufhaus „A l'Innovation" fast 400 Menschen. Zwei Tage später veröffentlichte die K I ihre berüchtigten Flugblätter 6 bis 9.



Darin berichtet die K I aus unterschiedlichen Perspektiven über den Brüsseler Kaufhausbrand: im Stil sensationsheischender Springer-Berichterstattung oder als imperialistische Selbstwerbung, die den Brand als Beweis für die Leistungsfähigkeit der US-amerikanischen Industrie verklärt. Es ging darum, den Brand in einen direkten Zusammenhang zum Vietnamkrieg zu stellen. Zum ersten Mal sei mitten in Europa ein „knisterndes Vietnamgefühl" entstanden. Mit dem Kaufhausbrand hätten es die belgischen Freunde geschafft, „die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen." Bei den Flugblättern handelt es sich um einzigartige Dokumente des Protestes in der Nachkriegsgeschichte.

Jacob Taubes verteidigt Kommune I

Dieselbe Öffentlichkeit, die die Massentötungen in Vietnam schulterzuckend als Verteidigung von Freiheit und Demokratie zur Kenntnis nahm, reagierte wie erwartet auf die Flugblätter der K I mit Abscheu und Ekel. Gegen Fritz Teufel und Rainer Langhans von der K I erhob man Anklage wegen Aufrufs zur Brandstiftung. Noch im selben Jahr kam es zu einem spektakulären Prozess. Man klagte die K I an, durch *„Verbreitung von Schriften zur Begehung strafbarer Handlungen aufgefordert zu haben, nämlich zum vorsätzlichen Inbrandsetzen von Räumlichkeiten, welche zeitweise dem Aufenthalt von Menschen dienen ..."*

Angeblich sollten die Flugblätter Gleichgesinnte auffordern, auch in Berliner Warenhäusern – und zwar während der Verkaufszeiten – Brände zu legen. Die Ernsthaftigkeit der in den Flugblättern enthaltenen Aufforderung zu menschengefährdender Brandstiftung könne, so der Staatsanwalt, nicht angezweifelt werden.

Der Prozess endete überraschend mit einem Freispruch. Ausschlaggebend war dabei das Gutachten des jüdischen Religionsphilosophen Jacob Taubes. Denn dieser ordnete die Flugblätter in die Tradition des Surrealismus ein. *„Auf den ersten Blick sieht man, dass es sich bei den Flugblättern der ‚Kommune I' um surrealistische Dokumente handelt."* Ihn habe im Berlin des Jahres 1967 eine solche Aktion, die den Bürger erschrecken will (das *épater le bourgeois* Baudelaires), nicht gewundert. Denn: Zum Instrumentarium surrealistischer Rhetorik gehörte vor allem die provokatorische Aufforderung zur Gewalttat. Schon André Breton, führt Taubes aus, das Haupt der Pariser Surrealisten, hat 1930 im „Zweiten Manifest des Surrealismus" die berüchtigten Sätze geschrieben:

„Die schlichteste Tat des Surrealismus besteht darin, mit Revolvern in den Fäusten auf die Straße hinabzugehen und wahllos, ziellos, hemmungslos in die Passanten zu ballern. Wer nicht ein einziges Mal in seinem Leben wenigstens Lust gehabt hat, derart der derzeit bestehenden, elenden, kleinlichen, ehrlos machenden, verdummenden Gesellschaftsordnung den Garaus zu machen, gehört eindeutig selber zu der Masse der Passanten auf der Straße, sein Bauch wie ihre Bäuche in Höhe des Revolverlaufs."

Taubes erklärt mit Breton, was die Surrealisten mit solchen verbalen Provokationen erreichen wollten. Breton will den Menschen zeigen, wie leicht ihre falschen Anschauungen *„zu erschüttern wären und auf (...) welch einsturzgefährdenden Hohlräumen sie ihre Kartenhäuser errichtet haben."* (Breton) Angesichts der Grausamkeit und der Verbrechen in der realen Welt, die viele Surrealisten und Dadaisten in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges erleben mussten, konnten und wollten sie dieser realen Welt nicht mehr mit Vernunft, Rationalität, dem gepflegten Gedankenaustausch und verlogenen Kompromissen begegnen. Geistesgeschichtlich markiert bereits der Erste Weltkrieg, so Taubes, den unumkehrbaren Bruch mit den Fortschrittsmythen des 19. Jahrhunderts. Denn wie dieser Krieg gezeigt hatte, war der Rationalismus selbst Teil des Problems. Angesichts dieser Welt *„sind alle unsere Maßlosigkeiten und Ausfälle gerechtfertigt"*, hatte Breton gesagt.

Ähnlich stellte sich aus Taubes Sicht für die K I die Situation dar. Denn angesichts einer aufgeheizten Stimmung, in der der Völkermord der USA als Verteidigung der Freiheit von Berlin rationalisiert wurde, sah die K I nur in der Provokation ein angemessenes Mittel. Wenn schon der Massenmord in Vietnam die Bürger nicht schocken konnte, so sollten das wenigstens ihren Beleidigungen und Provokationen gelingen. Auch Taubes verstand dies

als die erste Pflicht solcher Gruppen: den Skandal und den bourgeoisen Philister zu provozieren.

Allerdings spart Taubes am Schluss seines Gutachtens nicht mit harter Kritik an der K I. Er wirft ihr vor, einen politischen Quietismus zu befördern, da ihre Provokation zur Ausschaltung aus der Politik führe, an der sie mit ihren Methoden so gerne teilgenommen hätte. Deshalb sei die Kommune I ein Objekt für die Religionsgeschichte und Literaturwissenschaft, aber nicht für Staatsanwalt und Gericht.

Josef Hierlmeier
arbeitet im Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) mit

Literatur:

Merkur 1967. XXI. Jahrgang. S. 1069-1079
Balsen, Werner / Rössel, Karl: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln 1986
Briegleb, Klaus: 1968. Literatur in der antiautoritären Bewegung. Frankfurt/Main 1993
Kunzelmann, Dieter: Leisten Sie keinen Widerstand. Bilder aus meinem Leben. Berlin 1998

Mehr zum Thema findet sich im Buch von Josef Hierlmeier: „Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte von Vietnam bis Genua." Das Buch erscheint im April 2002 beim Schmetterling Verlag. Preis: ca. 12,90 Euro; ca. 180 Seiten



Aus den Flugblättern 7 und 9 der Kommune I (die Originalfehler wurden beibehalten):

Flugblatt Nr. 7 (verfasst von Dagrun Enzensberger)

NEU! UNKONVENTIONELL! NEU! UNKONVENTIONELL! NEU! UNKONVENTION

Warum brennst du Konsument?

NEU! ATEMBERAUBEND! NEU! ATEMBERAUBEND! NEU! ATEMBERAUBEND!

Die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie wird bekanntlich nur noch vom Einfallsreichtum der amerikanischen Werbung übertroffen. (...)

Mit einem neuen gag in der vielseitigen Geschichte amerikanischer Werbemethoden wurde jetzt in Brüssel eine amerikanische Woche eröffnet: ein ungewöhnliches Schauspiel bot sich am Montag den Einwohnern der belgischen Metropole:

Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelte zum ersten Mal in einer europäischen Großstadt jenes knisternde Vietnamgefühl (dabeizusein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen müssen.

Skeptiker mögen davor warnen, 'König Kunde', den Konsumenten, den in unserer Gesellschaft so eindeutig Bevorzugten und Umworbenen, einfach zu verbrennen.

Schwarzseher mögen schon unsere so überaus komplizierte und kompliziert zu lenkende Wirtschaft in Gefahr sehen.

So sehr wir den Schmerz der Hinterbliebenen in Brüssel mitempfinden: Wir, die wir dem Neuen aufgeschlossen sind, können, solange das rechte Maß nicht überschritten wird, dem Kühnen und Unkonventionellen, das, bei aller menschlichen Tragik, im Brüsseler Kaufhausbrand steckt, unsere Bewunderung nicht versagen.

Auch der Umstand, dass man dieses Feuerwerk Anti-Vietnam-Demonstranten andichten will, vermag uns nicht irrezuführen. Wir kennen diese weltfremden jungen Leute, die immer die Plakate von gestern tragen, und wir wissen, dass sie trotz aller abstrakten Bücherweisheit und romantischer Träumereien noch immer an unserer dynamisch-amerikanischen Wirklichkeit vorbeigegangen sind.

K I, 24.5.1967 Flugblatt Nr. 7

Im Flugblatt Nr. 8 schreibt Dieter Kunzelmann:

Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?

Bisher krepierten die Amis in Vietnam für Berlin. Uns gefiel es nicht, dass die armen Schweine ihr Cocacolablut im vietnamesischen Dschungel verspritzen mußten. Deshalb trottelten wir anfangs mit Schildern durch leere Straßen, warfen ab und zu Eier ans Amerikahaus und zuletzt hätten wir gern HHH (gemeint ist US-Vizepräsident Humphrey, Anm. d. Red.) *in Pudding sterben sehen. Den Schah pissen wir vielleicht an oder, wenn wir das Hilton stürmen, erfährt er auch einmal, wie ohltuend eine Kastration ist, falls überhaupt nocht was dranhängt ... es gibt das so böse Gerüchte.*

Ob leere Fassaden beworfen, Repräsentanten lächerlich gemacht – die Bevölkerung konnte immer nur Stellung nehmen durch die spannenden Presseberichte. Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: sie zünden ein Kaufhaus an, zweihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben und Brüssel wird Hanoi. Keiner von und braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk bei der Frühstückszeitung zu vergießen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung von DaDeWe, Hertie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an. Dabei ist nicht unbedingt erforderlich, daß das betreffende Kaufhaus eine Werbekampagne für amerikanische Produkte gestartet hat, denn wer glaubt noch an das „made in Germany"?

Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genauso wenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der marines nach China.

Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben:

burn, ware-house, burn!

KOMMUNE I (24.5.67)

„We come from your future!

Der undogmatische Sound der Alltagskämpfe, räumliche Praktiken – Splitt 12“.

Elizabeth Blaney, Pablo Garcia, Dont Rhine und Leonardo Vilchis von der Gruppe *Ultra-red*, Los Angeles im Gespräch mit Ellen Bareis und Manuela Bojadzijev von der Gruppe *Kanak Attak*, Frankfurt.

Die Gruppe *Ultra-red* aus Los Angeles entstand 1994 als politischer Zusammenschluss von Sound-, Performance- und VideokünstlerInnen. Die Aktivitäten der Gruppe reichen von der Beteiligung an autonomen Organisierungsprozessen und sozialen Projekten im Stadtteil über „akustische Praktiken“ der „Sound Art“, CD- und Videoproduktionen bis hin zur Publikation theoretischer Analysen. Darüber hinaus nimmt *Ultra-red* an globalisierungskritischen Protestaktionen teil und hat in diesem Zusammenhang wiederholt Reisen nach Europa unternommen.

In euren Texten taucht immer wieder der Begriff der „Öffentlichkeit“ auf. Unter dem Begriff „public health“ habt ihr euch in einem Spritzentauschprogramm engagiert, unter dem Begriff „public park“ beschäftigt ihr euch mit queerem Begehren, „public housing“ steht bei euch für die Kämpfe vor allem der Latino-Community um sozialen Wohnungsbau und Stadtentwicklung. Eure Arbeiten im Rahmen der globalisierungskritischen Proteste bezeichnet ihr als „public trading“, die im Rahmen lokaler Arbeitskämpfe als „public works“. Was versteht ihr unter „öffentlich“?

Leonardo Vilchis (LV): Unsere Arbeit hat mit der Übersetzung von Vorstellungen und Erfahrungen kultureller Verständigung, von Wörtern und Diskursen zu tun. Hier in den USA gibt es zum Beispiel keinen Ausdruck wie „el pueblo“. Die Übersetzung, die dem am nächsten kommt, wäre „the people“, aber selbst im progressivsten Kontext tendiert dieser Begriff zu bürgerlich-liberalen Konnotationen. In dem Kontext, aus dem ich komme, verweist el pueblo auf die selbstbewusste Community von Leuten, die sich als Teil eines Kampfes zur Veränderung des Systems begreifen und/oder die ein neues System schaffen, „donde todos caben“, wo alle willkommen sind.
Wenn ich also über den öffentlichen Raum nachdenke, denke ich aus der Perspektive dieses pueblo. Die öffentliche Kontrolle über räumliche Ressourcen, Dienstleistungen und Informationen würde ganz anders aussehen, wenn der Ausgangspunkt die Erfahrung der Leute wäre, die seit tausenden von Jahren an den Rand der Geschichte gedrängt wurden. Mein Ausgangspunkt ist, was wir in der Befreiungstheologie die „vorrangige Option für die Armen“ nennen: Gerechtigkeit ist eine universelle Forderung, die grundsätzlich für alle, historisch-konkret aber zuerst für die Armen erhoben wird. Wir handeln also in dem Maße politisch, in dem wir unterstützt, begleitet, abhängig von der Community des el pueblo handeln, mit der wir arbeiten, von der wir lernen, bestärkt und ermutigt werden.

Elizabeth Blaney (EB): Der öffentliche Raum, den wir meinen, sollte ungeachtet jedes formaljuristischen Eigentums durch die Bedürfnisse der Community bestimmt und kontrolliert werden, die ihn nutzt.

Das dürfte ja gerade in Los Angeles, wo ihr lebt, nicht so oft der Fall sein, jedenfalls wenn man den Erzählungen darüber Glauben schenken will. Wie ist es, dort Politik zu machen?

Dont Rhine (DR): Es gibt das Klischee, dass Los Angeles kein urbanes Zentrum und keinen öffentlichen Raum hat. Für postmoderne KritikerInnen ist Los Angeles das Musterbeispiel des privatisierten öffentlichen Raums: das Beverly Center, das Bonaventure Hotel usw. Doch dieses Bild von Los Angeles hält nur stand, wenn man unterstellt, dass öffentlicher Raum eine Frage der Stadtplanung ist. Im Gegensatz dazu sind wir an jenen Kämpfen interessiert, die von unten kommen und um einen unkonventionellen Gebrauch des Raums geführt werden: ob es sich um schwule Männer handelt, die auf der Grundlage von sozialen und sexuellen Netzwerken Touren in öffentlichen Parks drehen oder um den Kampf um authentische Community-Praktiken im sozialen Wohnungsbau. Das wirft Fragen nach Stadtplanung, Demokratie und Staat auf, denen man sich von unten nähern muss, von den konkreten Praktiken im öffentlichen Raum her. Sobald diese Praktiken mit offiziellen Vorstellungen vom „richtigen“ Gebrauch des öffentlichen Raums und von Eigentum in Streit treten, verwirklichen sie ihre radikale Kraft: ihr demokratisches Potential. Viel zu oft ist die technokratische oder bürgerliche Reaktion darauf, diese Spannungen zu managen, sie zu unterdrücken oder einfach die gesamte Community, die sich an solchen Praktiken beteiligt, zu vertreiben. Grundlegend ist dabei der Konflikt zwischen einer bürgerlichen Vorstellung von öffentlichem Raum als Eigentum und dem, was Oskar Negt und Alexander Kluge die proletarische öffentliche Sphäre genannt haben: Raum als Praxis.

Was hat „Sound Art“ mit all dem zu tun?

DR: Sound Art bezieht sich auf den öffentlichen Raum als einem zugleich akustischen Raum. Von akustischem Raum spricht man entweder als Effekt sozialer Verhältnisse (der Sound des Alltags) oder

als etwas, das benutzt oder kontrolliert werden kann - getrennt vom Alltag. Man kann diese zwei Formen von Sound dialektisch denken: Der Sound des Alltags legt akustische Praktiken der Intervention nahe, und Interventionspraktiken produzieren Gegen-Sounds des Alltags. Selbstverständlich kann die Weise, in der Sound für soziale Kontrolle oder Polizeirepression genutzt wird, schlecht als progressiv oder demokratisch gedacht werden. Aber vom Standpunkt der Community-Organisierung und der Gerechtigkeit her ist das ein Teil desselben dialektischen Prozesses, in dem auch die gegen-akustischen Räume produziert werden. Die Aufmerksamkeit für den akustischen Raum führt zu spezifischen Aktionen wie Piratenradios und Piraten-Videoprojektionen. Bei Besetzungen von sozialem Wohnungsbau, der zum Abriss bestimmt ist, können Ghettoblaster eingesetzt werden, um Sound strategisch zu verbreiten - z. B. Aufnahmen vom Abriss von Häusern oder von Polizeiübergriffen gegen Queers in Parks. Straßenmusikanten wie etwa die Tagelöhner-Band *Los Jornaleros* nutzen so ihre Performance für die Schaffung einer politischen Community. Das sind keine neuen oder ungewöhnlichen Ideen. Aber sie finden selten Eingang in eine gründliche Einschätzung räumlicher Praktiken durch KünstlerInnen oder politische AktivistInnen. Hier setzen wir an, und zwar nicht als bloße BeobachterInnen oder KommentatorInnen, sondern als OrganisatorInnen und AktivistInnen.



In eurem Video „Imperial Beach" (1) habt ihr den Sound der Demonstration gegen den Amerika-Gipfel und das Freihandelsabkommen FTAA (Free Trade Area of the Americas) im kanadischen Québec mit Bildern von einer Aktion an der US-amerikanisch/mexikanischen Grenze kontrastiert. In Québec wurde ein viereinhalb Kilometer langer und drei Meter hoher Zaun aus Stahl und Beton errichtet, um die TeilnehmerInnen der Konferenz von Protesten abzuschirmen. Die 3141 km lange Grenze zwischen den USA und Mexiko wird immer weiter zu einer militarisierten Zone ausgebaut. Wie kam es zu dieser Kombination von Ton und Bild in eurem Video?

Pablo Garcia (PG): Das Video geht auf Gespräche über den gegenwärtigen Stand der Organisierung gegen das Freihandelsabkommens FTAA und die Effektivität der Protestbewegung zurück. *Ultra-red* nahm an einem Protestmarsch zum San Ysidro Grenzübergang zwischen den USA und Mexiko teil; wir haben dabei Video- und Audioaufnahmen gemacht. Auf der anderen Seite wurden wir von mexikanischen Grenzpatrouillen empfangen, die uns unsere Aufkleber, Poster, Flugblätter, Puppen, T-Shirts, Transparente – und unsere Tonbänder abnahmen. So kamen wir auf die Idee, die Bilder von der Aktion an der Grenze mit dem Tonmaterial der kanadischen Demonstration und den Sprechchören „Weg mit der Mauer" zu unterlegen. Es gab hunderte von DemonstrantInnen in den Straßen, um die temporäre Mauer zu überwinden, die in Québec zwischen dem *Summit of the America* und den DemonstrantInnen errichtet wurde, eine Mauer, die von der lokalen Amtsgewalt ohnehin bald zu Fall gebracht werden würde. Der Protest am San-Ysidro-Grenzübergang zählte weitaus weniger TeilnehmerInnen. Als der Grenzübergang dann besetzt werden sollte, nahm die Zahl der Teilnehmenden deutlich ab. Orientieren wir uns so sehr an temporären Barrikaden, dass wir die alltägliche Realität von dauerhafteren Grenzen ignorieren?

EB: *Imperial Beach* zeigt, was die Leute nie zu Gesicht bekommen. Wir sehen ständig Bilder von großen Protesten und den Reaktionen der Polizei, aber wir sehen nicht das, worum es dabei geht. In dem Video konzentrieren wir uns auf die mexikanisch/US-amerikanische Grenze, um den Leuten zu zeigen, wie die Grenze und wie das Leben entlang der Grenze aussieht.

Ihr stellt also die Disparität der Kämpfe zur Schau?

PG: Ja, denn die Grenze zwischen den USA und Mexiko ist dauerhaft und die Konsequenzen der Überschreitung sind konkret. Die temporären Grenzen, auf die wir bei jedem Beispiel der kritischen Globalisierungs-„Travelling Road Show" sto-

+++ wenige tage später +++ fischt die polizei eine leiche aus der dordogne +++ es ist charles +++ etienne wird angeklagt +++ seinem sohn bei der flucht und beim selbstmord geholfen zu haben +++ das gericht spricht ihn frei +++ war das schon alles? nein! *fortsetzung in fantômas 2, oktober 2002* +++

ßen, sind nicht dauerhaft - sie werden nur während dieser Events und für die zeitweilige „crowd control" aufgerichtet. Diese Wände und die mit ihr einhergehenden Taktiken der crowd control sind das Resultat einer systematischen Anpassung an die Taktiken der kritischen Globalisierungsbewegung. Wir glauben, dass der Unterschied zwischen diesen zwei Räumen der Schlüssel zur Entwicklung eines Widerstands gegen die FTAA und den Freihandel im allgemeinen ist: Versuchen unsere Aktionen, virtuelle Barrieren zu überschreiten? Barrieren, die symbolisch wirken durch die temporäre Militärokkupation des Raums? Oder sind unsere Aktionen effektiver, wenn sie sich auf jene ideologischen, geographischen, ökonomischen Barrieren richten, die durch ihre unangreifbare Permanenz wirken? Wenn wir über diese Fragen nachdenken, können wir vielleicht einen kritischen Blick auf die Schablone werfen, die Seattle inzwischen abgibt und die für gesellschaftliche Veränderungen zunehmend ineffektiv wird.

Dabei geht es auch um die Frage von Migration und Rassismus. Es versuchen ja täglich Leute, die permanente und militarisierte Grenze zwischen den USA und Mexiko zu überqueren. Gibt es eine Form des Widerstandes, die diese Praxis effizient aufgreifen kann?

LV: Ich glaube, dass die meisten Leute, die die Grenze zwischen Mexiko und den USA überqueren, dies nicht wollen. Sie würden lieber bei ihren Familien zu Hause bleiben, ihre Kinder aufwachsen sehen, mit ihren Freunden spielen oder Liebe machen. Lokalglobale Bedingungen zwingen sie zu laufen, zu fahren, zu fliegen, den Bus zu nehmen - tausende Meilen, um einen Zaun in einer Wüste zu überqueren, wo sie erfrieren, verdursten oder an Schlangenbissen sterben können. Oder um durch einen Fluss zu schwimmen unter dem Risiko, zu ertrinken oder von jemandem erschossen zu werden.
Die Bilder im Video *Imperial Beach* sind sehr ruhig. Die Betrachterin sieht nichts von dem, was ich gerade gesagt habe. Aber was man im Video hört, die skandierenden Rufe der DemonstrantInnen, den Zaun niederzureißen, das ist das, was in den Herzen und Köpfen der Leute ist, die hinüberwollen. Das Bittere daran ist, dass die Leute in Québec am Ende ihres Protests nach Hause gehen können, während die Leute aus Mexiko, El Salvador, Guatemala, Honduras das gerade nicht können. Statt dessen werden sie sich weiterhin versklaven, um ihre Familien zu unterstützen, und verlieren dabei ihre Identität, ihre Sprache und ihre Menschlichkeit.



Der Bezug auf den Alltag und auf bereits bestehende Kämpfe ist euch sehr wichtig. Zugleich fanden wir in euren Texten Abschnitte, in denen eine utopische Perspektive aufscheint. Dies verweist auf Momente in den Kämpfen, in denen, abstrakt gesagt, das Denkbare lebbar erscheint ...?

LV: Für mich liegt der Erfolg in der Ausbreitung dessen, was Martin Luther King die „Beloved Community" genannt hat oder was ich „el pueblo" nenne. Jeder dieser Kämpfe ist eine Einladung, sich an der Schaffung einer anderen Welt zu beteiligen. Die Quelle, die Stärke, der Geist dieser Kämpfe liegt im Zentrum des alltäglichen Lebens. Täglich wachen die Armen und Unterdrückten auf, lachen, lächeln, machen Liebe, essen, reproduzieren sich und genießen ihr Leben ungeachtet des Todes, mit dem sie konfrontiert sind. Sie machen das, weil sie hoffen. Wenn es keine Hoffnung gäbe, würden diese Leute massenweise Selbstmorde begehen. Wenn also Yolanda, Pablo, Carmen und unsere anderen FreundInnen zusammen kommen um den Tanz vorzubereiten, das Essen zu verkaufen, sich an Protestmärschen zu beteiligen, die Geburtstagsparty vorzubereiten, organisieren sie sich gegen eine Welt, in der sie kein Recht zu sprechen haben, kein Recht etwas zu fordern oder glücklich zu sein .

Das gilt auf der Ebene ganz alltäglicher Praktiken. Aber wie sieht es bezogen auf die Organisierung der Communities aus? Es hat ja in LA Organisierungsversuche bezogen auf Wahlen gegeben, und das

von Leuten, die gar kein Wahlrecht haben ...

LV: Mein Punkt ist, dass diese Aktionen für politisches Training, für Erfahrung und Networking wichtig sind. Es geht um den Aufbau politischer Macht von unten. Viel zu oft bauen Kampagnen für gesellschaftliche Veränderung und Gerechtigkeit auf AnwältInnen, gewählte PolitikerInnen und zivilgesellschaftliche Professionelle. Mit dem Resultat, dass diese Bewegungen Programme hervorbringen, die abgetrennt sind von den Leuten, die sie betreffen. Den jeweiligen Communities wird gesagt, was sie wollen, und wo und wann sie aktiv werden sollen. Ganze Segmente der Community werden übersehen, weil sie nicht wählen können, weil sie arbeitslos sind, Frauen sind etc.

In euren Texten gibt es immer wieder Bezüge auf unterschiedliche theoretische Ansätze, z.B. auf Befreiungstheologie und postmoderne Stadtkritik. Wie sieht eure theoretische Praxis aus und in welchem Verhältnis steht sie zu eurer politischen und künstlerischen Praxis?

DR: Jeder und jede von uns wird diese Frage sehr unterschiedlich beantworten. Manche kommen aus den lateinamerikanischen Diskursen der Befreiungstheologie oder der *educación popular* (Volksbildung), andere aus den Traditionen des autonomen Marxismus und der Dritte-Welt-Revolutionsdiskurse. Und einige sind mehr der Kritik des westlichen Marxismus und der europäischen Avantgarde und dem Poststrukturalismus verpflichtet. Diese Flugbahnen sind so unterschiedlich wie unsere Erfahrungen mit kultureller Praxis, Community-Organisierung, theoretischer Analyse und populären Kämpfen. Diese Art von heterodoxem Autodidaktismus kennen vermutlich alle, die versuchen, Praxis und Analyse im Dialog miteinander zu entwickeln. Bei der Formulierung einer Sound-Theorie und -Praxis gibt es dazu keine Alternative. Vielleicht ist das ein Grund, warum *Ultra-red* immer wieder auf Sound zurückkommt: Sound-Theorie kennt keinen Dogmatismus. Bürgerliche Musiktheorie ist demgegenüber bewusst unzulänglich, was die soziale Erfahrung des akustischen Raums angeht. Die Sozialgeographie blendet allzu oft das Akustische aus den Studien räumlicher Praxis aus. Die Phänomenologie zieht sich auf Idealismus oder Wissenschaftlichkeit zurück. Und die *Urban Studies* sind zu verliebt in ihren technokratischen Status, um die Produktion des Raums von unten zu beachten. Dennoch sind sie alle nützlich, um einen Kurs durch die Praktiken und Theorien des Sounds zu navigieren. Ein Weg, der ständig einer Neubewertung im Feld des politischen und sozialen Handelns unterzogen wird.

Im Kommentar zum Projekt „Structural Adjustments/Austerity Measures" *schreibt ihr, die Tonaufnahmen bei den Kämpfen um den sozialen Wohnungsbau hätten eure Perspektive auf elektronische Musik entscheidend beeinflusst. Ist das eine Form dieser Neubewertung? Was heißt das für eure künstlerische Praxis? Und wie würdet ihr das Verhältnis zwischen der Community und eurer Praxis als KünstlerInnen beschreiben?*

DR: Viele idealisieren Architektur unter Ausblendung des Sozialen und betreiben damit ihre vom Politischen entfremdete Ästhetisierung. Communities im sozialen Wohnungsbau problematisierten diese Idealisierung grundsätzlich. Während der Arbeit zu *Structural Adjustment* wurde uns deutlich, dass jede akustische Studie des sozialen Wohnungsbaus nur in der Sphäre sozialer Verhältnisse möglich ist. Architektur, pur und idealisiert, klingt nach gar nichts. Wenn Architektur nur in Verbindung mit den sozialen Verhältnissen des Alltags hörbar ist (sowohl dem alltäglichen Alltag wie dem politischen), worin liegt dann unsere Verantwortung als KünstlerInnen, die Soundproduktion als räumliche Praxis betreiben? Das führt uns zurück zum Primat der Beziehung zu den „communities of struggle" – etwas, dass alle oben genannten intellektuellen Richtungen ignorieren. Seit wir das erkannt haben, ermutigen wir uns gegenseitig zur politischen Arbeit außerhalb der Gruppe. Das ist entscheidend für uns, sowohl um unsere Praxis zu leiten als auch um die Analysen zu erhärten. Das ist nicht einfach und führt zu Konflikten zwischen unserer politischen und unserer künstlerischen Arbeit. Aber ohne diesen Austausch, diese wechselseitige Unterwanderung, wenn du so willst, würden wir so viel verlieren. Wer will sein Leben schon so enden wie Guy Debord? (2)

Ihr habt ja die schöne Tradition, eine Art Jahresbericht zu schreiben, in dem ihr die Aktionen und Diskussionen des vergangenen Jahres zusammenfasst und an Gruppen und Leute schickt, mit denen es einen Austausch oder eine Zusammenarbeit gab. Anlässlich eurer Europareisen reflektiert ihr für 2001 auch eure Erfahrungen als künstlerische „Arbeitsmigrantlnnen" im Verhältnis zu anderen ArbeitsmigrantInnen auf dem globalen Markt. Wie schätzt ihr die Möglichkeit der globalen Vernetzung lokaler Kämpfe in Bezug auf Migration und Rassismus ein? Oder genereller: Wo würdet ihr Anzeichen oder Ansätze für einen globalen Kampf für die Rechte von MigrantInnen sehen?

LV: Ich glaube, ein gutes Beispiel sind die Unterhaltungen zwischen uns, also zwischen *Ultra-red* und *Kanak Attak* in Frankfurt, als wir unsere Erfahrungen bezüglich der lokalen Kämpfe ausgetauscht haben und über ihre globalen Implikationen nachgedacht haben. Als ich nach LA zurückgekommen bin, hatte ich sehr viele Ideen, Fragen, Überlegungen, die ich in meiner lokalen Situation testen muss. Ich hoffe, das gleiche passiert bei euch. Verbinden sich unsere lokalen Kämpfe nicht mit einem Verständnis der Beziehung zum globalen Kontext, erinnern uns Genua, New York, München, Porto Alegre etc. daran, dass es noch viel zu tun gibt ...

... und was heißt das?

LV: Wir kommen aus eurer Zukunft.

Anmerkungen:
(1) Das Video ist im Eingangsbereich der Kunsthalle Schirn in Frankfurt am Main noch bis zum 28. April 2002 zu sehen. Am 24. April findet eine Performance von *Ultra-red* in Zusammenarbeit mit antirassistischen und Innenstadt-AktivistInnen aus Frankfurt statt.
(2) Guy Debord, 1931 in Paris geboren, seit den 50er Jahren führend an den Aktivitäten der Pariser Künstleravantgarden und des zeitgenössischen Linksradikalismus beteiligt, Mitglied der Situationistischen Internationale, Autor der *Gesellschaft des Spektakels*. Freitod am 30.11.1994.

Discographie:
Zu den aktuellen Veröffentlichungen von *Ultra-red* gehören u.a. die CDs *La Economia Nueva* (Operation Gatekeeper), die auf Sounds von der militarisierten Grenze zwischen den USA und Mexiko basieren, und die Ultra-Red & Anna Planeta – Split 12", die Sounds von den Anti-IWF/Weltbankprotesten in Washington DC zur Grundlage haben. Beide sind erschienen bei FatCat Records UK.
Website:
http://www.comatonse.com/ultrared/

Hier gibt es FANTÔMAS und *ak!*

Berlin
- Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150
- b_book, Lübbener Str. 11
- Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4
- Buchladen Schwarze Risse, Kastanienallee
- Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16
- Infoladen Daneben, Liebigstr. 34
- Kisch & Co., Oranienstr. 25, 10999 Berlin
- Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 99
- O 21, Oranienstr. 21
- Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a

Bielefeld
- Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7

Bochum
- Notstand Büchertisch u. Archiv, Uni Bochum

Bonn
- Buchladen 46, Kaiserstr. 46
- Le sabot, Breitestr. 76
- Stilke aktuell, Am Hauptbahnhof

Braunschweig
- Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

Bremen
- Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60
- Buchladen in der Neustadt, Lahnstr. 65 B
- Infoladen Bremen, St. Pauli Str. 10-12

Darmstadt
- Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

Dortmund
- Buchhandlung Litfass, Münsterstr. 107

Düsseldorf
- Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1
- AStA Buchladen, Universitätsstr. 1
- Büro für ständige Einmischung, Corneliusstr. 108

Essen
- H. Heine Buchhandlung, Viehofer Platz 8

Flensburg
- Carl von Ossietzky-Buchhandlung,
- Heiligengeistgang 9

Frankfurt a.M.
- Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23
- Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11
- Uni Buch, Jügelstr. 1
- Land in Sicht, Rotteckstr. 13
- Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18

Freiburg i.Br.
- Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15

Göttingen
- Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7

Hagen
- Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

Hamburg
- Buchhandlung im Schanzenviertel,
- Schulterblatt 55
- Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 156
- Buchhandlung Nautilus, Friedensallee 7-9
- Heinrich-Heine-Buchhandlung, Schlüterstr. 1
- Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46
- Tabakladen, Spritzenplatz

Hanau
- Buchladen am Freiheitsplatz,
- Am Freiheitsplatz 6

Hannover
- Asta Uni Hannover, Welfengarten 1
- Buchladen Annabee, Gerberstr. 6

Herford
- Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22

Karlsruhe
- Der andere Karlsruhe, Marienstr. 15

Kassel
- Gestochen Scharf, Elfbuchenstr. 18

Kiel
- Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

Köln
- Das andere Köln, Zülpicherstr. 197

Konstanz
- Zur schwarzen Geiß, Obermarkt 12

Ludwigsburg
- Schwarzes Schaf, Reithausplatz 2

Ludwigshafen
- Naturkostladen Schwarzwurzel,
- Jakob-Binder-Str. 10

Mannheim
- Buchladen M2, M 2,6

Marburg
- Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

München
- Buchhandlung, Amalienstr. 67
- Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

Münster
- Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12
- Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

Norderstedt
- Info-Archiv Norderstedt, Ulzburger Str. 6a

Nürnberg
- Bücherkiste, Schlehengasse 6

Oldenburg
- Buchhandlung Carl von Ossietzky,
- Marktstr. 24

Osnabrück
- Infoladen Zett, Alte Münze 12

Potsdam
- Bahnhofsbuchhandlung

Recklinghausen
- Attatroll, Paulusstr. 2

Saarbrücken
- Der Buchladen, Försterstr. 14

Siegen
- Bücherkiste, Bismarckstr. 3

Stuttgart
- Infoladen Ludwigstraße 110a

Trier
- Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

Tübingen
- Der faire Kaufladen, Marktgasse 13

Wiesbaden
- Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

Würzburg
- Buchladen Neuer Weg, Sanderstr. 23/25

***ÖSTERREICH*, Wien**
- Infoladen Zehn, Ernst-Kirchweger-Haus,
- Postfach 173, Wielandgasse 2-4
- Zentralbuchhandlung, Schulerstr. 1-3

***SCHWEIZ*, St. Gallen**
- Comedia, Katharinengasse 20

***SCHWEDEN*, Stockholm**
- Bokhandeln Info, Tjärhovsgatan 44

NIEDERLANDE

Amsterdam
- Het Fert van Sjako, Jodenbreestraat 24

's-Gravenhage
- De rode Hond, Buitenom 215 a

Groningen
- Boekhandel Rosa, Folkingedwarstraat 16A

Utrecht
- De Rooie Rat, Oudegracht 65

Jahresabo: 2 x FANTÔMAS und 11 x *ak*

O **3 Ausgaben von *ak* für nur 5 €!**
(wenn nicht nach Erhalt der zweiten Ausgabe gekündigt wird, wird dieses Angebot automatisch zum Jahresabo)

Ich will ***ak*** im Abonnement beziehen.

Zahlungsweise/ Aboart	**halbjährlich**	**jährlich**
Normalabo	O € 27,-	O € 53,-
Förderabo	ab O € 43,-	ab O € 85,-

(Luftpostzuschlag auf Anfrage)

für Menschen mit geringem Einkommen

Sozialabo	O € 19.-	O € 37.-

O Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 788 836-202

O Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen

Das Abonnement ist bis spätestens zwei Wochen vor dem Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

....
Ort, Datum Unterschrift

AbsenderIn: ....
....
....
....

An
analyse & kritik
Rombergstraße 10
20255 Hamburg

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ***ak*** bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

Kto.Nr. BLZ

bei der

mittels Lastschrift einzuziehen.

.................., den ....
Unterschrift

Fantômas c/o analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, C 9479 E

INFOLADEN KOBURGER STR.
KOBURGER STRASSE 3
04277 LEIPZIG

In dieser Ausgabe: